

Das hessische Dorf Moischt im Nationalsozialismus

EINFÜHRUNG

I. Die Moischer Bürgermeister und Gemeindevertreter 1929 – 1945/46

1. Ein gespaltenes Dorf: Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Johannes Battenfeld (1929 bis März 1933)

Die lokalpolitische Entwicklung

Die Gemeinderatswahl vom 12. März 1933

2. Die Durchsetzung des nationalsozialistischen Machtanspruchs in Moischt
Bürgermeister Christian Preiß und die Neuwahlen vom April 1933

3. Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Johannes Preiß

4. Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Heinrich Fischer

5. Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Martin Cloos

II. Auswirkungen der nationalsozialistischen Judenverfolgung

1. Über den Handel mit Juden

2. Die Anschuldigungen gegen Hermann Mendel

3. Ein junger Mann aus Moischt als Pogromtäter in Gladenbach

III. Folgen der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik und Sozialhygiene

IV. Krieg, der Zuzug von Ausländern und Zwangsarbeit

1. Moischt nimmt teil am Krieg

2. Die ersten polnischen Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter

3. Die polnischen und französischen Kriegsgefangenen 1939–1941

4. Osteuropäische Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen 1942–1945

5. Über den Alltag der Zwangsarbeiter

6. Die 1944 aus Frankreich Evakuierten

V. Lokalpolitik und Loyalitäten

1. Voraussetzungen der Entnazifizierung

2. Die Entnazifizierung der beiden nationalsozialistischen Bürgermeister

„... auf ehrlichem Wege niemals Bürgermeister geworden“ – über Johannes Preiß

„Als Block- und Zellenleiter war er der erste Mann im Dorf“ –

über Martin Cloos

3. Neuanfänge und das Ringen um Gerechtigkeit

AUSBLICK

ANHANG

LISTE Die Moischter Bürgermeister 1908 – 1952

ZEITTADEL 1929–1948

QUELLEN: EINGESEHENE ARCHIVBESTÄNDE

VERWENDETE LITERATUR

- UNVERÖFFENTLICHT

- VERÖFFENTLICHT

EINFÜHRUNG

Mit 481 Einwohnern zählte Moischt zu den mittelgroßen Dörfern im Marburger Land. Es war annähernd so groß wie Kleinseelheim (554), Leidenhofen (510) und Wittelsberg (559), doch deutlich kleiner als Mardorf (995), Schröck (781) und (Rauisch)Holzhausen (751).¹

Moischt hatte Anfang der 1940er-Jahre rund 500 Einwohner.² Bei Kriegsende und gleich danach stieg die Dorfbevölkerung stark an. Eine von der Bürgermeisterei zum 11. März 1946 erstellte Liste der Gemeinde für das Meldebogen-Verfahren umfasst allein 497 Namen erwachsener Personen mit Geburtstag und Anschrift.³ Die größten Höfe waren im Besitz der Familien Cloos (Nr. 17) und Bohl (Nr. 18). Ihre Bedeutung ging über Moischt weit hinaus. Außer diesen gab es noch die Großbauern Lauer (Nr. 3), Nau (Nr. 4), Herwig (Nr. 5), und Lauer (Nr. 14). Nicht ganz zu den Großbauern, wohl aber zu den Pferdebauern zählten Battenfeld (Nr. 1) und Weber (Nr. 24).⁴

Die Gemeindevertretung bestand aus den Gemeinderäten und dem von ihnen gewählten Gemeindevorstand: dem Bürgermeister und den Schöffen (später auch als Beigeordnete bezeichnet). Zusammen nahmen sie die Aufgaben der Selbstverwaltung wahr. Dabei sollte der Bürgermeister Repräsentant der (gesamten) Gemeinde sein. Die Mitglieder der Gemeindevertretung wiederum bestimmten in der Weimarer Republik die Wahlberechtigten in alle vier Jahren abgehaltenen Kommunalwahlen.

Wenngleich das Marburger Land zu Beginn der 1930er Jahre ein Gebiet war, in dem die NSDAP überdurchschnittliche Wahlerfolge erzielte, zeigt sich beim Blick auf die Mitgliedschaft in der NSDAP insgesamt, dass Landwirte mit 10,5 Prozent zu Beginn des Dritten Reichs unterrepräsentiert waren, da deren Anteil an Gesamtbevölkerung damals noch rund 21 Prozent betrug.⁵ Das Wahlverhalten

¹ Alle Zahlenangaben beruhen auf Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), 180 Marburg, Nr. 4823. Einem Bericht über den Umfang der jüdischen Bevölkerung zufolge, den der Regierungspräsident in Kassel am 4.8.1935 anfertigte, lebten im Landkreis Marburg noch 704 und im Stadtkreis Marburg 193; siehe Thomas Klein (Hg.), Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933–1936, Köln 1986, S. 852 f.

² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (22.10.1941).

³ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), 520/ML, Nr. Listen der Bürgermeistereien, Moischt: Namenliste für die Meldebogen, Bl. 1–7. Die Jüngsten hier Genannten gehören dem Geburtsjahrgang 1928 an.

⁴ So Peter Preiß, Moischt, 3.2.2022.

⁵ Hubert Kleinert, Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Bericht an den Kreisausschuss/Kreistag Marburg-

war außer von politischen Gegebenheiten im engeren Sinn von verschiedenen Faktoren sozialer, konfessioneller, kultureller Art abhängig. Alle Einwohner Moischts galten 1928 als lutherisch, wobei die Hahnerheide mit 17 Protestanten zur Kirchengemeinde Beltershausen gehörte.⁶

Zur Quellenlage

Die Umwälzungen im Jahr 1933 lassen sich zum Teil über das Protokollbuch der Gemeinde nachvollziehen.⁷ Die Aufzeichnungen brechen jedoch mit dem 11. Dezember 1933 ab und beginnen erst wieder am 12. Februar 1946, nach der am 20. Januar 1946 erfolgten demokratischen Wahl der Gemeindeverordneten. Aus Sondierungen zur Aktenlage ergibt sich, dass im Stadtarchiv Marburg, Bestand Gemeinde Moischt, mehrere Dutzend einschlägige Akten,⁸ im Hessischen Staatsarchiv Marburg einzelne Akten aus dem Landratsamts-Bestand 180 Marburg und im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden mindestens 40 Spruchkammer-Akten über Personen aus Moischt als Quellengrundlage heranzuziehen sind. Daneben finden sich verstreut weitere Materialien, die aus anderen Zusammenhängen überliefert sind.

Es handelt sich überwiegend um personenbezogene Quellen. Dieser Umstand muss sich auch in einer Darstellung über das hessische Dorf Moischt im Nationalsozialismus widerspiegeln. Als Ausgangspunkt bietet sich ein Überblick über das kommunalpolitische Personal unter dem Nationalsozialismus an. Zu beleuchten ist anhand von Biogrammen insbesondere die Rolle der Bürgermeister. Sodann geht es um wichtige Einzelthemen des gesellschaftlichen und politischen Lebens im Dritten Reich. Nicht im Mittelpunkt steht die Alltags-, Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, und noch weniger die Veränderungen im geselligen Leben auf dem Dorf unter Hitlers Herrschaft. Dazu hat Konrad Ludwig in den 1990er-Jahren aus seiner Erinnerung und der weiterer

Biedenkopf, Marburg 2013, S. 19 (https://www.marburg-biedenkopf.de/Hubert_Kleinert-Studie_zur_NS-Vergangenheit_ehem._politischer_Funktions....pdf). Diese Zahlen beziehen sich auf den 1.5.1933.

⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (25.4.1928).

⁷ Stadtarchiv Marburg, Gemeinde Moischt (StadtAMR-GM), Nr. 211.

⁸ Konrad Ludwig schrieb im März 1997: „Für die Jahre 1934–1945 fand ich nichts brauchbares.“ Konrad Ludwig, Entwürfe zur Moischter Chronik, Marburg 1997.

Ortseinwohner/innen manches zusammengetragen, was später auch publiziert wurde.⁹

⁹ Konrad Ludwigs von den 1920er-Jahren bis 1948 reichende Erinnerungen aus dem Jahr 1997 finden sich als Maschinenschrift in StadtAMR-GM, Nr. 219, und in der Marburger Universitätsbibliothek. Siehe auch Konrad Ludwig, Dörfliches Leben, in: Hartmut Seelig/Helmut Krause/Martin Zekl (Hg.), Moischt – Vergangenes und Gegenwärtiges. Ein Beitrag zum Jubiläum eines Marburger Stadtteils. 750 Jahre Ersterwähnung, Marburg 1998, S. 105–169. Eigene Erinnerungen an das Alltagsleben der kleinen Leute hat für das Nachbardorf Beltershausen auch Helmut Krause vorgelegt: 1151 – Beltershausen – 2001. Nachträge zur Dorfchronik Gegenwärtige Vergangenheit. Beltershausen, Frauenberg, Hof Capelle, Kassel 2000, S. 83–86, 96–101. Zur Entwicklung in Marburg insbesondere in den Jahren 1933/34 siehe die Sammlung von Zeitungsartikeln im Archiv der Geschichtswerkstatt Marburg, Ordner 46, 47 und 50.

I. Die Moischter Bürgermeister und Gemeindevertreter 1929 – 1945

1. Ein gespaltenes Dorf: Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Johannes Battenfeld (1929 bis März 1933)

Bürgermeister der Gemeinde Moischt war seit 1908 Johannes Battenfeld.¹⁰ Er wurde im Jahr 1878 geboren. 1902 heiratete er Christine Preiß (*1882). Das Paar hatte fünf Kinder: Katharina Deucker (*1903), Konrad Battenfeld (*1905), Christine Dönges (*1907), Elisabeth Battenfeld I (1908–1961) und Elisabeth Battenfeld II (*1921).¹¹

1920 erfolgte die Vereidigung des Bürgermeisters, der Schöffen, des Schöffenstellvertreters und des Gemeinderechners auf die demokratische Verfassung von Weimar. 1924 wurde Bürgermeister Battenfeld mit 5 von 9 Stimmen wiedergewählt (4 entfielen auf Konrad Weber) ebenso wie der 1. Schöffe Ernst Cloos (1869–1950). Gemeindeverordnete waren damals Heinrich Block (1881–1958), Heinrich Bohl (1870–1947), Georg Klingelhöfer (1880–1952), Andreas Lauer (1873–1960), Heinrich Lauer (1889–1973), Konrad Nau (*1875), Konrad Sauer (1865–1949), Konrad Weber (1878–1953).

Die Gemeindevertretungen hatten seinerzeit mehr als zehn Mitglieder. Sie trafen sich in unregelmäßigen Abständen, wobei der Bürgermeister die Gemeindeverordneten rechtzeitig zur Sitzung einberief, d. h. mindestens drei Tage vorher. Damit verbunden war die „Angabe der Beratungsgegenstände, der Stunde und des Ortes der Versammlung“.¹² Von den Gemeinderäten musste mehr als die Hälfte teilnehmen, um beschlussfähig zu sein.

Die lokalpolitische Entwicklung

Bei den Kommunalwahlen vom 17. November 1929 erzielte im Kreis die Hessische Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land 11273, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 7709, die Zentrumspartei 6358, die Deutsche Volkspartei (DVP) 3264, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 2958, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 608 Stimmen. Die NSDAP wurde mit 3430 von 38482 gültigen Stimmen viertstärkste Partei. Das Ergebnis der

¹⁰ Bei der Wahl am 3.2.1908 erhielt der 29-jährige Johannes Battenfeld III im Gemeinderat 6 von zehn Stimmen; zwei sprachen sich für Heinrich Weber und je einer für Ernst Cloos und für Wilhelm Rösser aus; HStAM, 180 Marburg, Nr. A 736. Siehe zur Berufung von Battenfeld auch Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 94 f.

¹¹ HStAM, 404, Nr. 2872.

¹² HStAM, 180 Marburg, Nr. A 740 (24.6.1932), „Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Gemeindevertretung“.

Gemeinderatswahl in Moischt wich hiervon erheblich ab. Von den 245 gültigen Stimmen der 276 Wahlberechtigten entfielen auf die SPD 100, auf die Hessische Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land 87, die DDP 13, die KPD 6 – und die NSDAP 22. Damit war die Gemeinde Moischt eine Hochburg der SPD, und zwar mehr noch als Beltershausen.¹³ Von den 217 gültigen Stimmen in Beltershausen entfielen 79 auf die Hessische Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land und 72 auf die SPD sowie 20 auf die NSDAP. In Leidenhofen kam die SPD nur auf ein Drittel der Stimmen, welche die Arbeitsgemeinschaft dort auf sich vereinigte, und mit ihren 42 Wähler(inne)n hatte sie weniger als die NSDAP (56). In Wittelsberg erzielte sie mit 62 etwa die Hälfte der Stimmen, welche die Arbeitsgemeinschaft erhielt, während die NSDAP auf 44 Wähler(inne)n kam.¹⁴ Bei der Wahl zur Gemeindevertretung in Moischt wurden gewählt: Heinrich Block, Heinrich Bohl, Nikolaus Böttner, Ernst Cloos, Heinrich Lauer, Konrad Lauer, Konrad Nau, Christian Preiß, Johann Konrad (eigentlich: Johannes) Preiß.¹⁵ Schon Mitte und Ende der 1920er-Jahre kam es zum Zerwürfnis zwischen zwei festgefügt gegnerischen Lagern in der Gemeinde.¹⁶ Wie Battenfeld im Rückblick erläuterte, habe „sich damals eine Art Schul- und eine Art Kirchenpartei gebildet“.¹⁷ Der Streit stand im Zusammenhang mit der Einschätzung, wie dringlich der Neubau der Dorfschule sei.¹⁸ Während sich alle Gemeindevertreter für den Neubau der Kirche aussprachen, fiel die Entscheidung für ein neues Schulgebäude am 1. März 1927 mit 6 zu 5 knapp aus. Der Bürgermeister und Lehrer Justus Nau zogen an einem Strang, um den Kraftakt zu bewältigen, doch rückblickend bedauerte Letzterer, er sei wegen seiner „entschiedenen Stellungnahme zu Gunsten des Schulneubaus angefeindet“

¹³ HStAM, 180 Marburg, Nr. A 1649. Auch in den Nachkriegsjahren errang die SPD bei Wahlen wieder Mehrheiten, siehe StadtAMR–GM, Nr. 160; Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 233–236. Zum Vergleich mit Beltershausen siehe die Ausführungen zur Gemeindeordnung vor 1945, zum Wählerverhalten zwischen 1871 und 1933 und über den Weg von der Weimarer Demokratie in den NS-Staat bei Helmut Krause, Gegenwärtige Vergangenheit. Beltershausen, Frauenberg und Hof Capelle, Beltershausen 1992, S. 35–43, 46–59.

¹⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. A 1649.

¹⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

¹⁶ In der Nachbargemeinde Schröck trat dieses Phänomen erst nach dem Ende des NS-Regimes auf, siehe das Unterkapitel „Die Spaltung des Dorfes nach dem Krieg“ in: Lothar Weitzel (Hg.), Neue Schröcker Chronik, Marburg 2014, S. 334–337.

¹⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 4141.

¹⁸ Siehe Konrad Ludwig, Dörfliches Leben, in: Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 105–169, hier S. 158; Helmut Krause, Kirche in Moischt, ebd., S. 243–259, und ders., Schule in Moischt, ebd., S. 305–324. Siehe auch HStAM, 180 Marburg, Nr. 4783; StadtAMR–GM, Nr. 219, Bl. 108–117; StadtAMR–GM, Nr. 65 (Schulstatistik).

worden.¹⁹ Die Streitigkeiten wirkten sich auf die Organe der lokalen Selbstverwaltung auf lange Sicht aus – und sollten auch die 1933 eintretenden Veränderungen überlagern. Einige Jahre später brachte Heinrich Bohl sie 1936 in Erinnerung, als er sich auf dem Landratsamt gegen eine Denunziation zur Wehr setzen musste – und machte geltend, „[d]er ganze Streit [mit Cloos] sei auf den Schulhausneubau zurückzuführen“.²⁰ Anderthalb Jahrzehnte nach diesem Streit erinnerte sich Battenfelds Nachfolger Johannes Preiß an die Spaltung der Gemeinde und äußerte gegenüber der Spruchkammer: „Der Hass in unserem Dorf rührt schon aus den Jahren 1928/1927 [!] und hat mit Politik nichts zu tun.“²¹ Und auch der Schreiner Johannes Fischer (1898–1952) teilte damals mit: „In unserem Dorf bestanden schon früher starke Spannungen.“²²

Nach der Wahl zur Gemeindevertretung 1929 war es zu schwerwiegenden Klagen gekommen. Im Februar 1930 beschwerten sich sechs Gemeindevertreter beim Vorsitzenden des Kreisausschusses über den Bürgermeister.²³ Nikolaus Böttner, Ernst Cloos, Konrad Lauer, Heinrich Lorch, Konrad Nau und Christian Preiß sprachen sich dafür aus, die von Battenfeld einberufene Sitzung nicht in der Turnhalle, sondern beim Bürgermeister zu Hause abzuhalten, andernfalls müssten sie Schutz durch Landjäger erhalten, „weil der Bürgermeister sehr durch seine Anhänger gegen die Unterzeichneten ankämpft“. Battenfelds Streit mit seinen Schöffen verdeutlicht ein Eintrag vom 16. Oktober, in dem er festhielt, dass sie zur Sitzung nicht erschienen waren.²⁴

Battenfelds Gegner fochten die Gemeinderatswahl an. Am 19. September 1930 wurde das Urteil des Bezirksausschusses in Kassel vom 13. August 1930 in der Verwaltungsstreitsache des Heinrich Block und Genossen und des Heinrich Bohl und Genossen als Kläger gegen die Gemeindevertretung in Moischt rechtskräftig, sodass die Wahl zur Gemeindevertretung wiederholt werden musste. Die Neuwahl fand am 16. November 1930 statt; danach reichten Cloos und Genossen erneut Klage ein, zogen sie aber wieder zurück. Somit konnte Bürgermeister Battenfeld Mitte Juli 1931 gewählt werden; die Wahl erfolgte wieder mit 5 zu 4 Stimmen. Als 1. Schöffe wurde der Auszügler Heinrich Bohl, als 2. Schöffe

¹⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 4141.

²⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (ca. 16.4.1936).

²¹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 62 (9.10.1947).

²² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 51.

²³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (10.2.1930).

²⁴ 1. Schöffe war Ernst Cloos, 2. Schöffe war Georg Klingelhöfer; HStAM, 180 Marburg, Nr. A 740 (16.10.1930).

Zimmermann Konrad Weber, als Schöffen-Stellvertreter Justus Keßler gewählt. Dem Bürgermeister warfen dann Nikolaus Böttner, Konrad Lauer, Heinrich Lorch und Christian Preiß abermals Parteilichkeit vor, mit welcher er die Spaltung des Orts herbeigeführt habe. Um die Bestätigung der Wahl zu verhindern, setzten sie am 19. Juli 1931 eine Beschwerde auf, die Konrad Block, Heinrich Steitz, Daniel Barthel, Wilhelm Jeide, Martin Cloos, Konrad Nau, Peter Gerber, Konrad Weber, Heinrich Weber, Konrad Merkel, Wilhelm Preiß und Wilhelm Weber unterzeichneten. Die Eingabe erging nicht rechtzeitig, denn inzwischen war die Bestätigung bereits ausgesprochen, sodass der Landrat sich außerstande sah, den Beschwerdeführern Genüge zu tun.²⁵

Den Streit zwischen den beiden Parteien bestärkte eine Anschuldigung des jungen Heinrich Brands²⁶ gegen Battenfeld wegen Ehebruchs. Betroffen war damit auch die Frau von dessen Vetter Andreas Lauer, Katharina Lauer geb. Bender (*1891). Die Anklage führte im November 1930 zunächst zu einem Urteil des Kreisausschusses gegen den Bürgermeister. Dieses hatte jedoch keinen Bestand und wurde im Berufungsverfahren im Juni 1931 vom 1. Senat des Preußischen Oberverwaltungsgerichts aufgehoben.²⁷ Das Gericht hielt den Beschuldiger Brands, der den Beischlaf beobachtet haben wollte, für unglaubwürdig. Frau Lauer hatte ihn 1929 selbst einmal unter dem Bett ihres Dienstmädchens, Brands' jetziger Frau, hervorzogen – und, wie zu vermuten ist, bloßgestellt. Nicht auszuschließen ist, dass Heinrich Brands von den Gegnern Battenfelds benutzt wurde, um diesen in Misskredit zu bringen. Ursache für die Spaltung des Dorfs war die gegen Battenfeld gerichtete rufschädigende Kampagne keineswegs. Und sie verfehlte ihr Ziel, denn zwei Wochen nach seinem Freispruch wurde Bürgermeister Battenfeld wiedergewählt.²⁸

Bei den beiden Schöffen, die neben Battenfeld tätig waren, handelte es sich um den Landwirt Heinrich Bohl und den Zimmermann Konrad Weber.²⁹

Heinrich Bohl (1870–1947) heiratete Margarete Kaiser, sie hatten zwölf Kinder und wohnten im Haus Nr. 18.³⁰ Am Ersten Weltkrieg nahm er im Landsturm teil.

²⁵ HStAM, 180 Marburg, 4444 (31.7.1931).

²⁶ Heinrich Brands (*1909) aus Holten Kreis Sterkrade lebte seit 1923 in Moischt, er heiratete 1929 Dorothea Löchel (*1907) aus Cölbe, das Paar wohnte Nr. 44 und hatte drei Kinder; 1931 Gründungsmitglied im Schützenverein Moischt, 1933 NSDAP- und SA-Eintritt, 1938–1941 im Heeresbekleidungsamt in Marburg tätig, danach Kriegsdienst, zuletzt als Unteroffizier, Kriegsversehrter.

²⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (21.11.1930, 26.6.1931).

²⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (12.7.1931).

²⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

1933 verlor er sein Schöffenamtsamt. Und danach war er offenbar kaum gewillt, sich den geänderten Gepflogenheiten anzupassen. Jedenfalls war Bohl in den folgenden Jahren bei NS-Funktionären nicht wohlgekommen, wenngleich drei seiner Söhne Nationalsozialisten waren. Den Schlusspunkt dieser spannungsreichen Beziehung setzte eine gegen ihn am 3. März 1945 beim Oberlandesgericht Jena erhobene Anklage. In der von Generalstaatsanwalt Dr. Hans Trautmann verfassten Lebensbeschreibung heißt es, Bohl habe den Hof von seinem Vater übernommen, der in seiner Gemeinde Bürgermeister war. In seiner politischen Beurteilung schrieb Trautmann, Heinrich Bohl sei vor 1933 laut eigener Bekundung ein Deutschnationaler³¹ und seither NSDAP-Wähler gewesen. In Moischt gelte „er als ‚Reaktionär‘“, welcher „der neuen Zeit gegenüber stets eine ablehnende Haltung eingenommen hat“.³² Bohl schloss sich keiner einzigen NS-Organisation an.³³

Zimmermann **Konrad Weber** (1878–1953), der sich beruflich auch den Landwirten zuordnete,³⁴ heiratete 1901 Elisabeth Stehling, das Paar hatte drei Töchter und einen Sohn, Heinrich Weber (*1910); sie wohnten Nr. 28. Konrad Weber schied 1933 als Schöffe ebenfalls aus dem Amt.

Welche außergewöhnlichen **Vorkommnisse** trieben das Dorfleben ansonsten um? Im September 1931 beklagte sich Konrad Lauer über nächtlichen „Spektakel und Unfug“ einiger junger Männer, die wohl aus der Wirtschaft Lauer („Zur Schönen Aussicht“ genannt) gekommen waren. Ein paar Wochen später beschwerte sich „der Kriegsbeschädigte Christian Preiß“ darüber, dass der Bürgermeister seinen Hut, eine Fundsache, nicht im Amtszimmer abgelegt, sondern „auf den Hühnerstall gelegt“ habe.³⁵ Im Januar 1932 heißt es in einem Bericht über die Überprüfung der Geschäftsführung des Bürgermeisters von Moischt, sie sei im großen Ganzen in Ordnung; auffällig sei, dass unter den Handwerksburschen, die den Ort aufsuchten, eine „verhältnismäßig hohe Zahl von Ausländern“ sei, nämlich fünf von 33 – diese müsse der Bürgermeister dem Landjägerbeamten melden, damit er sie „einer besonderen strengen Revision

³⁰ HHStAW, ML 520 (11.3.1946), Namenliste für das Meldebogen-Verfahren, Bl. 7 (Pos. 427).

³¹ Gemeint ist ein Parteigänger der rechtskonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

³² Anklageschrift des Generalstaatsanwalts gegen Heinrich Bohl, Jena, 3.3.1945 (2 Js 123/45); Dokument erhalten von Peter Preiß.

³³ HHStAW, 520/ML, Nr. 4686/46 (5.5.1946), Meldebogen.

³⁴ HStAM, 404, Nr. 2872; HHStAW, 520/ML, Nr. 57316/47.

³⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (17.9. und 10.10.1931).

unterwerfen kann“.³⁶ Einige Tage später berichtete die Zeitung *Volksstimme*, Unbekannte hätten „einen wertvollen Jagdhund des Gastwirts Weber“ von der Kette genommen und in den noch heißen Dorfbackofen gesperrt, woraus er erst am Morgen mit Brandwunden befreit werden konnte; zur Ergreifung der Täter sei eine Belohnung ausgesetzt worden.³⁷ Im Februar wurde ein Nachbarschaftsstreit zwischen Familie Matthäi und Familie Böttner aktenkundig, wobei es um am Grundstückszaun ablagerten Unrat ging.³⁸ Als Heinrich Böckler sich im Februar 1933 über seinen Nachbarn Konrad Weber beschwerte, weil er das Traufwasser auf sein Grundstück ableitete, wurde er auf den Gerichtsweg verwiesen.³⁹ Am Ostermontag 1933 führte der in Moischt veranstaltete Feuerwehrtag des (Alt-)Kreises Marburg Mitte April 1933 viele auswärtige Teilnehmer und Besucher ins Dorf.⁴⁰

Die Gemeinderatswahl vom 12. März 1933

Den Einträgen im Protokollbuch der Gemeinde vom Januar und Februar 1933 zufolge zählten neben dem Bürgermeister zu den Mitgliedern der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstands die Herren Block, Bohl (1. Schöffe), Böttner, Fendt, Lauer I, Lauer II, Lorch, Menche, Preiß I, Preiß II und Weber (2. Schöffe). Von Frühjahr 1933 an ging die Beteiligung stark zurück, es nahmen weniger Gemeinderäte an den Geschäften der Gemeindeorgane teil. Nach dem Machtwechsel in Berlin wurden für den 12. März 1933 Kommunalwahlen in Preußen angeordnet. Dies waren unter den Bedingungen, welche die neue Regierung durch ihre Verfolgung der linken Parteien schuf, deren Wahlkampf massiv behindert wurde, keine fairen Wahlen mehr. Dennoch kann das Ergebnis der Gemeinderatswahl als grobe Orientierung dafür dienen, was sich im Abstimmungsbezirk Moischt verändert hatte. Die Hessische Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land trat nun nicht mehr an. 297 Moischer Wahlberechtigte gaben von 267 gültigen Stimmen nun 73 der SPD, 29 der KPD und 154 der NSDAP. Moischt war zu einer Hochburg der NSDAP geworden, und zwar mehr als Beltershausen, aber weniger als Wittelsberg und weit weniger als Leidenhofen, wo von 288 gültigen Stimmen 261 auf die NSDAP und lediglich 10 auf SPD und 2 auf KPD entfielen. Unter den Abstimmungsberechtigten in

³⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (8.1.1932).

³⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004, mit dem Zeitungsausschnitt (14.1.1932).

³⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (1.2.1932).

³⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (8.2.1933).

⁴⁰ Feuerwehrtag in Moischt, in: Hessisches Tageblatt, 19.4.1933.

Marburg Stadt und Land erzielte die NSDAP bei der damaligen Wahl viermal so viele Stimmen wie die SPD.⁴¹

2. Die Durchsetzung des nationalsozialistischen Machtanspruchs in Moischt

1933 brachen die Differenzen in der Dorfgemeinschaft wieder auf. Nach dem Regierungswechsel und dem Sieg der von Hitler angeführten Koalition wurden anlässlich der Eröffnung des am 5. März 1933 gewählten Reichstags am 21. März 1933 allortigen Feierlichkeiten abgehalten.⁴² Die Rechtsextremen warfen Battenfeld danach vor, „bei der Nationalfeier am 21. März beim Singen des Deutschlandliedes die Kopfbedeckung nicht abgenommen [...] und so die Nationale Erhebung entehrt“ zu haben.⁴³ Der eilfertige Landrat und Vorsitzende des Kreisausschusses Ernst Schwebel (1886, Winnigen/Mosel – 1955, Marburg) beurlaubte Bürgermeister Battenfeld am 28. März 1933 „mit sofortiger Wirkung von [seinen] Amtsgeschäften“, was einer Amtsenthebung gleichkam.⁴⁴ Schwebel berief sich auf die Verordnung „zum Schutz des deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933. Gleichzeitig teilte er mit, er habe „[m]it der komm[issarischen] Wahrnehmung der Geschäfte [...] bis zur Einführung des neuen Bürgermeisters den Kriegsinvaliden Christian Preiß beauftragt“. Per vorgedrucktem Brief (eilt sehr!), auf dem nur noch die Namen einzutragen waren, wandte sich Schwebel an Preiß, die kommissarische Verwaltung des Bürgermeisteramts „sofort zu übernehmen“. ⁴⁵ Und zwar mit Hilfe ihm „genehme[r] Mitglieder des Gemeindevorstands“ und, sollte das „nicht ausreichen“, des „zuständigen Landjägereibeamten“ in Schröck.

⁴¹ In Marburg Stadt und Land gaben die Wähler(innen) am 12.3.1933 insges. 48832 gültige Stimmen ab, davon für die NSDAP 29799 und die SPD 6751; HStAM, 180 Marburg, Nr. A 1649.

⁴² Das Hauptereignis fand in Potsdam als symbolische Machtübergabe des Reichspräsidenten Hindenburg an den Anführer der Nationalsozialisten statt und wird auch als „Tag von Potsdam“ bezeichnet.

⁴³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (8.4.1933).

⁴⁴ Beurlaubte Bürgermeister, in: Oberhessische Zeitung (OZ), 29.3.1933. Hier wurde außerdem über die Entlassung acht weiterer Bürgermeister berichtet: Boland (Nieder Klein), Dienstdorf (Betziesdorf), Gerlach (Erfurtshausen), Lesch (Großseelheim), Laukel (Sterzhausen), Theis (Bürgeln), Weckesser (Kleinseelheim) und Weide (Sarnau), was man als Beurlaubung bemäntelte. Nur über Bürgermeister Johannes Bieker in Michelbach hieß es schon zwei Tage zuvor, er sei seines Postens enthoben worden, OZ, 27.3.1933. Auch in Erhart Dettmering, Was alle lesen konnten, Marburg 2001, S. 137.

⁴⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (28.3.1933).

Johannes Battenfeld legte gegen seine Entlassung Beschwerde ein.⁴⁶ Landrat Schwebel schickte sie weiter ans Regierungspräsidium in Kassel. In der von ihm beigefügten Stellungnahme heißt es, er habe den Bürgermeister „auf Antrag“ der NSDAP-Kreisleitung beurlaubt. Er verband dies mit einem ausdrücklichen Hinweis auf „schon seit Jahren [herrschende] grasse [!] Gegensätze zwischen 2 Dorfparteien“.⁴⁷ Battenfeld habe es nicht nur unterlassen, die Gegensätze zu überwinden, er habe außerdem mit dem Kommunisten Johannes Nau⁴⁸ aus Beltershausen „in allen möglichen Fragen zusammengewirkt“ und die politische (extreme) Rechte nicht unterstützt.⁴⁹ Battenfeld legte dagegen Beschwerde ein, doch vergeblich: Der Deutschnationale Georg Freiherr von Müffling (1875–1957) im Regierungspräsidium bestätigte die Entscheidung des Landrats.⁵⁰ Denn der langjährige Bürgermeister Battenfeld galt unter den neuen Machtverhältnissen als politisch unzuverlässig.

Schlimmer noch erging es dem jungen Steinrichter Heinrich Brun(n)et⁵¹ (1907, Dreihausen – 1979, Marburg) von der KPD. Im August 1929 hatte er im Standesamt Wittelsberg die Dienstmagd Anna Emmerich (*1911) aus Moischt geheiratet, sie wohnten im Haus Nr. 75. Im Dezember wurde dem Paar der erste, im Jahr 1932 der zweite Sohn und 1935 eine Tochter geboren.⁵² 1932 war Brunnet politischer Leiter des Unterbezirks Marburg der KPD und einer ihrer Kandidaten zur Kreistagswahl.⁵³ Die Polizei verhaftete ihn am 26. März 1933 wegen der Verteilung von Schriften der KPD, weil einer der Empfänger ihn

⁴⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (31.3.1933).

⁴⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (11.4.1933).

⁴⁸ Johannes Heinrich Nau (1888–1945), Landwirt, stammte aus einer Baptistenfamilie, verheiratet mit Katharina Nau geb. Lauer (*1890), sie wohnten Beltershausen Nr. 17; 1945 Kreisbauernschaftsvorsteher und Bürgermeister von Beltershausen; Nau starb im Nov. 1945, schwer herzkrank, in einer Marburger Klinik. Über ihn berichtete die OZ am 27.3.1933 unter „Festnahme von Kommunisten“, er sei „in das Marburger Gefängnis eingeliefert“ worden und werde „später voraussichtlich in einem Konzentrationslager untergebracht“; ebenso Hessisches Tageblatt, 28.3.1933. Siehe auch Thomas Kutsch, Die Verfolgung und Ausschaltung der Arbeiterbewegung in Marburg und dem Marburger Landkreis 1933/34, Marburg 2005, S. 34, 60, 65, 69, 83, 90 f., und Krause, Gegenwärtige Vergangenheit, S. 53 f.

⁴⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (13.4.1933).

⁵⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (26.4.1933).

⁵¹ Die Schreibweise in den amtlichen Unterlagen wechselt: Im Standesamt heißt es Brunet, in den übrigen Unterlagen meist Brunnet.

⁵² HHStAW, 518, Nr. 1090 (Entschädigungsakte). Siehe auch Kutsch, Verfolgung und Ausschaltung der Arbeiterbewegung, S. 90–94.

⁵³ HHStAW, 518, Nr. 1090 (17.12.1951), Bescheinigung von Philipp Oswald in Wehrda für Brunnet.

angezeigt hatte.⁵⁴ Bis 8. April 1933 (und später noch einmal vom 27. Februar bis 12. März 1934) war er im Gerichtsgefängnis in Marburg in „Schutzhaft“. Pfarrer Altendorf in Wittelsberg setzte sich am 2. April 1933 beim Landrat angesichts von Brunnets familiärer Lage für dessen Entlassung ein. Eine Woche später ordnete Schwebel an, dass Brunnet nach 13 Tagen Haft freigelassen wurde.⁵⁵ Er verhielt sich danach politisch unauffällig.

Bürgermeister Christian Preiß und die Neuwahlen vom April 1933

Moischt war unter den Dörfern bei Marburg als Hochburg der SPD eher untypisch. Umso mehr schlägt sich der Machtwechsel in Berlin in der Dorfgeschichte unter dem Nationalsozialismus in einem vergleichsweise holprigen Wechsel der lokalen Elite nieder. Jene, die sich der NSDAP und ihren Nebenorganisationen schon (frühzeitig) angeschlossen hatten, beanspruchten nun, die Führung zu übernehmen. Moischt unterstand der NSDAP-Ortsgruppe Wittelsberg, die von Johannes Lorch (*1895) aus Dreihausen angeführt wurde.⁵⁶ Für die Dörfer Moischt und Schröck war ein Zellenleiter der NSDAP zuständig.⁵⁷ Die NS-Frauenschaft Moischts leitete Katharina Hettche. In der Hitler-Jugend betätigten sich Konrad Staubitz (1916–1996) als Schar- und Heinrich Böttner (1926–1986) als Rottenführer. Des Letzteren Vater Nikolaus Böttner (1899–1988) war Schulungsleiter für die Hitler-Jugend.⁵⁸

Den Machtwechsel in der Gemeinde Moischt sollte die Wahl eines neuen Bürgermeisters markieren. Die im Vergleich zum Jahresbeginn eingetretenen personellen Veränderungen schlugen sich im April nieder, als die Gemeindeverordneten die am 12. März stattgefundene Wahl der Gemeindevertreter einstimmig für gültig erklärten. Außer Christian Preiß (1880–1939), einem zu 50 Prozent schwerbeschädigten Veteranen des Ersten Weltkriegs, nahmen teil: Martin Cloos, Johannes Battenfeld, Andreas Lauer,

⁵⁴ Die OZ nannte am 27.3.1933 die Namen der Verhafteten unter „Festnahme von Kommunisten“, am 28.3.1933 auch das Hessische Tageblatt.

⁵⁵ Kutsch, Verfolgung und Ausschaltung der Arbeiterbewegung, S. 102.

⁵⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 1213; HStAM, 180 Marburg, Nr. 6358, Dreihausen. Siehe auch Kutsch, Verfolgung und Ausschaltung der Arbeiterbewegung, S. 28.

⁵⁷ Der Zellenleiter stand an sechster Stelle in der Rangliste der NSDAP-Funktionäre. Er musste sich um die Verwaltung von mehreren Blocks kümmern, die jeweils von einem Blockleiter geführt wurden.

⁵⁸ Auskunft von Peter Preiß, Jan. 2022.

Konrad Lauer, Heinrich Menche,⁵⁹ Konrad Nau, Johann Konrad Preiß, Peter Schröder.⁶⁰ Das Protokollbuch nennt zudem die Namen der bisherigen Schöffen Bohl und Weber.⁶¹ Anwesend muss auch Johannes Preiß gewesen sein, denn bei der am 8. April in der Preiß'schen Wohnung durchgeführten Wahl des neuen Bürgermeisters fungierte er als Schriftführer, sein Vater als Wahlvorsteher und der „Unternehmer“ Menche sowie der Landwirt Martin Cloos, der einzige Sohn des Gutsbesitzers Ernst Cloos, als Beisitzer.⁶²

Für die Schöffenwahl unterbreiteten Schröder, Menche und Battenfeld den Wahlvorschlag, Johann Konrad Preiß und Andreas Lauer zu wählen. Die Nationalsozialisten hatten die Absicht, als Bewerber um das Amt des 1. Schöffen ihren als Nationalsozialisten weitbekannten Vertreter Martin Cloos zur Wahl zu stellen. Schwieriger erwies sich die Suche nach dem Kandidaten für das 2. Schöffenamt. Der zunächst vorgesehene Konrad Weber ließ seinen Namen wieder durchstreichen. An seine Stelle sollte dann der Landwirt Johannes Deucker I treten. Als dritten Kandidaten stellten die Nationalsozialisten „Pg.“ Wilhelm Fritz (1909–1998) auf, einen Pflasterer, der sich auch wieder streichen ließ. Schließlich kam als Bewerber der Zimmermann und „Pg.“ Heinrich Nau (1902, Großseelheim – 1946) zum Zuge, der Moischt Nr. 50 wohnte.⁶³ Diesen Wahlvorschlag unterstützten Cloos, Christian Preiß, Konrad Lauer und Konrad Nau.

Die Vertreter der NSDAP legten es auf einen **Durchmarsch** an. Zunächst wurden Gemeindevertreter von den anberaumten Abstimmungen ausgeschlossen. Waren neun Gemeindevertreter zur Neuwahl eingeladen und erschienen, so entschied eine Mehrheit mit 4 gegen 3 Stimmen, zwei davon zu „beurlauben“: Battenfeld „auf 3 Sitzungstage“, weil er am 21. März 1933 „die Nationale Erhebung entehrt“ habe, und den für die SPD gewählten Gemeindeverordneten Schröder, weil seine „politische Einstellung [...] sehr weit nach lings [!] geht“. Wie es im von Johannes Preiß verfassten und von seinem Vater, dem kommissarischen Bürgermeister Christian Preiß, unterzeichneten Protokoll lautet, wurde diese „Ausschaltung [...] angenommen“.

⁵⁹ Heinrich Menche (*1887), Pflastermeister, heiratete 1912 Elisabeth Menche geb. Lauer (*1887), sie wohnten Nr. 69; Menche betrieb von 1930 an ein Tiefbaugeschäft.

⁶⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (8.4.1933).

⁶¹ StadtAMR-GM, Nr. 211.

⁶² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (8.4.1933).

⁶³ Heinrich Nau gab auf seinem Meldebogen an, erst 1935 in die NSDAP eingetreten zu sein: HHStAW, 520/27, Nr. 18492.

Für die Wahl der neuen Führung gibt es in den Akten zwei Versionen. Laut den am 8. April ausgefüllten Vordrucken habe Cloos beantragt, den neuen Bürgermeister „durch Zuruf“ zu wählen. Zur Wahl stellte sich der SA-Mann und Landwirt Johannes Preiß, obgleich er in der Gemeindevertretung bislang keine Rolle gespielt hatte. Er wurde „durch Zuruf“ gewählt.⁶⁴ Das handschriftlich verfasste Protokoll vermerkt, dass „als Bürgermeister der S.A.Mann Landwirt Johannes Preiß mit 4 gegen 3“ Stimmen gewählt worden sei – ebenso wie der 1. und der 2. Schöffe: „S.A.Mann Martin Cloos“ und „der Landwirt Johannes Deucker [als] Anhänger der N.S.D.A.P. [...] Alle 3 Bürgermeister sowol [!] Schöffen wurden durch Zuruf und neu gewählt. Ein Gegenvorschlag wurde nicht gemacht.“⁶⁵

Schröder erklärte im Spruchkammer-Verfahren von Johannes Preiß, dessen Vater habe die Neuwahl des Bürgermeisters im politischen Ränkespiel um einen Tag von Freitag auf Samstag verschoben, und als Schriftführer habe Johannes Preiß persönlich daran mitgewirkt.⁶⁶ Der Schreiner Johannes Fischer sagte im Verfahren gegen Johannes Preiß als Zeuge aus: „Bei der Wahl seines Vaters⁶⁷ wurden 2 Gegner der Partei ausgeschlossen,⁶⁸ und so hatte die Partei [NSDAP] die Mehrheit im Ort.“⁶⁹

Daraus ist zu folgern, dass die Gemeindevertretung am 8. April 1933 unter Leitung des kommissarischen Bürgermeisters Christian Preiß dessen Sohn, das NSDAP- und SA-Mitglied Johannes Preiß, zum Bürgermeister, das NSDAP- und NSKK-Mitglied Martin Cloos zum 1. Schöffen und den selbsterklärten Anhänger der NSDAP Johannes Deucker zum 2. Schöffen bestimmte.⁷⁰

Der Landrat erklärte die Wahlen vom 8. April für ungültig, denn man hatte sich in Moischt nicht an die „Anweisung“ der NSDAP-Gauleitung gehalten, wonach „in den Gemeinden mit komm[issarischen] Bürgermeistern vorerst die Bürgermeisterneuwahlen ausgesetzt werden“ sollten. Außerdem sei der

⁶⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (8.4.1933), Vordruck der Bekanntmachung.

⁶⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (8.4.1933), hs. Protokoll.

⁶⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 62.

⁶⁷ Richtig ist: Sohnes – von Christian Preiß.

⁶⁸ Peter Schröder (SPD) und Johannes Battenfeld.

⁶⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 63.

⁷⁰ Die Unterschrift des Protokolls der Sitzung der Gemeindevertretung vom 8.4.1933 unterscheidet sich von der in den folgenden Unterlagen, es unterzeichnete hier also der *alte* Preiß; StadtAMR-GM, Nr. 211.

Ausschluss von zwei Gemeindevertretern rechtlich nicht zulässig gewesen.⁷¹ Der kommissarische Bürgermeister blieb danach bis auf Weiteres im Amt.

Christian Preiß erwiderte darauf zwei Tage später, der Grund für Schröders „Ausschaltung“ sei seine „Herabsetzung des Herrn Reichskanzler Adolf Hitlers [!]“. Preiß räumte ein, die Wahl des Schöffenstellvertreters sei versehentlich unterblieben, doch sei sie nun, am 13. April, in einer außerordentlichen Sitzung nachgeholt worden, auf der vier anwesende „Mitglieder der Gemeindevertretung [...] Einstimmig [!] das Mitglied des Kampfbundes der N.S.D.A.P.⁷²

Stellmachermeister Heinrich Stehling II wählten“, und zwar durch Zuruf.⁷³ Christian Preiß bat darum, die Wahlen nun zu bestätigen.

Der als 1. Schöffe noch unbestätigte Martin Cloos wandte sich am 25. Mai 1933 besorgt an den Landrat, denn er habe erfahren, dass er „als Schöffe wegen großer Bedenken gegen [s]eine Person nicht in Frage“ komme. Er hob die Verdienste seiner Familie hervor, die den Landrat stets unterstützt habe; falls dieser nun Deucker als 1. Schöffen einsetzen wolle, so solle er ihn, Cloos, „im Namen [s]einer Pg.“ als 2. Schöffen einsetzen, andernfalls würde er sich als Opfer eines Unrechts und gekränkt fühlen. Die Entscheidung fiel im Landratsamt gegen den NSDAP-Repräsentanten und späteren Ortsbauernführer Cloos. Zwei Tage später wurden vereidigt: Johannes Preiß als neuer Bürgermeister, Deucker als 1. und Stehling als 2. Schöffe.⁷⁴

In der Überlieferung des Landratsamts schlägt sich übrigens kaum nieder, dass von März bis Mai 1933 zunächst Christian Preiß Bürgermeister war.⁷⁵ In einem besonderen Nachweis für Moischt wird Christian Preiß ebenso wenig genannt, dafür aber Johannes Preiß „jun.“⁷⁶ Vater und Sohn Preiß waren übrigens Verwandte ihres Amtsvorgängers Johannes Battenfeld, war dieser doch Schwager des älteren und Onkel des jüngeren Preiß – Letzterer war der Neffe von Battenfelds Ehefrau.

3. Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Johannes Preiß

⁷¹ HStAM, 180 Marburg, 4444 (11.4.1933).

⁷² Es kann sich handeln um den Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand oder um den Kampfbund für deutsche Kultur.

⁷³ HStAM, 180 Marburg, 4444 (13.4.1933).

⁷⁴ HStAM, 180 Marburg, 4444 (27.5.1933).

⁷⁵ Bürgermeister Christian Preiß fehlt auch auf der Liste in: Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 78.

⁷⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 6358 (Moischt).

Rasch erwies sich, dass Christian Preiß nicht in der Lage war, die Amtsgeschäfte zu erledigen. Daher übernahm sie sein Sohn Johannes Preiß (1907–2008),⁷⁷ der am 8. April gewählt, am 27. Mai 1933 vereidigt wurde und zwei Tage später auch offiziell seinem Vater nachfolgte.⁷⁸ Auf seinem Meldebogen vom Juli 1946 erklärte Preiß, dass er von 1933 bis 1940 Bürgermeister gewesen sei.⁷⁹ Was der Landwirt verschwieg: Johannes Preiß war schon 1932 NSDAP-Mitglied und SA-Mann geworden, denn er erhielt die schon vor 1933 vergebene Mitglieds-Nr. 1125053⁸⁰ der NSDAP. Auf dem Meldebogen gab er 1933 als Jahr seines NSDAP- und SA-Eintritts⁸¹ an. Und in seiner Erklärung vom 25. Dezember 1946 versicherte er wahrheitswidrig, dass er im Februar 1933 der SA und (erst) im Mai 1933 – also nicht früher als so viele andere, die scherzhaft als sogenannte „Märzgefallene“ bezeichnet wurden – der NSDAP beigetreten sei.⁸² Schulungsleiter seiner NSDAP-Ortsgruppe sei er von 1934 an gewesen; tatsächlich war er es schon ein Jahr früher.⁸³ Die genauen Jahreszahlen waren in den Spruchkammer-Verfahren wichtig, denn je früher man sich nationalsozialistischen Organisationen angeschlossen hatte, desto höher fielen im Allgemeinen die Strafen aus. So wurden öffentlich Bedienstete, die vor 1937 der NSDAP beigetreten waren, 1945 ohne Weiteres entlassen. Preiß nahm Ende Juni bis Anfang Juli 1933 an einem Kurs in der NSDAP-Schule in „Soden-Allendorf“ teil.⁸⁴ Er setzte sich außerdem seit 1924 bei der Technischen Nothilfe ein. Im April 1936 heiratete Johannes Preiß Margarethe Bier (1914–2005) aus Dreihausen, sie wohnten Nr. 48. 1938 wurde ihm ein Sohn geboren. Von Januar

⁷⁷ In seinem Spruchkammer-Verfahren erklärte er: „Mein Vater war seit 1933 Bürgermeister in Moischt. Da er schwerkriegsbeschädigt war, er verlor im 1. Weltkrieg seinen linken Arm, übernahm ich die Bürgermeistergeschäfte.“ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 61RS (25.8.1947).

⁷⁸ HStAM, 180 Marburg, 4444 (29.5.1933).

⁷⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199 (3.7.1945). Abweichend davon heißt es in der „Begründung“ des Johannes Preiß betreffenden Spruchkammer-Entscheids vom Oktober 1947: „Ab 1934 war er Bürgermeister der Gemeinde Moischt.“ Ebenda, Bl. 59RS.

⁸⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 6358 (Moischt). Das heißt, er ist etwa zur gleichen Zeit in die NSDAP eingetreten wie der Gemeinderat und Moischer Ortsdiener Konrad Block (Nr. 1125048), der angab, am 1.5.1932 eingetreten zu sein, siehe HHStAW, 520/27, Nr. 13303, und HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (16.4.1934).

⁸¹ Hier hatte ursprünglich „1932“ gestanden, ehe die 2 zur 3 verändert wurde; HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 1.

⁸² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 39.

⁸³ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 1RS (Meldebogen).

⁸⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444. In Bad Soden-Allendorf befand sich eine nationalsozialistische Fortbildungseinrichtung für Kommunalpolitik, die seit 1935 nach dem Gauleiter als Karl Weinrich-Schule bezeichnet wurde.

1941 bis Mai 1944 nahm er, zuletzt als Obergefreiter, am Krieg teil, bis er 1944 aufgrund einer schweren Kriegsverletzung nach Moischt zurückkehrte.

Da der zunächst gewählte 1. Schöffe ebenso wenig wie der Schöffenstellvertreter bestätigt worden war, kam es am 22. Juli zu einer Wiederholungswahl, in der Heinrich Stehling durch Zuruf gewählt wurde.⁸⁵ Zum Schöffenstellvertreter wählten alle vier Abstimmungsberechtigten den Fleischbeschauer Karl Kraft. Auch nach der Überlieferung des Landratsamts war „Preiss, Johs. jun.“ von diesem Tag an Bürgermeister ebenso wie Deucker und Stehling Schöffen. Am 23. Juli 1934 bedankte sich Preiß beim Landrat, dass er ihn nun endgültig zum Leiter der Gemeinde Moischt berufen wolle.⁸⁶

In einem Sammelverzeichnis, das nach 1936 angelegt worden sein muss, gilt für Moischt, dass Johannes Preiß zum 30. Juli 1934 – dem „Beginn [sein]er Dienstzeit“ – offiziell berufen wurde.⁸⁷ Bei den Schöffen Johannes Deucker und Heinrich Lorch geschah dies zum 8. September 1934.⁸⁸

Für den 2. Schöffen erscheint in diesen Unterlagen erst „Cloos, Martin“ ohne weitere Angaben, und nach dem 27. Mai 1933 muss Stehling, der ihn zunächst ersetzen sollte, von Heinrich Lorch abgelöst worden zu sein, dessen „Beginn der Dienstzeit“ mit dem 8. September 1934 angegeben wird; so auch für „Deucker I, Joh.“. Unterdessen tritt auf dem gleichen Blatt mit der Datumsangabe 27. Mai 1933 Stehling (auch) als Schöffen-Stellvertreter hervor. Seinem Namen folgt derjenige von Karl Kraft, der dieses Amt wohl schon am 15. September 1933 von Stehling übernahm.⁸⁹

Im Juni 1933 werden neben Bürgermeister Preiß – dem *jungen* Preiß – die Gemeindeverordneten Martin Cloos, Böttner, Lauer, Nau, Lauer I (später: Lauer Andreas) sowie die Schöffen Deucker und Stehling genannt. Die NSDAP-Vertreter beschlossen damals die Kürzung der Gehälter des Bürgermeisters, des Gemeinderechners und des Baumpflegers sowie der Haltungskosten für den gemeindeeigenen Ziegenbock.⁹⁰ Am 22. Juli 1933 schlug Bürgermeister Preiß vier

⁸⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (6.7.1933). Von 5 Gemeindevertretern waren 4 anwesend, 3 stimmten für Stehling, einer enthielt sich (hs. Protokoll).

⁸⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

⁸⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 6358 (Moischt), hier noch bestätigt durch einen Stempel mit dem Datum 25.8.1934.

⁸⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 6358 (Moischt).

⁸⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 6358.

⁹⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (3.6.1933).

Personen als Gemeindevertreter vor: Daniel Barthel, Jost Hettche, Heinrich Lorch und Wilhelm Weber.⁹¹

Der hochgewachsene **Daniel Barthel** (*1896) war Landwirt und zugleich einer der Schmiede im Dorf. 1922 heiratete er Juliane Hahn (*1895) aus Cappel, sie wohnten in Nr. 6 bzw. Nr. 15 (heute Wittelsberger Str. 16). Im Haus lebte auch der jüngere Bruder Johannes Barthel (*1910).⁹² Das Paar hatte zwei Söhne, der eine kam im Zweiten Weltkrieg in Russland, der andere 1944 in Italien ums Leben.⁹³ Ende 1931 gehörte Daniel Barthel zu den Gründungsmitgliedern des Moischer Schützenvereins.⁹⁴ 1933 schloss er sich der NSDAP und der SA an.⁹⁵ Im März 1936 war Barthel unter den neuen Gemeinderäten, die der Gauleiter der NSDAP berufen hatte.⁹⁶

Der Waldarbeiter **Jost Hettche** wurde 1902 in Roth bei Marburg geboren. 1926 heiratete er Katharina Lauer (*1902), danach wohnten sie in Haus Nr. 25.⁹⁷ Wohl schon 1932 schloss Hettche sich der NSDAP an.⁹⁸ 1935 war er auch in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und betätigte sich von 1938 bis 1942 als Blockwaller. Überdies gehörte er von 1940 bis 1943 der NSV an. 1942/43 arbeitete Hettche für die Buderuswerke in Lollar, dann nahm er am Krieg teil. Von 1945 an war er beim Forstamt Marburg Nord beschäftigt. Nach der Einschätzung des politischen Ausschusses (K. Kornemann, J. Fendt) war Hettche „nur nominelles Mitglied“, eine „öffentliche polit. Betätigung“ könne ihm nicht nachgewiesen werden.⁹⁹ Jost Hettches Ehefrau Katharina Hettche war von 1933 bis 1945 Leiterin der NS-Frauenschaft (ohne in der NSDAP zu sein) und erhielt in

⁹¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (22.7.1933).

⁹² HStAM, 404, 2872.

⁹³ StadtAMR-GM, Nr. 10 (Wehrstammbblätter); StadtAMR-GM, Nr. 219. Ein Foto von Konrad Barthel (1924–1944) mit Schulkameraden von 1936 in Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 316.

⁹⁴ <http://schuetzenverein-moischt.de/wp-content/uploads/2019/02/2006Festschrift.pdf>.

⁹⁵ HHStAW, 520/27, Nr. 4134; StadtAMR-GM, Nr. 10; StadtAMR-GM, Nr. 215.

⁹⁶ StadtAMR-GM, Nr. 215, Mitteilung von Landrat Krawielitzki mit beiliegendem, von Daniel Barthel ausgefülltem Fragebogen. Im Spruchkammer-Verfahren galt Barthel, der in den späteren Kriegsjahren als Scharführer ehrenhalber tätig gewesen war, als Mitläufer; ihm wurde eine Geldbuße von RM 250 auferlegt, HHStAW, 520/27, Nr. 4134 (31.3.1948).

⁹⁷ HStAM, 404, 2872.

⁹⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 13316 (Arbeitsblatt und Beiblatt); demnach wurde die undeutliche Zahl auf dem Meldebogen als 1932 gelesen. Die „Politische Liste der Gemeinde Moischt“, in der 1945/46 Mitglieder von NS-Organisationen verzeichnet wurden, gibt (wohl aufgrund Hettches eigener Angaben) an: 1.4.1933. Laut Hettches Erklärung vom 22.1.1948 trat er am 1.5.1933 in die NSDAP ein.

⁹⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 13316 (Arbeitsblatt).

dieser Funktion am 1. Mai 1940 eine „Medaille für Volkspflege“. Ihrer Beurteilung durch den politischen Ausschuss zufolge war Katharina Hettche „bei allen Leuten durch ihre gerechte Handlungsweise sehr beliebt“.¹⁰⁰

Zimmermeister **Heinrich Lorch** (*1882) heiratete 1911 Katharina Schmidt (*1890) aus Hachborn.¹⁰¹ Sie wohnten in Moischt Nr. 76. Er gehörte keiner einzigen NS-Organisation an.¹⁰² Im September 1933 offiziell zum 2. Schöffen berufen, war Lorch noch Anfang der 1940er-Jahre im Amt.¹⁰³ Bürgermeister Preiß teilte dem Landrat 1935 mit, der 2. Schöffe handle mit Juden.¹⁰⁴ Unter Bürgermeister Cloos galt er als politisch unzuverlässig.¹⁰⁵ Er äußerte sich als Zeuge im Spruchkammer-Verfahren von Bürgermeister Preiß, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.¹⁰⁶

Land- und Gastwirt **Wilhelm Weber** (*1896) heiratete 1931 Christine Goßmann (*1906), sie wohnten Nr. 24.¹⁰⁷ Dem Paar wurde eine Tochter geboren.¹⁰⁸ Im gleichen Jahr war Weber Mitbegründer des Schützenvereins Moischt.¹⁰⁹ Zum 1. Mai 1933 trat er in die NSDAP ein. Seiner Beurteilung durch den politischen Ausschuss vom November 1947 zufolge habe er „sich nicht pol[itisch] hervorgetan“. Mit dem Sühnebescheid vom 8. Januar 1948 galt Wilhelm Weber als Mitläufer und hatte eine Strafe von RM 200 zu entrichten.¹¹⁰

Am 11. Dezember 1933 werden im Protokollbuch als Gemeindeverordnete Cloos, Konrad Lauer, Nau und Böttner angeführt.¹¹¹ Ein Jahr später werden genannt als Schöffe Deucker, als Gemeindeverordnete Böttner, Cloos, Lauer I und Lauer II sowie Nau.¹¹²

¹⁰⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 13315.

¹⁰¹ HStAM, 404, Nr. 2872.

¹⁰² HHStAW, 520/ML, Nr. Meldebogen-Sammlung 25.4.1947, ML 57196/47.

¹⁰³ StadtAMR-GM, Nr. 108.

¹⁰⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

¹⁰⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

¹⁰⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 50, 63RS.

¹⁰⁷ HStAM, 404, Nr. 2872.

¹⁰⁸ StadtAMR-GM, Nr. 65.

¹⁰⁹ <http://schuetzenverein-moischt.de/wp-content/uploads/2019/02/2006Festschrift.pdf>.

¹¹⁰ HHStAW 520/27 Nr. 4147.

¹¹¹ Daran schließt sich der 12.2.1946 an, als sich Bürgermeister Battenfeld mit den Gemeindeverordneten Lauer, Fendt, Keßler, Emmerich und Lemmer traf und einstimmig die am 20.1.1946 „stattgefundene Wahl für gültig erklärt“ wurde; StadtAMR-GM, Nr. 211.

¹¹² HStAM, 180 Marburg, Nr. A 740 (4.12.1934).

Der 1. Schöffe **Johannes Deucker** (1877–1958), Landwirt,¹¹³ wohnte im Haus Nr. 2 und gehörte der älteren Generation an. Er hatte 1911 Margarete Keßler geheiratet und war dann verwitwet.¹¹⁴ Am 14. August 1934 erklärte er seinen Rücktritt vom Schöffenamt.¹¹⁵ Dennoch wurde Johannes Deucker am 8. September 1934 offiziell zum Beigeordneten berufen, und er war auch noch unter den Bürgermeistern Preiß und Fischer als 1. Schöffe tätig.¹¹⁶ Am 4. August 1941 schied der 63-jährige nach Ende seiner Amtszeit aus.¹¹⁷ Johannes Deucker gehörte keiner NS-Organisation an.¹¹⁸

Heinrich Stehling (1881–1946), der Nr. 20 wohnte, wurde zunächst zum 2. Schöffen gewählt. Der Stellmacher war „weit gereist und auch bekannt“ und beschäftigte vor dem Krieg (noch) mehrere Gesellen.¹¹⁹ Stehling gehörte nach seiner eigenen Auskunft keiner einzigen NS-Organisation an.¹²⁰ Im April 1933 war er allerdings Mitglied eines der NSDAP nahestehenden „Kampfbunds“.¹²¹ Als 2. Schöffe kam er nicht zum Zuge, wurde dann aber als Schöffen-Stellvertreter in Betracht gezogen, ehe im September 1933 Karl Kraft dieses Amt übernahm. Er war im Dorf der einzige, der unter dem Bürgermeister Preiß Gemeindeland abgeben musste.¹²² Seinen Sohn Johannes (*1911) verlor er an den Krieg.¹²³ Heinrich Lorch (*1882) löste Stehling nach dem 27. Mai als 2. Schöffe ab. Zum Moischer Fleischbeschauer wurde am 22. Juli 1933 einstimmig der Anstreicher **Karl Kraft** (1894–1974) gewählt, der aus Schweinsberg stammte.¹²⁴ Im Ersten Weltkrieg hatte er einen Lungenschuss erlitten und galt als zu 50 Prozent, später zu 30 Prozent kriegsbeschädigt.¹²⁵ Als Fleischbeschauer war der Weltkriegsveteran Angestellter des Landratsamts. 1919 heiratete er Katharina

¹¹³ In der Einwohnerkartei (StadtAMR–GM, Nr. 44) heißt es, er habe Schmied gelernt, doch liegt hier offenbar eine Verwechslung vor mit Johannes Deucker (1888–1939), siehe dazu Konrad Ludwigs Aufzeichnungen von 1997 über Johannes Deuckers Schmiede im Oberdorf; er gründete 1929 ein Kolonialwarengeschäft; StadtAMR–GM, Nr. 219, S. 102, 104. Heimat-Adreßbuch des Landkreises Marburg 1956 nach amtlichen Unterlagen, Köln [1956], nennt bei Moischt: Jhs. Deucker, Gemischtwarenhdlg., Moischt 32.

¹¹⁴ HStAM, 404, 2872.

¹¹⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

¹¹⁶ StadtAMR–GM, Nr. 108.

¹¹⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

¹¹⁸ HHStAW, 520/ML, Nr. 10044/47.

¹¹⁹ StadtAMR–GM, Nr. 219, S. 102.

¹²⁰ HHStAW, 520/ML, Nr. 57263/47.

¹²¹ So Johannes Preiß, siehe HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (13.4.1933).

¹²² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 62RS.

¹²³ StadtAMR–GM, Nr. 158.

¹²⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444; StadtAMR–GM, Nr. 10.

¹²⁵ HHStAW, 520/27 Nr. 4143.

Fischer (*1892).¹²⁶ 1933 zog er nach Moischt um, wohnte Hahnerheide Nr. 5.¹²⁷ Dort lebten auch seine Kinder, die Schwiegertochter und die Schwestern Katharina Kraft (*1892) und Martha Kraft (*1890), die – weil chronisch krank – pflegebedürftig und deren „gerichtl[ich] best[ellter] Pfleger“ Karl Kraft war.¹²⁸ Zum 1. Mai 1933 will er, um Fleischbeschauer zu werden bzw. zu bleiben, in die NSDAP (mit der Nr. 1124942) eingetreten sein.¹²⁹ Die Mitgliedsnummer zeigt jedoch an, dass Kraft sich im Frühjahr 1932 der NSDAP angeschlossen haben muss; sie ist noch niedriger als die Mitgliedsnummern, die Konrad Block und Johannes Preiß erhielten. Im April 1934 war Kraft als kleiner Landwirt zugleich im Gemeinderat; noch vor dem Ende der NS-Herrschaft stieg er dank der Fürsprache von Martin Cloos zum 1. Schöffen auf.¹³⁰ Die Spruchkammer Marburg-Land reihte ihn am 7. August 1947 „in die Gruppe IV der Verantwortlichen“ ein. Zugute gehalten wurde ihm nun, dass er, „[a]ls die Synagogen in Brand gesetzt wurden, [...] er seiner Empörung in Worten Ausdruck gegeben [habe], die ihm beinahe zum Verhängnis geworden wären.“ Das Kasseler Sondergericht habe ein Verfahren eingeleitet, und er sei (angeblich) „nur mit knapper Not der Bestrafung“ entgangen.¹³¹ Die Fleischbeschaustelle Moischt hatte Kraft dann bis 1959 inne, als er aus Altersgründen ausschied.¹³² Über das Jahr des Machtwechsels 1933 im Amt blieb der Gemeinderechner von Moischt **Konrad Battenfeld** (*1889).¹³³ Er war Landwirt und Schumacher. 1919 heiratete er Katharina Kreiter (*1893), sie hatten eine Tochter und einen Sohn und wohnten Nr. 38.¹³⁴ 1934 trat er in die SA ein.¹³⁵ Gemeinderechner war Battenfeld von 1932 bis April 1946. Im Frühjahr 1934 fasste die Gemeindevertretung weitere Beschlüsse. Sie begrenzte die Zahl der Schöffen auf zwei.¹³⁶ Im April 1934 wurde entschieden, auch die Anzahl der Gemeinderäte in Moischt zu verringern und auf sechs

¹²⁶ HStAM, 404, 2872.

¹²⁷ HHStAW 520/27 Nr. 4143.

¹²⁸ HStAM, 404, 2872; siehe auch Meldebogen Martha Kraft, HHStAW, 520/ML, Nr. 57165/47.

¹²⁹ HHStAW, 520/27 Nr. 4143 (27.4.1946), Meldebogen.

¹³⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (16.4.1934, 25.8.1944); StadtAMR-GM, Nr. 108.

¹³¹ HHStAW, 520/27 Nr. 4143.

¹³² HStAM, 180 Marburg, Nr. 5830.

¹³³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444; Nr. 6358.

¹³⁴ HStAM, 404, 2872.

¹³⁵ HHStAW, 520/ML, Nr. Liste Mitglieder in NS-Organisationen.

¹³⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (28.3.1934).

festzusetzen.¹³⁷ Es handelte sich fast sämtlich um Mitglieder der NSDAP: Konrad Block, Nikolaus Böttner, Martin Cloos, Karl Kraft, Konrad Nau. Nur Konrad Lauer (1884–1965) war nicht Parteimitglied.¹³⁸ Ende 1934 ist die Rede von nurmehr acht Mitgliedern in Gemeindevertretung und -vorstand.¹³⁹

Konrad Block (1896–1978) heiratete 1920 Anna Katharina Matthäi (*1897), sie hatten ein Kind und wohnten Nr. 81.¹⁴⁰ Von 1924 bis 1938/39 arbeitete Block als Waldarbeiter beim Forstamt Marburg Nord. 1931 war er Gründungsmitglied im Schützenverein Moischt.¹⁴¹ Am 1. Mai 1932 schloss er sich der NSDAP an (Nr. 1125048).¹⁴² 1934 trat er außerdem in die SA ein, in der er von 1935 an als Scharführer fungierte. Von 1938/39 bis 1945 war er Ortsdiener in Moischt, nur 1940 unterbrochen von seiner kurzzeitigen Kriegsteilnahme. Von 1945 an arbeitete er als selbstständiger Landwirt.¹⁴³

Der Pflasterer **Nikolaus Böttner** (1899–1988) heiratete 1925 Gertrud Henkel (*1903) aus Marburg. Das Paar hatte einen Sohn, sie wohnten Nr. 83.¹⁴⁴ Zum 1. Mai 1933 trat Böttner in die NSDAP ein (Nr. 2674501). Seit 1934 war er außerdem Zellenwalter und damit Kassierer bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF), und er gehörte auch der SA an.¹⁴⁵ Als NS-Funktionär vielfach in Anspruch genommen, hatte er Mühe, all seinen Verpflichtungen nachzukommen. Im Oktober 1938 entließ ihn die SA-Standarte Jäger 11, da er ein ganzes lang Jahr keinen SA-Dienst mehr gemacht hatte.¹⁴⁶ Sein Einsatz als Gemeinderat und HJ-Funktionär blieb davon unberührt.¹⁴⁷

Der Landwirt **Konrad** (eigentlich: Johann Conrad) **Lauer** (*1884) heiratete 1920 Katharina Kraft (*1895) aus Seelbach. Sie hatten vier Kinder und wohnten im Haus Nr. 14. Im Juli 1940 starb Katharina Lauer. Auf der Liste von Moischer

¹³⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (16.4.1934).

¹³⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (16.4.1934).

¹³⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. A 740 (4.12.1934).

¹⁴⁰ HStAM, 404, 2872.

¹⁴¹ <http://schuetzenverein-moischt.de/wp-content/uploads/2019/02/2006Festschrift.pdf>.

¹⁴² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444; HHStAW, 520/27, 13303.

¹⁴³ Ebenda.

¹⁴⁴ HStAM, 404, 2872.

¹⁴⁵ HHStAW 520/27 Nr. 13303.

¹⁴⁶ Der Anführer der Standarte Kurt Stollberg machte als Grund für Böttners Ausscheiden aktenkundig: „Ungebührliches Benehmen auf der Dienststelle des Sturmes 14/J 11“, wofür Böttner sich einen „[s]trengen Verweis“ einhandelte, denn sein Verhalten zeuge „von schlechter SA-mäßiger Auffassung“; HHStAW, 520/27, Nr. 13303 (17.10.1938).

¹⁴⁷ StadtAMR–GM, Nr. 108.

Mitgliedern in NS-Organisationen wird (Johann) Konrad Lauer nicht genannt.¹⁴⁸ Im Juni 1935 wurde er aus dem Gemeinderat ausgeschlossen, weil er mit Juden weiterhin Handel getrieben hatte.¹⁴⁹ Sein ältester Sohn übernahm den Hof. (Johann) Konrad Lauer starb im Jahr 1965. Landwirt **Konrad Nau** (*1875) heiratete 1911 Elisabeth Hofmann (*1890) aus Ilschhausen, sie wohnten Nr. 4.¹⁵⁰ 1931 war er Gründungsmitglied im Schützenverein Moischt.¹⁵¹ 1933 trat er in die NSDAP ein (Nr. 2674938). Im Januar 1948 erhielt er von der Spruchkammer einen Sühnebescheid, mit dem er den Mitläufern zugeordnet und ihm eine Geldstrafe von RM 600 auferlegt wurde. Auf den Landwirt Martin Cloos wird weiter unten zurückzukommen sein.

Welche weiteren Vorkommnisse waren Mitte der 1930er-Jahre zu verzeichnen? Im Mai 1936 trat Bürgermeister Preiß für Konrad Fischer (*1912) ein. Dieser war im Infanterie-Regiment 57 erkrankt und daraufhin entlassen worden. Nach seiner Genesung suchte er eine Stelle bis zum Beginn seiner Tätigkeit bei einer Luftnachrichtenabteilung in Gütersloh, die er Ende 1936 antreten werde.¹⁵² Die Ehefrau von Konrad Block, Anna Katharina, beschwerte sich (abermals) über dessen Alkoholkonsum, u. a. in der Nacht vom 16. auf den 17. Mai 1937 in der Wirtschaft Lauer: Sie bat, ihm solle kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden. Andernfalls müsse sie sich scheiden lassen. Der Landjäger in Schröck Hans Weber¹⁵³ gab eine Stellungnahme ab, und nachdem Konrad Block auf dem Landratsamt erschienen war, vermerkte man dort, er habe seine Frau beschuldigt, „häufig schwierig“, ja herrschsüchtig zu sein, weil sie „eine geborene Matthäi“ sei, am Ende aber Besserung versprochen.¹⁵⁴ Ein Vorfall mit „grobem Unfug“ ereignete sich Ende Oktober mit Wilhelm Jeide, der nach einem Wirtshausbesuch laut auf Weber schimpfte, weil dieser bei ihm

¹⁴⁸ HHStAW, 520/ML, Nr. Liste Mitglieder in NS-Organisationen.

¹⁴⁹ Dazu weiter unten Kap. II.1.

¹⁵⁰ HStAM, 404, 2872.

¹⁵¹ <http://schuetzenverein-moischt.de/wp-content/uploads/2019/02/2006Festschrift.pdf>.

¹⁵² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (9.5.1936).

¹⁵³ Hans Weber (*1891), Landjäger; stammte aus dem westpreußischen Kreis Marienwerder, von Mai 1936 bis Mitte 1941 als Nachfolger von Reinhold Kothe Gendarmerie-Hauptwachtmeister in Schröck, wo er mit Frau und Tochter auch wohnte; von März bis Juli 1944 misshandelte er bei Vernehmungen im Amtsgerichtsgebäude in Hessisch-Lichtenau mehrfach ausländische Arbeitskräfte, deswegen 1949 angeklagt.

¹⁵⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (23.5.1937, 17.6.1937).

eine Haussuchung vorgenommen hatte wegen Verdachts der Wilderei; Erbhofbauer Cloos habe Jeide vergeblich ermahnt, das Schimpfen abzustellen.¹⁵⁵ Unter Umgehung des Bürgermeisters richtete Auszügler Heinrich Bohl im Juli 1938 eine Beschwerde an „Herrn Landrat Krawelitzky“, damit ein Flutgraben verbessert werde; Bürgermeister Preiß erklärte Bohl, dieser müsse sich zuerst an ihn wenden.¹⁵⁶ Der Moischer Fuhrunternehmer Konrad Simon beschwerte sich gegen seine Beauftragung mit Arbeiten bei der Holzernte in Dagobertshausen, da er schon anderweitig verpflichtet sei.¹⁵⁷

4. Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Heinrich Fischer

Der seit dem Machtwechsel 1933 amtierende Bürgermeister Johannes Preiß wurde am 29. Dezember 1940 zur Wehrmacht einberufen. Er war zunächst beim Infanterie-Ersatzbataillon 487 in Quedlinburg. Zu seinem Nachfolger hatte Preiß Heinrich Fischer (1877–1967) vorgeschlagen. Der Landrat berief ihn am 30. Dezember 1940 zum kommissarischen Bürgermeister von Moischt.¹⁵⁸ Heinrich Fischer war gelernter Schreiner und Vorarbeiter im Tiefbau. 1911 hatte er in Wittelsberg Katharina Laucht (*1881, Ronhausen) geheiratet, sie wohnten dann Hahnerheide Nr. 11.¹⁵⁹ Das Paar hatte fünf Söhne, darunter war der Schuhmacher Johannes Fischer (1912–1989). Der Sohn Heinrich Fischer (*1913) starb als Obergefreiter der Wehrmacht im Januar 1943 in Russland, Karl Fischer (*1903) gilt seit August 1944 als in Frankreich vermisst.

Der damals 63-jährige Heinrich Fischer konnte sich im Amt des Bürgermeisters nicht lange halten. Mitte 1941 wurde er wieder abberufen. Wie kam es dazu? Am 24. Juni 1941 richtete Johannes Lorch (*1895) aus Dreihausen, der Anführer der NSDAP-Ortsgruppe Wittelsberg, in deren Namen eine Beschwerde an die NSDAP-Kreisleitung. Er bedauerte, dass bei der Nachfolge von Preiß nicht Karl Kraft zum Zuge gekommen sei. Er äußerte zudem seine Unterstützung für das Schreiben des Moischer NSDAP-Zellenleiters und Ortsbauernführers Martin Cloos, der darüber Klage geführt hatte, dass Fischer „den alte[n] Bürgermeister“ – gemeint ist wohl Johannes Battenfeld – zurate ziehe und die NSDAP-Funktionäre und ihre

¹⁵⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (27.11.1937); als Zeugen wurden vernommen: Martin Cloos, Lehrer Adolf Plettenberg.

¹⁵⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (20.8.1938).

¹⁵⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (9.3.1940).

¹⁵⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004. Bürgermeister Fischer fehlt auf der Liste in: Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 78.

¹⁵⁹ HStAM, 404, 2872.

Partei missachte. Überdies handhabte er Anordnungen darüber, was die Bauern an Ernteerträgen abzuliefern hatten, allzu großzügig. Damit sei ein weiteres Zusammenarbeiten mit Fischer unmöglich.¹⁶⁰ Der Landrat versuchte zu erreichen, dass Preiß freigestellt oder in die Nähe seines Heimatortes verlegt würde und brachte bei der Abteilung „Militärsachen“ ins Spiel, dass seinen Hof von 30 Morgen (rd. 8 ha) ein polnischer Kriegsgefangener bebaue¹⁶¹ und dass Preiß' Frau hochschwanger war und ihr zweites Kind erwartete.¹⁶² Die Bemühungen waren vergeblich.¹⁶³ Preiß erklärte seinerseits, er könne sich dem Vorstoß von Cloos und Lorch „nicht entgegen stellen“.¹⁶⁴ Demzufolge wurde Heinrich Fischer schon im Juli 1941 abberufen und Cloos als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt.¹⁶⁵

5. Die Gemeinde Moischt unter Bürgermeister Martin Cloos

Martin Cloos (1901–1989) wohnte als einziges Kind seines Vaters Ernst Cloos (1869–1950) und seiner verstorbenen Mutter Anna Katharina geb. Boshammer in Moischt Nr. 17. Der Cloos'sche Hof war der größte und einträglichste in Moischt.¹⁶⁶ Einem im Zusammenhang mit Martin Cloos' Spruchkammer-Verfahren erstellten Bescheid aus Moischt zufolge verfügte Martin Cloos' eigener landwirtschaftlicher Betrieb über 45 ha, die landwirtschaftlich genutzte Fläche von 23 ha gehörte demnach seinem steuerlich getrennt veranlagten Vater, dem auch drei der zehn Arbeitskräfte zugeordnet wurden.¹⁶⁷ Bürgermeister Schröder gab damals folgende Auskunft über den Cloos'schen Hof: 65 ha, etwa 40 Rinder, 15 Schweine, 6 Pferde, neueste landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Wohnhaus, Scheune und Ställe „alles neu“.¹⁶⁸ Sein Betrieb galt als „Musterhof“.¹⁶⁹

¹⁶⁰ Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Wittelsberg vom 24.6.1941.

¹⁶¹ Czesław Lewandowski war von Juli 1940 bis Nov. 1941 als landwirtschaftlicher Arbeiter auf dem Hof von Johannes Preiß tätig.

¹⁶² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (2.7.1941).

¹⁶³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (22.10.1941).

¹⁶⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (5.7.1941).

¹⁶⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

¹⁶⁶ Der nach 1945 als Antifaschist zum Zuge kommende Schreiner Johannes Fischer bezeichnete Cloos als größten Bauer im Ebsdorfer Grund; HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 76.

¹⁶⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 45 (20.6.1947). Siehe auch das Vermögensverzeichnis Bl. 46 f.

¹⁶⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 50 (undatiert), Arbeitsblatt.

¹⁶⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 82RS.

Der Landwirt Martin Cloos war zweimal verheiratet, ab 1931 in zweiter Ehe mit Katharina Nau (*1913).¹⁷⁰ Aus beiden Ehen ging jeweils eine Tochter hervor. Ende 1931 war Cloos Gründungsmitglied im Schützenverein Moischt.¹⁷¹ Im Juni 1933, als seine erstgeborene Tochter fünf Jahre alt war, wurde Cloos neben den älteren Heinrich Fischer und Heinrich Staubitz in den Schulvorstand gewählt.¹⁷² Die Kriegsjahre verbrachte Cloos in Moischt, denn er war ausgemustert.¹⁷³ Martin Cloos zeichnete aus, dass er sich schon Ende 1931 der NSDAP (Nr. 813691)¹⁷⁴ angeschlossen hatte und im ganzen Ebsdorfer Grund als ein „Exponent des Nationalsozialismus“ wahrgenommen wurde. Beim Machtwechsel trat er seit Frühjahr 1933 als Gemeindeverordneter der NSDAP in Erscheinung. Er war – wie es im Entscheid der Spruchkammer hieß – „Sprecher der Nazis“ in der Gemeindevertretung, und er gab in öffentlicher Sitzung den Ausschluss von Peter Schröder von der Wahl des Bürgermeisters bekannt: „Der Zimmermann Peter Schröder wird wegen Herabsetzung des Reichskanzlers Adolf Hitler von der Bürgermeisterwahl ausgeschlossen, Aussprache gibt es keine darüber.“¹⁷⁵ Formuliert hatte den Beschluss Adolf Wagner¹⁷⁶ aus Marbach, sodass dieser 1946 als dafür Hauptverantwortlicher betrachtet wurde. Von 1933 bis 1935 war Cloos außerdem im NS-Kraftfahrzeugkorps tätig, von 1934 bis 1945 Ortsbauernführer, von 1935 oder 1936¹⁷⁷ an außerdem Blockleiter und, nachdem der bisherige Zellenleiter 1939/40 zur Wehrmacht eingezogen war, bis 1945 Zellenleiter – also örtlicher Anführer – der NSDAP.¹⁷⁸ 1936 bis 1939 betätigte er sich überdies in der NSV als Ortswalter.¹⁷⁹ Somit kann Cloos für die Jahre seit 1933 als kommunalpolitisch bedeutendste Persönlichkeit neben Bürgermeister Preiß angesprochen werden.

¹⁷⁰ HStAM, 404, Nr. 2872; StadtAMR–GM, Nr. 10.

¹⁷¹ <http://schuetzenverein-moischt.de/wp-content/uploads/2019/02/2006Festschrift.pdf>.

¹⁷² StadtAMR–GM, Nr. 211.

¹⁷³ HHStAW, 520/27 Nr, 17803, Bl. 37RS.

¹⁷⁴ Siehe Kleinert, NS-Vergangenheit, S. 49, 53, 57, 59, 99 f., 108 f., 140. Davon abweichend die Nr. 819691; HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (16.4.1934).

¹⁷⁵ HHStAW, 520/27 Nr, 17803, Bl. 4–5 (25.10.1946, Niederschrift über das Ergebnis der Aussprache von vier SPD-Genossen mit Cloos); siehe auch Bl. 84 (22.10.1947, Entscheid der Spruchkammer Marburg-Land).

¹⁷⁶ Dr. Adolf Wagner (1892, Wiesbaden – 1938, Berlin), Wirtschaftswissenschaftler, später Reichsamtsleiter der NSDAP und Leiter des Schulungsamts der DAF.

¹⁷⁷ Die Zeitangaben variieren: Cloos' Anwalt Hans Rautenberg nennt 1935, der Entscheid Spruchkammer Marburg-Land 1936; HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 30, 84.

¹⁷⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 1+RS (27.4.1946, Meldebogen), 94 (3.3.1948).

¹⁷⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 84.

Zum 1. August 1941 löste Martin Cloos Bürgermeister Fischer ab, nachdem er gegen ihn erfolgreich intrigiert hatte. 1942 waren neben dem Bürgermeister Cloos und dem 2. Schöffen Lorch nur noch die Gemeinderäte Barthel, Böttner, Kraft und Nau tätig.¹⁸⁰ Am 14. November wurde Cloos das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse verliehen.¹⁸¹ Ende August 1944 berichtete Cloos dem Landrat, er sei – weil zum Bürgermeister berufen – aus dem Gemeinderat ausgeschieden. Von den Beigeordneten sei nur noch der 2. Schöffe – gemeint war Heinrich Lorch – im Amt, den Cloos für „politisch unzuverlässig“ hielt.¹⁸² Er bat den Landrat im Sommer 1944 darum, Karl Kraft zum kommissarischen 1. Schöffen und Konrad Weber zu den Gemeindegeschäften wieder heranzuziehen und ihn zum Gemeinderat zu berufen.¹⁸³ Dieser galt nun offenbar als politisch zuverlässig, doch hatte er – nach eigener Bekundung – keiner einzigen NS-Organisation angehört.¹⁸⁴

Übrigens übte Altbürgermeister Battenfeld offenbar auch nach seiner Entlassung einen gewissen Einfluss auf die Geschäfte der Gemeinde aus und wurde von NS-Funktionären manchmal misstrauisch beäugt.¹⁸⁵ In den Gemeindeakten erscheint „Bürgermeister Battenfeld“ gegen Ende der NS-Herrschaft abermals mit seiner Unterschrift.¹⁸⁶ Rechnungsunterlagen aus dem Jahr 1944 legen nahe, dass er seit dem 2. Halbjahr 1944 neben dem damaligen Bürgermeister Martin Cloos wieder an der Gemeindeverwaltung beteiligt war.¹⁸⁷

Bei seinem Spruchkammer-Verfahren galt Cloos, der führende NSDAP-Vertreter im Dorf, als erheblich *belastet*. Zu seiner *Entlastung* führte er an, er habe nicht an Parteischulungen teilgenommen, und sein Vater und sein Onkel¹⁸⁸ wären stets Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Die Familie Cloos galt als christliche

¹⁸⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (3.3.1942).

¹⁸¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (17.11.1942).

¹⁸² Johannes Deucker schied im August als 1. Schöffe aus, der damit verbliebene Schöffe war Heinrich Lorch.

¹⁸³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (25.8.1944).

¹⁸⁴ HHStAW, 520/ML, Nr. 57316/47.

¹⁸⁵ Siehe oben über das Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Wittelsberg vom 24.6.1941.

¹⁸⁶ StadtAMR–GM, Nr. 21, Bl. 146 (29.1.1944); StadtAMR–GM, Nr. 21, Bl. 100 (7.1.1945); StadtAMR–GM, Nr. 21, Bl. 94 ff. („5. März“1945).

¹⁸⁷ So unterzeichnete Battenfeld die Anweisung zur Auszahlung der Aufwandsentschädigung von RM 400 an Bürgermeister Martin Cloos für das erste Halbjahr 1944; StadtAMR–GM, Nr. 21. Zur Entwicklung 1944/45 in Marburg siehe die Sammlung von Zeitungsartikeln im Archiv der Geschichtswerkstatt Marburg, Ordner 45.

¹⁸⁸ Ludwig Cloos (1878–1955) war Ernst Cloos' jüngerer Bruder, 1931 Gründungsmitglied im Schützenverein Moischt.

Familie, wobei der Vater Ernst Cloos sich insbesondere beim Neubau der evangelischen Kirche beteiligt hatte. Martin Cloos gehörte seit 1933 dem Kirchenvorstand in Moischt als Mitglied an. Ihm wurde außerdem zugute gehalten, dass er sich schützend vor das katholische Pfarramt in Schröck gestellt habe.¹⁸⁹ Der Krankenpfleger Heinrich Böckler (*1889), der bis 1933 der Deutschen Demokratischen Partei angehört hatte und 1946 Mitglied der SPD-Ortsgruppe Moischt sowie Vorsitzender des Betriebsrats der Landesheilanstalt Marburg war, bezeugte darüber hinaus, dass Cloos keinen Unterschied zwischen NSDAP-Mitgliedern und anderen gemacht habe; es sei möglich gewesen, sich freimütig mit ihm zu unterhalten. „Cloos war nie ein Judenhasser, im Gegenteil er kritisierte das Verhalten der NSDAP. den Juden [!] gegenüber aufs schärfste, er war immer Mensch zu Mensch. [...] Dass er zur NSDAP. ging, war wohl ein allgemein gutgläubiger Gedanke, dem so viele Menschen zum Opfer gefallen sind.“¹⁹⁰ Andere äußerten sich ähnlich. Cloos gab über seine Haltung gegenüber Juden bereitwillig Auskunft.¹⁹¹

Der Betrieb von Ernst und Martin Cloos beschäftigte in Moischt die meisten ausländischen Arbeitskräfte. Letzterer schilderte im Einzelnen seinen Umgang mit den ausländischen Arbeitern: Die Polen hätten ihre Abzeichen nicht tragen brauchen, die Messe in Schröck besuchen können und regelmäßig ganze und saubere Wäsche bekommen, zudem habe Cloos sie bei ihrer Abfahrt in die Heimat großzügig mit Lebensmitteln versorgt. Das Weihnachtsfest 1944 habe er mit den kriegsgefangenen Franzosen im Lager zusammen gefeiert, denen er eine Gans mitbrachte.¹⁹² In den Augen der Ärztin Dr. Augusta Weber aus Ebsdorf/Heskem war die Behandlung der Zwangsarbeiter auf dem Cloos'schen Hof „mehr als menschlich“.¹⁹³

Cloos nahm obendrein in Anspruch, er habe einem Transport mit Russen, die durch Moischt kamen, Hilfe geleistet. Auch die Zeugin Anna Katharina Lemmer geb. Kreiter (1895–1957) hielt Cloos sein menschliches Verhalten gegenüber den russischen Kriegsgefangenen zugute.¹⁹⁴

¹⁸⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803 (24.10.1945, Zeugnis Pfarrer Bork, Wittelsberg; 25.10.1945, Zeugnis Pfarrer Dr. Ritter).

¹⁹⁰ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 15 (9.8.1946).

¹⁹¹ Siehe dazu weiter unten.

¹⁹² HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 37RS.

¹⁹³ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 66.

¹⁹⁴ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 13. Das Schriftstück vom 24.8.1946 ist in der Handschrift von Martin Cloos verfasst und mit „Frau Anna Lemmer. [Haus Nr.] 70“ eigenhändig unterzeichnet.

II. Auswirkungen der nationalsozialistischen Judenverfolgung

Als am 12. März 1934 die zur jüdischen Bevölkerung Gehörigen in den Dörfern des Kreises Marburg behördlich nachgewiesen wurden, erwies es sich, dass von insgesamt 65461 Einwohner(inne)n 778 der jüdischen Bevölkerung zugerechnet wurden. Sie lebten in 31 der 127 hier aufgelisteten Dörfer, also etwa einem Viertel der Dörfer; jüdisch-christliche ‚Mischehen‘ gab es im Kreis Marburg nur fünf.¹⁹⁵

In Moischt waren jüdische Menschen nicht wohnhaft. Dennoch spielte die Haltung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung manchmal auch in den Gemeinden eine große Rolle, in denen es keine jüdische Bevölkerung gab.¹⁹⁶ Im Marburger Land (wie auch anderswo im ländlichen Raum) spielten jüdische Deutsche eine wichtige Rolle im Handel. Viele waren hauptberuflich Vieh- und Pferdehändler, andere handelten als Kaufleute mit von den Bauern erzeugten, in der Landwirtschaft und von den Dorfbewohner(inne)n benötigten Gütern.¹⁹⁷ Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme setzten staatliche Behörden und der NSDAP unterstehende Ämter alles daran, die jüdischen Händler aus der ländlichen Wirtschaft zu verdrängen. Die Bauern wurden aufgefordert, mit jüdischen Deutschen nicht mehr Handel zu treiben. Einige wollten sich eine solche Bevormundung nicht gefallen lassen, sie schätzten ihre über Jahre entstandenen Geschäftskontakte. Daraus ergaben sich eine Vielzahl von Konflikten.

Ein Moischer Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung zwischen dem Gemeindeverordneten (Johann) Konrad Lauer und Bürgermeister Johannes Preiß. Letzterer drängte Mitte der 1930er-Jahre sehr darauf, die antijüdischen Vorgaben seiner Partei und der SA einzuhalten.

1. Über den Handel mit Juden

¹⁹⁵ Klein, Lageberichte der Geheimen Staatspolizei, S. 852 f.

¹⁹⁶ Ein Geschäft des Wittelsberger Viehhändlers Anselm Baum um 1935 in Moischt schildert Ludwig, Dörfliches Leben, S. 161.

¹⁹⁷ Siehe Barbara Händler-Lachmann/Ulrich Schütt, „unbekannt verzogen“ oder „weggemacht“. Schicksale der Juden im alten Landkreis Marburg 1933–1945, Marburg 1992; Barbara Händler-Lachmann/Harald Händler/Ulrich Schütt, Purim, Purim, ihr liebe Leut, wißt ihr was Purim bedeutet? Jüdisches Leben im Landkreis Marburg im 20. Jahrhundert, Marburg 1995, S. 69–96.

Am 27. Mai 1935 teilte Preiß dem Landrat mit, der 2. Schöffe (als solcher war Heinrich Lorch tätig) und Lauer handelten mit Juden, er habe sie ermahnt und ihnen mit dem Verlust des Ehrenamts gedroht. Aber nun habe Lauer wieder ein Rind verkauft, wobei er „meine Wahnungen [!] mit dem Bemerken, ‚dass er darüber noch das Selbstbestimmungsrecht habe‘, in den Wind schlägt“. Daher bat er den Landrat darum, dass er Lauers Berufung in den Gemeinderat zurückziehe. Zwar habe er mit Lauer sonst „keinerlei Divergenzen“, aber es müsse „in diesem Fall nun endlich einmal durchgegriffen werden, sonst handelt in kurzer Zeit der ganze Gemeinderat mit den Juden“.¹⁹⁸ Daraufhin verfügte der Kreisausschuss, dass (Johann) Konrad Lauer „[w]egen Handels mit Juden ausgeschied[en]“ sei.¹⁹⁹ Lauer handelte aber auch danach mit dem Pferdehändler Friedel Rülff²⁰⁰ aus Rauischholzhausen: In dessen Ein- und Verkaufsbuch waren im Zeitraum vom 1. Januar bis 21. Oktober 1936 u. a. der Moischer Kunde Konrad Lauer sowie in Schröck J. Petri – es handelt sich wohl um Josef Petri (*1888) – und Peter Lauer eingetragen.²⁰¹

Die Spruchkammer Marburg-Land bezog sich in ihrem Entscheid über Johannes Preiß ausdrücklich auf dessen Mitwirkung bei der Judenverfolgung. Als Zeuge hatte Bürgermeister Schröder ausgeführt, in einem Beschluss aus den Gemeindeakten heiße es, dass „derjenige, welcher mit Juden handelt, eine Strafe von RM 10 zu zahlen hat und ihm das Gemeindeland entzogen wird“.

1947 verteidigte Preiß sein Handeln zwölf Jahre zuvor gegenüber der Spruchkammer wie folgt:

„Nach 1933 kamen Leute zu mir gelaufen und zeigten Dorfeinwohner bei mir an, dass diese noch mit Juden handelten, um ihnen eins auszuwischen. Ich ging diesen Denunziationen nicht nach, und da beschwerten sich diese Leute bei der Kreisleitung und die Kreisleitung wandte sich an das Landratsamt. Ich wurde von Herrn Kempf²⁰² vorgeladen, und bei ihm war noch ein Herr von der Kreisleitung in Kassel. Sie forderten mich auf, dafür zu sorgen, dass der Handel mit Juden unterbliebe.“²⁰³

¹⁹⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

¹⁹⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 („Verf[ügung] v[om] 17.6.35 K.A. I G.“).

²⁰⁰ Siehe Händler-Lachmann/Schütt, „unbekannt verzogen“, S. 177; Händler-Lachmann/Händler/Schütt, Purim, S. 73–76, 240 f. Siehe auch Krause, 1151 – Beltershausen – 2001, S. 63 f., über den „Viehhandel mit Juden 1935“ in Moischts Nachbardorf und die Fotoaufnahme von Friedel Rülff als Besatzungssoldat mit Bürgermeister Johannes Nau, 1945.

²⁰¹ Siehe Abdruck in: Händler-Lachmann/Händler/Schütt, Purim, S. 74.

²⁰² Wilhelm Kempf (*1900) war Kreisverwaltungsdirektor im Marburger Landratsamt.

²⁰³ HHStAW 520/27 Nr. 13199, Bl. 62 (9.10.1947).

Preiß habe nicht darauf eingehen wollen, da er „den Leuten nichts verbieten könne, und so sei ihm „ein Beschluss vorgelegt [worden], den er in das Gemeindebuch eintrug“. ²⁰⁴ Zur Wegnahme von Gemeindeland sei es aber nicht gekommen. Der Zeuge Heinrich Lauer (1889–1973), Anstreicher und Gastwirt, widersprach dem und erinnerte daran, dass dem Bauern Stehling Gemeindeland entzogen worden sei, aber Preiß bestritt, dass dies „mit Politik oder Juden [...] zu tun“ hatte. ²⁰⁵

Der neue Gemeinderechner Konrad Kornemann konnte sich 1947 über Preiß „nicht beklagen“. Er erinnerte sich aber, dass der junge Bürgermeister seiner Mutter Elisabeth Kornemann ²⁰⁶ eine Strafe von 10 Reichsmark auferlegt hatte, die sie habe bezahlen müssen, um ihr von der Gemeinde gepachtetes Land zu behalten. ²⁰⁷ Preiß erklärte dazu, dass Frau Kornemann beim Handel mit Juden erwischt und denunziert worden war, deshalb sei sie zu ihm gekommen, und er habe ihr nahegelegt, die (geringe) Strafe zu zahlen, damit sei dies für ihn erledigt gewesen. ²⁰⁸

Den vormaligen 1. Schöffen Heinrich Bohl schwärzte der Kreispropagandaleiter der NSDAP Heinrich Adami ²⁰⁹ im März 1936 beim Landrat an: Wie ihm gemeldet wurde, verbreite Bohl das Gerücht,

„der Bürgermeister von Bauerbach ²¹⁰ habe am Landratsamt gesagt bekommen, wenn ihm ein Jude für sein Vieh mehr biete als er sonst bekäme, solle er ruhig mit diesem seinen Handel tätigen. Da der Bauer Bohl sen[ior] ²¹¹ als Kritikaster zur Genüge bekannt ist, wäre einmal eine scharfe Ermahnung von Seiten des Landratsamts am Platze.“ ²¹²

²⁰⁴ HHStAW 520/27 Nr. 13199, Bl. 62 (9.10.1947).

²⁰⁵ HHStAW 520/27 Nr. 13199, Bl. 62RS.

²⁰⁶ Elisabeth Kornemann geb. Naumann wohnte 1946 im Haus Nr. 36.

²⁰⁷ HHStAW 520/27 Nr. 13199, Bl. 60.

²⁰⁸ HHStAW 520/27 Nr. 13199, Bl. 62.

²⁰⁹ Heinrich Adami (1912, Allna – 1976, Nürnberg), Gartenarbeiter, Kaufmann; 1918 aus Hermershausen nach Marburg, 1933 Kreispropaganda-, später auch Kreisorganisationsleiter der NSDAP im Kreis Marburg, 1937 nach München, 1939 nach Nürnberg, verheiratet mit Katharina Nagel, dann in München, 1948 in Marburg als „Mitläufer“ entnazifiziert, Sept. 1949 nach Nürnberg verzogen.

²¹⁰ Heinrich Bieker (1898–1967), 1933–1942 Bürgermeister von Bauerbach.

²¹¹ Heinrich Bohl hatte Mitte der 1930er Jahre seinen Hof an seinen Sohn Franz Bohl übergeben; sein bei Korbach als Lehrer tätiger ältester Sohn Heinrich Bohl (1894–1977) führte den gleichen Namen.

²¹² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (9.3.1936).

Daraufhin musste Gendarmerie-Hauptwachtmeister Kothe²¹³ in Schröck dem Landratsamt eine Beurteilung über Bohl abgeben. Er berichtete, der alte Bohl habe

„vor zirka zwei Jahren seinen Hof (von 35 ha) an seinen Sohn Franz abgetreten. Er ist sehr gut gestellt [...], Kritikaster und besonders ein großer Schwätzer nicht nur in der Politik [...]. Bohl ist in Marburg und im Kreise eine bekannte Persönlichkeit, man nimmt ihn tatsächlich nicht ernst, selbst in Moischt [...] nicht. Bei Bohl liegt tatsächlich eine krankhafte Veranlagung vor und durch seinen Müßiggang hat sich die Sache noch verschlimmert. [...] drei seiner Söhne sind echte Kämpfer in der Partei, der älteste Sohn ist Lehrer in [K]orbach und ist alter Kämpfer bereits seit 1925 oder 26, soweit mir bekannt.“²¹⁴

Bohl wurde ins Landratsamt vorgeladen. Dort notierte man sich in einem Vermerk vom 1. Mai 1936, Bohl sei am 22. April 1936 verwarnt worden, dabei habe er aber alles abgestritten und „Moischer Familienstreitigkeiten“ ins Spiel gebracht,

„wobei er weiter die Behauptung aufstellte, dass der Gutsbesitzer Cloos ihn unter Anwendung aller möglicher Mittel zu unterdrücken und kaltzustellen suche. Der ganze Streit sei auf den Schulhausneubau zurückzuführen, für den er sich damals eingesetzt habe. Bohl wurden jede Äusserungen [!] mit politischem Einschlag untersagt, wobei ihm eröffnet wurde, dass er im Nichtbeachtungsfalle mit einer empfindlichen Bestrafung und u. U. mit einer Festnahme zu rechnen habe.“²¹⁵

Heinrich Bohls Unangepasstheit an die politisch-ideologischen Vorgaben unter dem NS-Regime brachte ihn noch in den letzten Wochen des Dritten Reichs mit der NS-Justiz in Konflikt. Dr. Hans Trautmann, Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht in Jena, erhob am 3. März 1945 aufgrund der Kriegssonderstrafrechtsverordnung Anklage gegen den „Altbauern“ aus Moischt. Trautmann hatte ermittelt, dass der Beschuldigte früher mit „einem jüdischen Viehhändler (Abraham Spier)“ gehandelt habe, „der sich zuletzt in Polen aufhielt und im Laufe des Jahres 1944 eine Nachricht gegeben hatte, dass er noch lebe und dass es ihm gut gehe“.²¹⁶ Im September, als er mit Johannes Preiß vor dessen Haus saß, habe er dem vorübergehenden Konrad Weber vom Eingang dieser Nachricht berichtet und danach geäußert: „Es kann sein, der – Jude –

²¹³ Reinhold Kothe (*1886, Braunsberg), Landjäger; 1917/18 Soldat an der Front in Frankreich, 1933 NSDAP-Eintritt, bis April 1936 Gendarmerie-Hauptwachtmeister des Gendarmeriepostens Schröck und damit auch für Moischt zuständig.

²¹⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (ca. 16.4.1936).

²¹⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (9.3.1936, ca. 16.4.1936).

²¹⁶ Über diese Nachricht ist nichts Genaueres bekannt. Die Kopie einer auf den 23.12.1943 datierten Postkarte von Jenny und Abraham Spier aus Theresienstadt an Familie Klingelhöfer in Großseelheim findet sich in Junge, Niemand mehr da, S. 130.

kauft mir wieder einmal ein Rindchen ab. ... Die Juden sind nicht gehässig.“ Weber habe ihm erwidert, „er glaube nicht, dass der Jude dem Viehkauf in Moischt wieder nachgehen werde, denn falls der Krieg für uns verloren gehe, wäre jeder Handel sowieso erledigt, und wenn der Krieg gewonnen würde, dann könnte der Jude erst recht nicht mehr handeln“. Trautmann deutete Bohls Äußerung so, dass er den Krieg für verloren halte und damit rechne, dass „die Juden wieder nach Deutschland zurückkommen und ihre alte Tätigkeit wieder aufnehmen würden“. Damit sei der Beweis für „das Verbrechen der öffentlichen Wehrkraftzersetzung“ erbracht.²¹⁷

Der in der Anklageschrift genannte Abraham Spier (*1881, Ebsdorf) war zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr am Leben. Er war Viehhändler in Rauschholzhausen gewesen.²¹⁸ Von dort aus handelte er auch mit Landwirten in den benachbarten Dörfern. In seinem Ein- und Verkaufsbuch von Mitte der 1930er-Jahre sind die Namen seiner Moischer Kunden J. Fischer,²¹⁹ Konrad Lauer und Heinrich Stehling verzeichnet.²²⁰

Anfang September 1942 wurde er mit den letzten jüdischen Menschen seines Dorfs nach Theresienstadt verschleppt. Sara Mendel, die den nationalsozialistischen Judenmord überlebte, erinnerte sich, dass bei dieser Deportation in Rauschholzhausen „mehrere schaulustige Nazis anwesend [waren]. Als das Lastauto mit den Deportierten sich in Bewegung setzte, konnte man eine regelrechte Freudenkundgebung beobachten.“ Ein nichtjüdischer Zeuge sagte 1947 aus, bei der Abfahrt des Lastwagens sei „ein Jubel [entstanden], der ausgedrückt wurde durch Händeklatschen und Hochspringen der anwesenden Nazis“.²²¹ Spier blieb nicht in Theresienstadt, später erfolgte der Abtransport nach dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, wo Abraham Spier

²¹⁷ Anklageschrift des Generalstaatsanwalts gegen Heinrich Bohl, Jena, 3.3.1945 (2 Js 123/45).

²¹⁸ Siehe zum Lebensweg von Abraham Spier: Junge, Niemand mehr da, S. 36–38, 47–49, 66, 75, 78 f., 83, 93 f., 100–109, 116–126; Händler-Lachmann/Schütt, „unbekannt verzogen“, S. 179.

²¹⁹ Vermutlich der bereits erwähnte, aus Heskem gebürtige Johannes Fischer (1898–1952), der als Schreiner in Moischt Nr. 54 wohnte, später SPD-Mitglied; der Landarbeiter Johannes Fischer (1894–1966) stammte aus Beltershausen und wohnte Hahnerheide Nr. 10. Nicht infrage kommt wohl das NSDAP- und SA-Mitglied Johannes Fischer (*1912) Schuhmacher, ein Sohn von Bürgermeister Heinrich Fischer.

²²⁰ Archiv der Geschichtswerkstatt Marburg, Ordner 20a, Juden im Landkreis, R–S: Materialien zu Rauschholzhausen (1.1.1936).

²²¹ Aussagen des Schneiders Wilhelm Seip (*1896), 17.7.1947, Kirchhain, als Zeuge im Spruchkammer-Verfahren gegen Heinrich Ebinger; HHStAW 520/27, Nr. 13997. Siehe auch Junge, Niemand mehr da, S. 129 f., 217 Anm. 745 und 746.

am 18. Mai 1944 ermordet wurde. Zuvor muss es ihm gelungen sein, eine Nachricht zu versenden.

Gleich nach dem Ende des NS-Regimes nahmen dann persönliche Stellungnahmen in Bezug auf die Judenverfolgung im Rahmen der Spruchkammer-Verfahren mitunter viel Raum ein. Wer glaubte, dass man ihm in dieser Beziehung wenig vorwerfen könne, nutzte dies als *entlastendes* Moment, mit dem sich politisch *Belastendes* ausgleichen ließ. Im Spruchkammer-Verfahren von Martin Cloos ging es immer wieder um dessen damalige Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Er ging von sich aus darauf ein und erklärte:

„Mit den Juden waren mein Vater und ich in enger Geschäftsverbindung, und mit einigen waren wir persönlich befreundet, so mit dem Kaufmann Meier Wolf²²² und mit dem Viehhändler Sally Höxster [Höchster]²²³ in Marburg. Diese wurden von uns zu Familienfeiern eingeladen und wir von ihnen. Ich selber war sogar bei der Tochter des Herrn Wolf mit in Kassel zu deren Hochzeit gewesen.²²⁴ Deshalb wurde uns immer gesagt, dass uns Einhalt geboten werden würde, wenn die Nationalsozialisten kommen. [...] Noch im Jahre 1935 oder 36 haben wir mit dem Juden Rülff ein Pferd getauscht. [...] Auch mit dem Pferdehändler Albert Bauer²²⁵ in Gladenbach standen wir in enger Verbindung. Den Kaufmann Meier Wolf habe ich noch abends spät an dem Tage besucht, bevor er Marburg verlassen musste.“²²⁶

Am 11. November 1946 erklärte Cloos, er habe 1928/29 durch Vermittlung von Meier Wolf den Hof von Heinrich Matthäi (1872–1956)²²⁷ zum Preis von ca. 40000 Reichsmark übernommen.²²⁸

Als vier Mitglieder der SPD im Oktober 1946 eine entlastende, vorherige Aussagen relativierende Stellungnahme zugunsten von Cloos abgaben, hieß es

²²² Meier Wolf wurde in Theresienstadt ermordet, siehe zur Familie Wolf: Händler-Lachmann/Werther, *Vergessene Geschäfte*, S. 257–260.

²²³ Sally Höchster (*1886, Allendorf/Lumda), dessen Familie seit 1902 in Marburg ansässig war, gelang im Okt. 1937 die Flucht in die USA; siehe zur Familie Höchster HÄNDLER-LACHMANN/WERTHER, *Vergessene Geschäfte*, S. 200–202.

²²⁴ Siehe ebd., S. 259 f.

²²⁵ Der jüdische Verfolgte Albert Bauer (1894, Gladenbach – 1977, Bad Vilbel) überlebte eine 10-jährige KZ-Haft, siehe Harald Maier-Metz, Gladenbach, in: Klaus-Peter Friedrich (Hg.), *Von der Ausgrenzung zur Deportation in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Neue Beiträge zur Verfolgung und Ermordung von Juden und Sinti im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch*, Marburg 2017, S. 74-109, bes. S. 98 f.

²²⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 17803 (21.9.1946).

²²⁷ Heinrich Matthäis Hof (Nr. 15) ging bis 1920 in den Besitz von Christian Bücking über, nach Heirat mit Witwe Nau wohnte er Nr. 65.

²²⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 47.

gleich zu Beginn: „Der Beschuldigte, wie auch dessen Vater, haben ihren gesamten Handel vor 1933 und selbst noch im Jahre 1935 mit Juden getätigt.“²²⁹

In der Niederschrift der Aussprache, die vorausging, wurde festgehalten:

„Auf Befragen, wer in der Gemeindevertretung den Antrag gestellt und befürwortet hat, dass diejenigen, welche mit Juden gehandelt haben, beim Verpachten von Grundstücken ausgeschlossen bzw. bestraft werden sollten, erklärt Herr Cloos, dass er in der fraglichen Zeit nicht das Amt des Bürgermeisters inne hatte, dass aber ein diesbezügliches Schreiben von [...] dem Landratsamt in Marburg vorgelegen habe und zur Abstimmung in der Gemeindevertretung gekommen sei. Es sei praktisch unmöglich gewesen, dagegen zu stimmen.“²³⁰

Damit wurde diese antijüdische Maßnahme allein dem damaligen Bürgermeister Preiß und dem Landrat Hans Krawielitzki zur Last gelegt.

In seinem Leumundszeugnis für Cloos hob auch Maschinenschlosser Valentin Lesch aus Cappel hervor, dass Cloos „früher immer mit Juden den Viehhandel und -tausch betrieben [hat], und zwar noch in der Zeit, wo Hitler schon am Ruder war und er in starker Gefahr war, denunziert zu werden. Er [...] hat sich an der Judenverfolgung nicht beteiligt.“²³¹ Als Rechtsanwalt Dr. Hans Rautenberg²³² die Verdienste seines Mandanten Martin Cloos zusammenfasste, stellte er am 3. Juli 1946 sein löbliches Verhalten gegenüber den ausländischen Arbeitern heraus und erklärte: „In der Linie dieser Gesamthaltung lag es, dass der Betroffene noch im Jahre 1935 in geschäftlicher Verbindung mit Juden stand.“²³³

Der Gladenbacher Kaufmann Albert Bauer bezeugte, er sei mit Cloos

„seit Jahren befreundet. Ich kann ihm bestätigen, dass er früher fast ausschließlich mit jüdischen Firmen in Geschäftsverbindung stand. Z. B. tätigte er seine Pferdegeschäfte mit Herrn Juda Rülff, Rau[i]schholzhausen, den Viehhandel mit der Firma Höxter [Höchster²³⁴], Marburg, seine Getreide- und Düngermittel bezog er fast ausschließlich von den Firmen Z. Stern Sohn²³⁵ und [...] Strauss in Kirchhain,²³⁶ ebenso von der Fa. Wolf aus Marburg. Mir gegenüber

²²⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 4 (25.10.1946).

²³⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 5, unterzeichnet von Cloos und den 4 SPD-Mitgliedern.

²³¹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 9 (9.9.1946).

²³² Dr. Hans Rautenberg (1895, Leer/Ostfriesland – 1971, Marburg), Rechtsanwalt und Notar; von 1905 an als Schüler mit seinen Eltern in Marburg, 1915–1918 Kriegsteilnahme, 1920 Promotion in Jura an der Philipps-Universität, 1919 nach Berlin, Nov. 1943 Zerstörung seiner Wohnung im Bombenkrieg, 1944/45 Rückkehr nach Marburg mit Frau und Kindern.

²³³ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 30–32, hier Bl. 31 (3.7.1946).

²³⁴ Die Firma von Sally Höchster befand sich in der Haspelstr. 29.

²³⁵ Karl Stern (1876–1938, KZ Buchenwald) betrieb mit seinem jüngeren Bruder Julius ein Geschäft für Baumaterial, Getreide und Düngemittel.

²³⁶ Die Firma *L. Strauss Söhne* für Getreide- und Futtermittel bestand bis 1934.

war er stets bis zu meiner Verhaftung im Oktober 1935 sehr gut und niemals antisemitisch eingestellt.“²³⁷

Konrad Naumann, der von 1920 bis 1940 bei Martin Cloos beschäftigt war, erklärte in seinem Zeugnis für Cloos, sie hätten im Jahr 1935 „sogar noch ein Pferd mit dem Pferdehändler Jüder Rülff²³⁸ gehandelt“. Dies besage, dass „er nie fanatisch gewesen“ sei.²³⁹ Tatsächlich erinnerte sich der jüdische Pferdehändler Friedel Rülff aus Rauischholzhausen noch Jahrzehnte später an das gute Verhältnis. 1990 teilte er über den führenden Moischter Nationalsozialisten mit: „Aber grad der Cloos von Moischt, der junge, damals der junge, der hat in 1933 zu meinem Vater gesagt – waren gute Freunde von uns – noch in der Hitlerzeit, wenn wir’n Kunden gehabt ham, ich konnte net fertig mit ihm werden, dann habe ich grad den jungen Cloos angerufen, dann ist er gekommen und hat mir geholfen, das Geschäft fertig zu machen. [...] Der hat in 1933 zu meinem Vater gesagt: ‚Herr Rülff, Sie wissen, ich bin ein guter Freund von Ihnen und meine es gut. Verkauft alles, was ihr habt und geht fort! Das Judenprogramm wird restlos durchgeführt.‘ Und da hat sein Vater [Ernst Cloos] dabeigesessen und hat gesagt: ‚Du mit deinem schlechte [!] Geschwätz.‘ ‚Das ist kein schlechtes Geschwätz, es ist die Tatsache.‘ Da kam er [gerade] zurück vom Reichsparteitag,²⁴⁰ aber es hat’s niemand geglaubt.“²⁴¹

2. Die Anschuldigungen gegen Hermann Mendel

Zwei Jahre später wurden im Sommer 1935 in Moischt schwere Vorwürfe gegen **Hermann Mendel** (*1878) erhoben. Mendel lebte mit seiner Frau Sara als Metzger und Händler in Rauischholzhausen.²⁴² Am 27. August 1935 schrieb der Gendarmeriebeamte in Schröck, Kothe, dem Oberstaatsanwalt in Marburg,²⁴³ dass ihm der Bürgermeister von Moischt das im Dorf umgehende „Ortsgespräch“ mitgeteilt habe, wonach Mendel im Juli die 23-jährige K. S. am frühen Nachmittag aufgesucht habe, als deren Mutter krankheitshalber in einer Marburger Klinik war und sich um sie nicht kümmern konnte. Die junge Frau sei – so Kothe – „im Juni oder Juli 1934 sterilisiert“ worden. Kothe legte dem

²³⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 40 (19.9.1947).

²³⁸ Juda Rülff (1867–1950).

²³⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 18 24.6.1946

²⁴⁰ Der Reichsparteitag der NSDAP fand vom 30.8. bis 3.9.1933 statt.

²⁴¹ Händler-Lachmann/Händler/Schütt, Purim, Purim, S. 76. Das Zitat findet sich auch in Annamaria Junge, Niemand mehr da, S. 82, wobei sie fälschlich annimmt, dass es statt sein Vater heißen müsse: mein Vater.

²⁴² Zur Biografie Hermann Mendels siehe Händler-Lachmann/Schütt, „unbekannt verzogen“, S. 176; Junge, Niemand mehr da, S. 44, 52, 75, 79, 93, 96, 104–106, 112, 121.

²⁴³ 1925–1938 war Oberstaatsanwalt am Landgericht Marburg der Jurist Walther Heintzmann (1873, Kleve – 1939, Marburg).

„Jude[n] Mendel“ nun ein „Sittlichkeitsverbrechen und [einen] Verstoß gegen das Sterilisierungsgesetz“ zur Last: Zwei etwa elfjährige Jungen,

„die zufällig bei dem Mädchen waren, seien fortgeschickt worden, und jeder habe 5 Pfennig für Zuckersteine bekommen. Der Jude Mendel sei dann mit dem Mädchen allein gewesen und könnte angenommen werden, dass das Mädchen geschlechtlich gebraucht worden sei. Auf Grund dieses Dorfgesprächs legte S. nach kurzem Leugnen das Geständnis ab.“²⁴⁴

Schon diese Feststellungen über das Zusammentreffen sind in mehrfacher Weise unstimmig. So ist unklar, was mit dem „Verstoß gegen das Sterilisierungsgesetz“ gemeint ist. Im Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933, das im Dritten Reich als Handhabe für Sterilisationen diente (zur Zwangssterilisation von Menschen aus Moischt siehe das nachfolgende Kapitel), findet sich keine Aussage, die Hermann Mendels Handeln betreffe. Die beiden Jungen waren nicht „zufällig“ bei ihr, denn der jüngere lebte als Stiefbruder im gleichen Haus.²⁴⁵ Bei dem älteren handelte es sich um Christian Rohrbach (*1924), der im Haus Nr. 31 wohnte.²⁴⁶ Er war das jüngste Kind seines Vaters Konrad Rohrbach und gehörte zu den sehr jungen Kriegsteilnehmern, die das Dritte Reich nicht überlebten; er starb im Herbst 1943 in der Ostukraine. Es folgten ein „Geständnis“ der jungen Frau,²⁴⁷ Vernehmungen und eine Gegenüberstellung. Bei der Befragung Hermann Mendels am 28. August bestritt er die Anschuldigungen: Er sei im Juli in Moischt gewesen, u. a. bei K. S., weil deren Vater ihm eine Ziege habe abkaufen wollen. K. S. habe ihn aufgefordert, den beiden „Jungen einige Pfennige für Zuckersteine zu geben“. Er sei dem nachgekommen, und als die Jungen fortgegangen waren, „fasste ich die Katharina mit beiden Händen um den Hals. (M. gibt dies in Gegenwart der S. zu, obwohl er dieses vorher abstritt.) Ich bestreite, die S. an die Brust gefasst zu haben. Die Jungen waren inzwischen zurückgekommen. Die S. bat mich nun auch um Zuckersteine, worauf ich ihr 5 Pfennige gab. Dann bin ich fortgegangen.“²⁴⁸

²⁴⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4824, Bl. 24.

²⁴⁵ Händler-Lachmann/Händler/Schütt, Purim, S. 159.

²⁴⁶ Kothe schreibt „Dohrbach“, aber diesen Namen gab es in Moischt nicht. Ein Foto des Jungen mit Schulkameraden von 1936 in Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 316.

²⁴⁷ Händler-Lachmann/Händler/Schütt, Purim, S. 159 f. Hier heißt es, der Wortlaut des von K. S. angeblich abgelegten „Geständnisses“ lege den Schluss nahe, dass es ihr diktiert worden sei.

²⁴⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4824, Bl. 25.

Kothe schrieb tags darauf an Kreisoberinspektor Ludwig Seufer:²⁴⁹

„Bei der Gegenüberstellung hatte sich die ganze Sache wieder zerschlagen. [...] S. hielt zunächst an ihren Aussagen fest und gab stets dem Juden zur Antwort, wenn er es abstritt, ‚du bist es doch gewesen‘, ‚du hast es doch gemacht‘. Plötzlich fing sie an zu weinen und meinte, ich habe mir die Sache nicht richtig überlegt, gebraucht hat er mich nicht, nur hat er mich mit beiden Händen umgefasst und gedrückt. Zunächst stritt es der Jude ab, gab es dann aber zu, auch gab er zu, dass er den beiden Knaben und de[m] Mädchen je 5 Pfg. gegeben hat. Meines Erachtens kamen die beiden Jungen zu früh zurück, sonst wäre es bestimmt zu einem Verkehr gekommen. Das Mädchen streitet auch jetzt ab, von Mendel zu einem Geschlechtsverkehr aufgefordert worden zu sein.“²⁵⁰

Der über den Vorgang informierte Landrat in Marburg ordnete am 3. September 1935 an, Abschriften anfertigen zu lassen, ehe die Urschriften an den Oberstaatsanwalt zu senden seien. Die Gendarmerie-Posten in Roßdorf und Schröck wies Krawielitzki an, den „Jude[n] Hermann Mendel in R.Holzhausen [...] fortgesetzt scharf zu beobachten. Die Ermittlungen über seinen Verkehr mit arischen Mädchen sind fortzusetzen.“ Er begründete dies mit seiner Überzeugung: „Der Jude ist offenbar nicht sauber.“²⁵¹

Indessen beschloss drei Wochen später Oberstaatsanwalt Heintzmann in Marburg, das Verfahren aus Mangel an Beweisen einzustellen:

„Der Beschuldigte bestreitet, mit der offenbar als geisteskrank anzusehenden K. S. geschlechtlich verkehrt zu haben. Aus deren eigenen widersprechenden Angaben ist nicht einmal mit Sicherheit festzustellen, ob der Beschuldigte versucht hat, mit ihr geschlechtlich zu verkehren, geschweige denn, dass er mit ihr den Geschlechtsverkehr vollzogen hat. Es lässt sich dem Beschuldigten daher weder ein Verbrechen nach § 176 Ziff. 2 StGB. noch der Versuch eines solchen nachweisen.“²⁵²

In § 176 des Strafgesetzbuchs geht es um den sexuellen Missbrauch von Kindern. Zu diesem Zeitpunkt umfasste der § 176 auch den Missbrauch von erwachsenen Personen, und nach Absatz 2 konnte verurteilt werden, wer „eine in einem willenlosen oder bewusstlosen Zustande befindliche oder eine geisteskranke Frau zum außerehelichen Beischlafe missbraucht“.²⁵³

²⁴⁹ Ludwig Seufer (*1890), Verwaltungsbeamter; stammte aus Gelnhausen, NSDAP-Mitglied (Nr. 3217418), von 1935 an als Kreisoberinspektor stellvertretender Landrat.

²⁵⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4824, Bl. 26 (29.8.1935).

²⁵¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4824, Bl. 28.

²⁵² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4824, Bl. 27 (26.9.1935).

²⁵³ Siehe <https://lexetius.com/StGB/176/sexueller-missbrauch-von-kindern>. Ich danke Dr. Dagmar Lieske, Berlin, für diesen Hinweis.

Landrat Krawielitzki vermerkte daraufhin am 2. Oktober 1935, dass nach der Einstellung des Verfahrens mit der Nummer 3 Js 204/35 „eine Weiterverfolgung der Angelegenheit keinen Zweck“ habe.²⁵⁴

Wenige Tage vor der Einführung der antijüdischen Nürnberger Gesetze hatte es Hermann Mendel in Moischt mit hochkochendem rassistischen Wahnvorstellungen in der Dorfbevölkerung zu tun. Und noch vor Erlass des nationalsozialistischen „Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ war Hermann Mendel hier – wie Anna Junge feststellt – zum „Opfer rassistischer Blutbeschmutzungsfantasien“ geworden.²⁵⁵

3. Ein junger Mann aus Moischt als Pogromtäter in Gladenbach

Andreas Nau, ein junger Mann aus Moischt, war 1935 an der Umsetzung der angestrebten nationalsozialistischen Weltordnung aktiv beteiligt. Sein Vater Johann Andreas Nau (*1859) war 1919 gestorben, ließ seine von Frohnhausen bei Gladenbach stammende Frau mit drei noch jungen Kindern zurück. Die Witwe Anna Margarete Nau (*1880), die seit 1907 in Moischt lebte, heiratete 1920 den Witwer Heinrich Matthäi (1872–1956) und hatte mit ihm noch zwei Kinder. Andreas Nau (*1914) wohnte Mitte der 1930er-Jahre in Gladenbach in der Hoherainstraße 2. Er machte dort eine Metzgerlehre, danach blieb er weiter bei seinem Lehrmeister Emil Dippel in Gladenbach tätig.²⁵⁶ Mit anderen jungen Männern aus SA, HJ und anderen Verbänden zettelte er dort am 12. August 1935 ein Pogrom an, bei dem mehrere Dutzend Täter²⁵⁷ jüdische Deutsche angriffen und misshandelten und Sachwerte mutwillig zerstörten.²⁵⁸ Eine Menge von mehreren hundert Menschen rottete sich schließlich vor dem Haus des Kriegsinvaliden Hermann Jonas in der Burgstraße zusammen, angestachelt von etwa zehn HJ-Angehörigen, die riefen: „eins, zwei, drei, raus“ und „Raus mit den Juden“.²⁵⁹

²⁵⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4824, Bl. 28RS. Siehe auch die früheren Schilderungen von Händler-Lachmann/Händler/Schütt, Purim, S. 159 f., mit falscher Datierung des Vorfalls auf das Jahr 1933, und Junge, Niemand mehr da, S. 71–73.

²⁵⁵ Junge, Niemand mehr da, S. 166.

²⁵⁶ HStAM, 274 Marburg, Nr. 440, Bl. 24, Aussage vom 6.9.1935.

²⁵⁷ Der jüngste von ihnen war gerade 15 Jahre alt geworden; HStAM, 274 Marburg, 440 (Strafprozessakte 1935–1941), Bl. 56.

²⁵⁸ Zum Pogrom in Gladenbach siehe Harald Maier-Metz, Gladenbach, in: Friedrich, Von der Ausgrenzung zur Deportation, S. 74–109, hier S. 92–98.

²⁵⁹ HStAM, 274 Marburg, Nr. 440, Bl. 88.

Nau und einige wenige seiner Mittäter mussten sich vor dem Marburger Schöffengericht dafür verantworten. Verteidigt wurden sie von Dr. August Kreisler (1904–1945), einem seit 1931 in Marburg tätigen Anwalt, der 1933 in die SS eingetreten war.²⁶⁰ Bei seiner Vernehmung Anfang September 1935 sagte Nau wie folgt aus:

„Ich gehöre de[m] S.A. Sturm 9/88 an. [...] Am 12. August war ich etwa um 21 Uhr zu Haus und hörte Tumult auf der Straße. Ich begab mich daraufhin zu dem Hause Jonas, wo ich eine Menschenmenge vorfand. Ich mengte mich unter die Leute, die fortlaufend riefen: ‚Raus! Raus!‘ Als die Menge mit Steinen gegen das Haus zu werfen begann, ließ auch ich mich verleiten, einige Male Steine gegen die Tür zu werfen.“²⁶¹

Nachdem „der Jude Bauer“ vor der Tür erschienen war, sei die Menge über ihn gestürzt und habe auf ihn eingepöbeln. Der örtliche Polizist habe ihn dann „in Schutzhaft genommen“. Nau räumte zudem ein, dass er mit anderen zwei Tage später bei Max Jonas das Reklameschild entfernt und zerstört hatte. Am Ende erklärte er: „Als ich mich an den Tumulten beteiligte, habe ich nicht die Folgen meiner Handlungen erkannt. Ich habe das Vorgehen lediglich als Demonstration angesehen.“

Der Marburger Oberstaatsanwalt Walther Heintzmann notierte am 20. September über Nau, dieser habe zugegeben, „aus der Menge heraus mit Steinen gegen die Häuser geworfen zu haben (§ 125 I)“. Durch die Aussage eines Mittäters sei Nau „weiter für überführt zu erachten, den [Albert] Bauer geschlagen zu haben“. Zudem habe er in der Nacht zum 15. August am Haus von Jonas ein Reklameschild „heruntergeholt und sich dadurch der Sachbeschädigung schuldig gemacht“,²⁶² denn er zerstörte dabei dieses „Glasleuchtbild des Juden Jonas“.²⁶³ In der Hauptverhandlung stritt Nau indes ab, selbst Steine geworfen zu haben. Das Gericht durchschaute dieses Manöver, ließ Naus Schutzbehauptung aber als mildernden Umstand durchgehen.²⁶⁴ Gewalttätig sei er „lediglich“ dadurch

²⁶⁰ Über den 1945 im Krieg getöteten Kreisler siehe Klaus-Peter Friedrich, Volksgemeinschaftsstiftende antisemitische Gewalt ‚von unten‘ im Sommer 1933 in Hessen. Zu den Pranger-Umzügen in Frankenberg, Marburg und Wetter, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), S.

²⁶¹ HStAM, 274 Marburg, Nr. 440, Bl. 24.

²⁶² HStAM, 274 Marburg, 440, Bl. 55.

²⁶³ HStAM, 274 Marburg, 440, Bl. 57RS.

²⁶⁴ Andernfalls hätte die Mindeststrafe – für *schweren* Landfriedensbruch – auf sechs Monate Gefängnis lauten müssen; HStAM, 274 Marburg, 440, Bl. 98.

geworden, dass er aus der dichten Menschenmenge heraus gegen Albert Bauer „gerempelt worden“ sei.²⁶⁵

Das Schöffengericht entschied am 4. Oktober 1935 unter anderem: „Der Angeklagte Nau ist des Landfriedensbruchs schuldig und wird deshalb zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt.“²⁶⁶ Die antisemitischen Vollstreckungsorgane sorgten allerdings dafür, dass der Verurteilte die Strafe nicht verbüßen musste. 1936 war er zur Militärdienstpflicht in Gießen eingezogen. Der Führer der SA-Brigade 48, Fritz Vielstich (1895–1965),²⁶⁷ setzte sich im Februar 1936 mit einem Schreiben an Oberstaatsanwalt Heintzmann energisch für eine „Strafaussetzung bis nach Beendigung der Militärzeit“ ein.²⁶⁸ Dieser hielt Mitte Mai fest, dass die Strafen der Verurteilten unter ein Amnestiegesetz fielen.²⁶⁹ „Am Ende wurden in den verschiedenen Strafverfahren, die sämtlich in die Berufung gingen, nur drei der 13 Beschuldigten verurteilt“, stellt Harald Maier-Metz fest, darunter SA-Mann Andreas Nau. Das Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 23. April 1936 hob allerdings sämtliche Strafen auf.²⁷⁰ Auf diese Weise kamen die an dem antijüdischen Pogrom in Gladenbach Beteiligten allesamt straflos davon.

Von 1945 an war Nau als Landwirt tätig und wohnte wieder in Moischt Nr. 65 bei seinen Eltern Heinrich und Anna Margarete Matthäi, nun zusammen mit seiner Frau Else Dreis (*1920), einer aus Kaub zugezogenen Katholikin. Mit dem 6-jährigen Sohn zog das Paar 1952 nach Lorch am Rhein, der hessischen Nachbargemeinde von Kaub in Rheinland-Pfalz.²⁷¹

²⁶⁵ HStAM, 274 Marburg, 440, Bl. 92.

²⁶⁶ HStAM, 274 Marburg, 440, Bl. 111.

²⁶⁷ Über Vielstich siehe Sarah Wilder/Alexander Cramer/Dirk Stolper, Marburger Rathaus und Nationalsozialismus, Marburg 2018, S. 365.

²⁶⁸ HStAM, 274 Marburg, 440, Bl. 146.

²⁶⁹ HStAM, 274 Marburg, 440, Bl. 157. Es handelte sich um die sog. Rheinlandamnestie; Reichsgesetzblatt I, S. 378.

²⁷⁰ Maier-Metz, Gladenbach, S. 97.

²⁷¹ Laut Auskunft des dortigen Bürgerbüros gibt es im Archiv von Lorch (Rhein) *keinen* Nachweis über den Aufenthalt von Andreas Nau und seiner Familie.

III. Folgen der nationalsozialistischen Erbgesundheitspolitik und Sozialhygiene

Schon vor 1933 wurden sozialhygienische Forderungen erhoben. Damit verbunden waren finanzielle Erwägungen – Einsparungen in der Psychiatrie – und der Wunsch nach sozialen Verbesserungen, indem etwa die Zahl der Kriminellen, Alkoholiker, „Asozialen“ und Geisteskranken verringert würde. Schon im ersten Jahr ihrer Herrschaft schufen die Nationalsozialisten die Voraussetzungen für ihre „Erbgesundheitspflege“, bei der es auch um rassenhygienische Ziele ging. Gesetzliche Grundlage war das sogenannte Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933.²⁷² Mit dessen Hilfe wurden im Dritten Reich etwa 360000²⁷³ bis 400000²⁷⁴ Menschen zwangssterilisiert. Denn all jene, die mit der Pflege, Betreuung und medizinischen Versorgung von Menschen zu tun hatten, waren verpflichtet, mögliche Erbkrankte dem Amtsarzt zu melden. Sie wurden dann von Medizinern überprüft und begutachtet. Schwerpunkt der Diagnosen waren „angeborener Schwachsinn“, Schizophrenie und eine vermeintlich „erbliche Fallsucht“ (Epilepsie).²⁷⁵ Auf dieser Grundlage beschlossen gegebenenfalls die dafür eigens geschaffenen Erbgesundheitsgerichte die Unfruchtbarmachung derjenigen, die zu Erbkranken erklärt worden waren. Die Gerichte setzten sich zusammen aus drei Personen – einem Juristen und zwei in der Gesundheits- und Medizinalverwaltung tätigen Ärzten. In Moischt waren von dieser Prozedur vier Personen betroffen.²⁷⁶ Die Unfruchtbarmachung der damals 21-jährigen **R. J.** aufgrund des nationalsozialistischen Erbgesundheitsgesetzes wurde im Mai 1934 vom Marburger Erbgesundheitsgericht beschlossen, das seine Tätigkeit im Landgerichtsbezirk Marburg erst zu Jahresbeginn aufgenommen hatte. R. J. war zuvor in der Nervenklinik behandelt worden. Dem amtsärztlichen, vom Kreisarzt

²⁷² Reichsgesetzblatt I, S. 529. Auch in: Dagmar Juliette Hilder, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Die Umsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in der Landesheilanstalt Marburg, Marburg 1996, S. 158–161.

²⁷³ Hilder, Zwangssterilisation, S. 3.

²⁷⁴ Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik, Münster 2010 (zuerst Opladen 1986), S. 4.

²⁷⁵ Siehe Hilder, Zwangssterilisation, S. 37, 98.

²⁷⁶ Die Namen der Opfer der NS-Erbgesundheitspolitik in diesem Kapitel wurden anonymisiert, die dabei benutzten Initialen lassen *keinen* Rückschluss auf die Vor- und Nachnamen zu.

Heinrich Hildebrand²⁷⁷ unterzeichneten Gutachten zufolge wurde bei ihr eine „genuine Epilepsie mit Schwachsinn“ festgestellt. Ihre epileptischen Anfälle reichten demnach sechs Jahre zurück, ereigneten sich alle 1–3 Wochen in Gestalt von Zuckungen, Zungenbissen, Einnässen. Nach einem Anfall schlafe sie einen Tag lang. Wie vermutet wurde, habe sie ihre Krankheit von ihrem Vater geerbt, bei dem ein Verdacht auf Epilepsie bestand und der als Alkoholiker galt; er starb 1918 während des Kriegs. Die Unfruchtbarmachung erfolgte Anfang September 1934 in der Frauenklinik in Marburg.²⁷⁸

Der Arbeiter N. I. wurde ebenfalls in Bezug auf „erbliche Fallsucht“ begutachtet. Medizinalassessor Dr. Franz Kopitsch²⁷⁹ beantragte als Vertreter des Kreisarztes in Marburg die Unfruchtbarmachung. Zur Begründung hieß es, die Anfälle hätten fünf Jahre zuvor eingesetzt und kämen in unregelmäßigen Abständen. Daraufhin beschloss das Erbgesundheitsgericht im November 1934 die Sterilisation. Dies traf auf den Einspruch des Vaters, der darauf hinwies, dass keine erbliche Belastung vorliege, denn er habe acht gesunde Kinder. Sein Sohn N. I. habe allerdings von klein auf Sprachfehler gehabt, was der Vater auf schwere Arbeit zurückführt, die er seit 1928 als Knecht auf dem Hof von Cloos verrichten musste. Sie habe eine „Nervenzerrüzzung“ [Nervenzerrüttung] hervorgerufen, was auch Dr. Wulkow in Holzhausen und die Nervenklinik Marburg festgestellt hätten. Der Vater beantragte, eine mündliche Verhandlung anzuberaumen und den Landwirt Martin Cloos zu vernehmen. Er unterstrich zudem, dass eine Verheiratung seines Sohns „überhaupt nicht in Frage“ komme.²⁸⁰ Das Erbgesundheitsobergericht in Kassel entschied dann im Januar 1935 in nichtöffentlicher Sitzung, an der auch Landesobermedizinalrat Dr. Malcus²⁸¹ aus

²⁷⁷ Heinrich Hildebrand (1866, Rosenthal – 1940 Marburg), Rechtsmediziner. Im November 1933 unterzeichnete er das Bekenntnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler.

²⁷⁸ HStAM, 279 Marburg, Nr. 1242.

²⁷⁹ Dr. Franz Kopitsch (*1899, Posen), Arzt; 1924–1933 praktizierte er in Schotten, 1.2.1932 NSDAP-Eintritt (Nr. 929197), SA-Sturmbannarzt, Propagandaleiter in der SA, bis April 1935 in Marburg, dann Hersfeld, Regierungs-Medizinalrat in Schmalkalden, bis 1945 in Sagan/Niederschlesien und sodann in Schotten.

²⁸⁰ HStAM, 279 Marburg, Nr. 1319.

²⁸¹ Dr. Theodor Malcus (1881–1967), Arzt; Assistenzarzt an der Landesheilanstalt Marburg, Oberarzt in Haina, 1919–1945 als Direktor und Landesobermedizinalrat an der Landesheilanstalt in Merxhausen beteiligt an der Aussortierung von Patienten, die schließlich in die Tötungsanstalt Hadamar gebracht wurden; 1945–1947 interniert, danach wohnte er wieder in Merxhausen; 1962 Einstellung eines Ermittlungsverfahrens wegen Beihilfe zum Mord.

Merxhausen teilnahm, die Beschwerde zurückzuweisen, weil sie „sachlich nicht begründet“ sei. Das Gutachten des Vertreters des Kreisarztes sei überzeugend und decke sich mit den Befunden der Nervenlinik. Zwei Monate später wurde die Unfruchtbarmachung in der Chirurgischen Universitätsklinik durchgeführt.

Bei X. I. stellte Amtsarzt Dr. Richard Bräuler im Juli 1935 den Antrag auf Unfruchtbarmachung wegen „angeborenen Schwachsinn“. Das amtsärztliche Gutachten fertigte diesmal mit Dr. Kurt Peters ein „Hilfsarzt“ an. Er begründete seinen Antrag mit schlechten Schulleistungen, denn X. I. sei am Ende seiner Schulzeit um ein Jahr zurück gewesen. Seine Mutter galt als „leicht erregbar“. Der Vater, der in der Gemeinde Moischt keine unwichtige Rolle spielte, hatte die Pflegschaft für seinen Sohn übernommen. Der Beschluss fiel Ende August 1935. Die Sterilisation nahm im Dezember 1935 der gleiche Arzt vor, der im März N. I. unfruchtbar gemacht hatte.²⁸²

Ein ähnlicher Rahmen ergab sich bei der Sterilisation von A. D., die der Nervenlinik zuvor selbst als Angestellte verbunden gewesen war. Am 10. Oktober 1935 wurde sie nach einem „Nervenzusammenbruch“ erstmals in die Nervenlinik aufgenommen, anderthalb Wochen später „ungeheilt entlassen“. Vom 20. Dezember 1935 an befand sie sich abermals in der Nervenlinik wegen „Hebephrenie“ (Unterform der Schizophrenie), und auch im Mai 1936 wurde dort ein „Restzustand nach Schizophrenie festgestellt“.²⁸³

Peters verfasste das amtsärztliche Gutachten, Amtsarzt Bräuler beantragte die Unfruchtbarmachung im Juni 1936, indem er sich „auf die Krankengeschichte der Universitätsnervenlinik Marburg/Lahn“ berief. Mit Blick auf die Eltern hieß es, dass sie „angeblich nicht“ blutverwandt waren. Nach der Schulentlassung sei A. D. zu Hause gewesen und von 1927 bis 1933 in einem Wäschegeschäft, ehe sie bei Prof. Ernst Kretschmer von der Nervenlinik als Hausangestellte angefangen habe. Im Herbst 1934 sei sie nach Auflösung einer Verlobung „schwermütig geworden“, und zuletzt habe sich ihr Zustand verschlimmert zu einer als „Schizophrenie“ diagnostizierten Krankheit. Dr. Kretschmer gab sich in seiner Stellungnahme fürs Erbgesundheitsgericht vom September 1936 zurückhaltender. Er habe ihre Beschwerden zunächst als „reaktive Seelenstörung bezeichnet“, die man dann „vorsorglich als Schizophrenie“ gemeldet habe. Er

²⁸² HStAM, 279 Marburg, Nr. 1294.

²⁸³ Ebenda, Gutachten vom 30.5.1937.

kannte A. D. als seine Hausangestellte und habe daher keine Zweifel, dass „bei der Entstehung der Psychose starke psychisch-reaktive Momente mit im Spiel waren“, während eine „reine Erbkrankheit“ wohl nicht infrage komme. Er sprach sich dafür aus, „vorläufig [...] von einer Sterilisierung abzusehen“. Der Vater und Pfleger von A. D., der in der Gemeinde Moischt keine unwichtige Rolle spielte, schilderte dann in seiner Stellungnahme die Ursache der Erkrankung, die mit dem Eingehen und der Auflösung von Eheversprechen im Zusammenhang stehe. Darüber habe sich seine Tochter „sehr geärmt“. Er verlangte, dass seine Tochter in der Universitätsnervenklinik Marburg oder Gießen ein weiteres Mal zur Beobachtung kommen sollte. Zurzeit fühle sie sich „vollkommen gesund“, auch gebe es in seiner Familie „keinerlei Erbkrankheiten“.²⁸⁴ Am 5. November 1936 entschied das Gericht, dass A. D. an die Landesheilanstalt Marburg zur erneuten Beobachtung überwiesen werden sollte.²⁸⁵ Die Gesundheitsverwaltung machte Ende des Monats Druck, damit sie der Anstalt baldmöglichst zugeführt würde. Dem Vater und Pfleger wurde mitgeteilt, seine Tochter brauche „keine Angst zu haben, es wird ihr hier gutgehen“. Gleichzeitig wurde mit „zwangsweiser Zuführung“ gedroht.²⁸⁶ Der Vater bat um Aufschub bis nach Weihnachten. Dies wurde gewährt, doch müsse er seine Tochter gleich Anfang Januar 1937 zur Anstalt bringen. Nachdem eine erneute Aufforderung ergangen und die Frist verstrichen war, wandte sich die Anstalt ans Gericht, „die erforderlichen Schritte einzuleiten“. Doch ehe dies abgeschickt wurde, meldete sich der Vater persönlich bei der Anstalt und erklärte, dass „seine Tochter nicht dazu zu bringen sei, hierher zu gehen, dass sie also polizeilich überführt werden müsse“. Er verband damit den Wunsch, dass „dieses mögl. wenig auffällig vor sich gehe“. Er fand sich dann zusammen mit der Tochter und dem Moischer „Ortsdiener (in Zivil)“ in der Anstalt ein. Wie Landjäger Hans Weber das Gericht informierte, war zum Transport ein Kraftwagen benutzt worden, der sie von Moischt zur Landesheilanstalt fuhr.²⁸⁷

Für die Dauer von sechs Wochen – vom 8. Februar bis zum 21. März 1937 – hielt sich A. D. in der Landesheilanstalt auf. Die ärztliche Beobachtung schlug sich nieder in einem ausführlichen, 23-seitigen Gutachten vom 30. Mai 1937. Verfasst

²⁸⁴ HStAM, 279 Marburg, Nr. 1294.

²⁸⁵ Über die Bestellung und Erstattung von „Zusatzgutachten“ bei unsicherer ärztlicher Diagnose siehe Hilder, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, S. 96–98.

²⁸⁶ Landeswohlfahrtsverband – Archiv, K 16, Nr. 3974.

²⁸⁷ Landeswohlfahrtsverband – Archiv, K 16, Nr. 3974.

wurde es vom *Ersten Oberarzt und Landesmedizinalrat* Dr. Hermann Giese (1882–1946), mit dem Einverständnis des neuen Direktors der Landesheilanstalt.²⁸⁸ Giese erkannte ganz entschieden auf Schizophrenie und damit auf eine Erbkrankheit. Unter anderem stellte er als die Sterilisation erfordernden Umstand fest, dass

„die Prob[andin] zugibt, schon Geschlechtsverkehr gehabt zu haben, dass sie bei besonderen Gelegenheiten, z. B. bei Tanzmusik, ihre ablehnende Einstellung, ihre Abkapselung [...] aufzugeben im Stande ist; es ist daher die Möglichkeit, dass sie etwa im Anschluss an eine solche Gelegenheit auch der Anlockung zum Geschlechtsverkehr zugänglich sein würde, nicht von der Hand zu weisen“.²⁸⁹

Das Erbgesundheitsgericht folgte diesem „eingehende[n], fachwissenschaftlich begründete[n] Gutachten der Landesheilanstalt in Marburg“. Auch die drei Richter waren überzeugt, dass „[n]ach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft [...] mit erkrank[t]em Nachwuchs zu rechnen [ist]“. So fasste das Erbgesundheitsgericht den Beschluss über die Unfruchtbarmachung wegen Schizophrenie, wenngleich der Vater dafür eintrat, die Entscheidung auf ein Jahr auszusetzen. Von einer Beschwerde beim Erbgesundheitsobergericht in Kassel machte er keinen Gebrauch mehr. Im Oktober 1937 nahm die Universitätsfrauenklinik den Eingriff vor.

Von den Medizinerinnen wurde ein weiterer Fall betrachtet, wobei dies allerdings einen anderen Ausgang nahm. A. K., jüngster Sohn einer Moischer Familie, geriet im Juli 1935 ins Visier von Amtsarzt Bräuler, weil er „an angeborenem Schwachsinn [leidet]“. Mit dem amtsärztlichen Gutachten war wieder Hilfsarzt Dr. Peters zur Hand. Über den Vater wurde ermittelt, er sei „vorübergehend depressiv“ gewesen, während die Mutter „nach den Aussagen der Fürsorgerin wahrscheinlich schwachsinnig“ und auch eine Schwester „leicht schwachsinnig (sehr unordentlich und unsauber)“, eine andere Schwester wiederum „normal“ sei. Erstmals 1924 und dann noch einmal 1930, diesmal für sechs Monate, war in der Universitäts-Nervenklinik mit der „Diagnose: innersekretorische Störung bei angeborenem Schwachsinn.“ In Bezug auf sein Sexualleben hieß es: „Angeblich kein Interesse.“ Die Fürsorgerin erklärte, sie habe A. K. einige Jahre zuvor „in

²⁸⁸ Seit 1.4.1937 war Albrecht Langelüddeke dort Direktor als Nachfolger von Maximilian Jahrmärker (1872–1943), Psychiater und Hochschullehrer in Marburg, der 1937 emeritiert wurde. Am 4.6.1937 stellte Giese der Landesheilanstalt ein Honorar von RM 45,90 in Rechnung; HStAM, 279 Marburg, Nr. 944.

²⁸⁹ HStAM, 279 Marburg, Nr. 944, Kopie in Landeswohlfahrtsverband – Archiv, K 16, Nr. 3974.

unglaublich verwaorlostem Zustand – lange Haare, lange Nägel – in ungläubl. Umgebung im Bett liegend aufgefunden“. Danach kam er unter Vormundschaft. Im Abschnitt, wo „Abnormitäten erblicher oder nichterblicher Art“ angegeben werden sollten, heißt es: „Im Hause [...] herrscht eine ungläubliche Unordnung und Unsauberkeit.“ A. K. musste einen „Intelligenzprüfungsbogen“ mit leichten Wissensfragen bewältigen. Unter dem Punkt „Anfälle“ wurde vermerkt: „Häufiges nächtliches Einnässen, das anscheinend auch am Tage auftritt, was der stark urinöse Geruch, den A. K. ausströmt, beweist.“ Am Ende stand die Diagnose „angeborene[r] Schwachsinn, der vor allem auf affektiven [!] und willensmäßigem Gebiet liegt. [...] In seinem ganzen Wesen zeigt sich eine große Umständlichkeit und Entschlusslosigkeit“. Im „Unfruchtbarmachungsverfahren“ wurde der junge Mann vertreten durch seinen „Pfleger“ Justizoberinspektor i. R. Hugo Werner, Rechnungsrat, Schützenstr. 25, aus Marburg. Dieser hatte im November 1935 „keinerlei Bedenken, der Unfruchtbarmachung hiermit zuzustimmen. Von einer persönlichen Fühlungnahme mit dem Erbkranken habe [er] abgesehen, bitte aber zu dem *Termin* vor dem Erbgesundheitsgericht den Kranken nach Möglichkeit erscheinen zu lassen.“ Das Erbgesundheitsgericht Marburg beschloss am 19. November 1935 nach Anhörung von A. K., von dessen Bruder und des Pflegers, A. K. für die Dauer von bis zu sechs Wochen an die Universitäts-Nervenlinik „zur Beobachtung“ zu überweisen „zwecks Feststellung, ob eine Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes [...] vorliegt oder nicht“. Nachdem A. K. im Februar 1936 „klinisch beobachtet“ worden war, gelangte Assistenzarzt Dr. Josef Schoenen (*1908) in seinem Gutachten, das Direktor Kretschmer mit einem „Einverstanden“ versah, zu dem Schluss, A. K. habe „sich normal entwickelt, ist immer still und zurückgezogen, meist für sich gewesen“. Deswegen sei er „von den Kameraden gehänselt“ worden. Als er 14 Jahre alt war, sei eine Veränderung eingetreten: eine „sehr starke Indolenz und Antriebsverarmung [...]. Ein eigentlicher Schwachsinn liegt nicht vor, auch keine Schizophrenie.“ Es sei „daher nicht möglich, das Zustandsbild unter eine Diagnose zu bringen, die vom Gesetze zur Verhütung erbkranken Nachwuchses erfasst werden würde. Andererseits scheint uns bei der Persönlichkeit die Fortpflanzungsgefahr äußerst gering.“ Das Erbgesundheitsgericht zeigte daraufhin Einsehen und lehnte den Antrag auf Unfruchtbarmachung ab. Nachdem

Amtsarzt Bräuler auf „das Beschwerderecht“ verzichtet hatte, wurde auch die Pflugschaft beendet.²⁹⁰

IV. Krieg, der Zuzug von Ausländern und Zwangsarbeit

1. Moischt nimmt teil am Krieg

Der Zweite Weltkrieg brachte auch in Moischt sich stetig steigende Belastungen mit sich. Vom November 1939 bis Frühjahr 1940 waren in Privatwohnungen in Moischt Angehörige der 1. motorischen Einheit (1. Kompanie) der 10. bayerischen Nachschubdivision einquartiert, die nach dem Eroberungskrieg in Polen nach Westen zurückverlegt wurden, ehe sie in Frankreich zum Einsatz kamen. Und nach dem Sieg über die französischen Streitkräfte kam es zur Einquartierung einer bespannten Einheit aus Thüringen.²⁹¹ Bei Kriegsende 1945 beschlagnahmten die US-amerikanischen Besatzungstruppen zudem Privatwohnungen für ihre Zwecke.

Die Zahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen aus dem Dorf nahm von Jahr zu Jahr zu. Bald gab es in den Dörfern kaum noch junge Männer, es sei denn, sie waren als „untauglich“ gemustert worden oder hatten mehrere Brüder, die schon im Kriegseinsatz waren. Den Kontakt ermöglichte allein der Austausch schriftlicher Nachrichten: Viele Soldaten verschickten Feldpostbriefe in großer Zahl und erhielten ständig Mitteilungen seitens ihrer Familien.

Anders sah es bei den älteren Männern aus. Der Moischer Ortsdiener Konrad Block nahm zunächst in einer Veterinär-Kompanie am Krieg teil. Aber wegen seines Alters schied er als Unteroffizier aus der Wehrmacht aus. 1943 wurde ihm für seinen Einsatz an der Heimatfront eine Auszeichnung verliehen, nachdem er in Kassel an anstrengenden und nervenaufreibenden Aufräumarbeiten nach Luftangriffen beteiligt gewesen war.²⁹²

Die Politik der militärischen Expansion führte zum Kontakt zwischen Welten, die bis dahin voneinander fast völlig getrennt waren. Dies wirkte sich u. a. auf die Partnerinnenwahl von Männern aus Moischt aus. Zu den ‚neuen‘ Ehen zählte etwa jene von Konrad Fischer (*1912), früher Anstreicher, dann Funker und 1946 Bahnbediensteter, der Nr. 80, später Nr. 99 wohnte. Er heiratete im

²⁹⁰ HStAM, 279 Marburg, Nr. 943.

²⁹¹ Siehe dazu den Eintrag in Wikipedia:
https://de.wikipedia.org/wiki/Pferde_der_Wehrmacht.

²⁹² HHStAW, 520/27, 13303.

Februar 1944 in Steinschönau Kreis Tetschen die Sudetendeutsche Rosa Knöchel (*1922).

Der Maler Ludwig Lauer (1912–1960) schloss im Januar 1944 in Moischt die Ehe mit Liesa Friedt (1921–1983). Sie war im November 1943, als Volksdeutsche registriert, aus der Ukraine nach Moischt gekommen,²⁹³ wo sie zunächst im Haus Nr. 64, dann Nr. 12 wohnte. Sie stammte aus Halbstadt im Molotschnaer Mennonitenbezirk in der heutigen Oblast Saporischschja in der südöstlichen Ukraine. Halbstadt wurde 1915 in Molotschansk umbenannt.²⁹⁴ Die Einwohner der von Mennoniten aus Westpreußen im 19. Jahrhundert begründeten Ansiedlungen am Fluss Molotschna wurden im Zweiten Weltkrieg, nach Eroberung durch die Wehrmacht, in den Warthegau gebracht und ein Teil von ihnen später von den Sowjets zurück in Verbannungsorte in der Sowjetunion verschleppt.²⁹⁵

Auch der frühere HJ-Führer Konrad Staubitz (1916–1996) verband sich mit einer von auswärts Gekommenen. Er heiratete 1943 Luise Flender (*1924), die aus Deuz im Kreis Siegen, heute ein Stadtteil von Netphen, stammte. Sie wohnten Moischt Nr. 8. Staubitz ging 1937 zum Reichsarbeitsdienst, von 1938 bis 1945 war er bei der Wehrmacht und nahm am Krieg teil, zuletzt als Feldwebel. 1947 übernahm er den Bauernhof seiner Eltern. 1946 war die Tochter Gudrun geboren worden, die 1996 verstarb; die jüngere Tochter hat nach Österreich geheiratet. Von 1952 bis 1972 war Konrad Staubitz als Gemeindevertreter tätig, die letzten acht Jahre als 1. Beigeordneter.²⁹⁶

Das für die meisten Familien dunkelste Kapitel des Dritten Reichs war das im Kriegsverlauf zunehmende Leid um die kriegstoten Ehemänner, Söhne, Brüder und Väter. Im Juni 1940 erreichte Familie Lauer in Moischt Nr. 64 die erste Todesnachricht, die der Ortsdiener Konrad Block den Angehörigen überbringen musste: Der Dachdecker Ernst Lauer (*1915) war in Frankreich ums Leben gekommen.²⁹⁷ „Schreckliche Opfer waren zu beklagen“, schrieb Konrad Ludwig in seiner Moischer Ortschronik.²⁹⁸ So „trauerte man um 37 Gefallene, Vermisste

²⁹³ HHStAW, 520/ML, Nr. 57187/47.

²⁹⁴ Siehe die Darstellung aus sowjetischer Sicht: <http://imsu-zaporizhzhya.com/mista-i-sela-zaporizkoi-oblasti/tokmackij-rajon/molochansk.html>.

²⁹⁵ Die ehemaligen Molotschnaer Kolonien liegen heute südwestlich der Kleinstadt Tokmak.

²⁹⁶ Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 234–236.

²⁹⁷ Ludwig, Dörfliches Leben, S. 164.

²⁹⁸ Ludwig, Dörfliches Leben, S. 139–169.

und an den Kriegsfolgen Verstorbene".²⁹⁹ Einige Dorfnamen – Rohrbach, Stehling und Barthel – löschte der Einsatz in der Wehrmacht gänzlich aus, weil gleich mehrere Söhne, Brüder und Väter nicht mehr nach Hause zurückkehrten. Mitunter dauerte es sehr lange, bis ein Beschluss darüber gefasst wurde, dass mit der Rückkehr eines Vermissten nicht zu rechnen war. Johannes Stehling (*1911), der Sohn des Stellmachers Heinrich Stehling, war als Gefreiter im Krieg verschollen. Die Behörden erklärten ihn erst im Januar 1970 für tot.³⁰⁰ Im Frühjahr 1943 hatte der Hausschlächter Heinrich Matthäi gefordert, dass ihm der „Schießapparat“ des Stellmachers Johannes Stehling überlassen werde, da dieser abwesend sei.³⁰¹

Den Bauern gingen mit den zur Wehrmacht eingezogenen Männern unentbehrliche Arbeitskräfte verloren. So musste die mit der Landwirtschaft verbundene Arbeit infolge des kriegsbedingten Arbeitskräftemangels neu organisiert werden. Aber wer sollte die aus der Dorfgemeinschaft herausgenommenen (jungen) Männer ersetzen? Ortschronist Ludwig zählte zu den Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, die seine Familie konkret betrafen, dass der Nachbar und Gastwirt Wilhelm Weber zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Ludwigs Vater musste sich daraufhin um dessen Landwirtschaft kümmern.³⁰²

Das NS-Regime wollte die von ihm als Krieger Großdeutschlands Herangezogenen mit Dorffremden ersetzen. Das heißt, noch in Moischt Inlandsevakuierte eintrafen, die ihre Wohnungen in den zerbombten Großstädten verloren hatten, und bevor in dem Dorf Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten zwangsweise einquartiert wurden, kamen jene Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Fortführung der landwirtschaftlichen Arbeiten ermöglichen sollten. Zu Beginn waren nicht alle in der Landwirtschaft beschäftigten Ausländer(innen) Zwangsarbeiter. Vielmehr bestanden – auch in Mittelhessen – lange Traditionen bei der saisonalen Ausländerbeschäftigung. So waren in Moischt der aus Polen gekommene Franz Hoff bei Preiß, Nr. 48, tätig. Aus Belgien war Nikolaus Helleputte nach Moischt Nr. 3 gezogen, um als Melker zu arbeiten. Die Melker

²⁹⁹ Ludwig, Dörfliches Leben, S. 166 f., und StadtAMR–GM, Nr. 219.

³⁰⁰ StadtAMR–GM, Nr. 158.

³⁰¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (12.4.1943).

³⁰² Konrad Ludwig, Dörfliches Leben, S. 163. Das Gastwirtspaar Weber erscheint nicht unter den Familien, denen ausländische Arbeiter ständig als Helfer zugeteilt waren; siehe Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg zum Forschungsprojekt Zwangsarbeit in Marburg.

wurden seinerzeit oft als Schweizer bezeichnet, und viele waren bei den Großbauern nicht nur saisonal beschäftigt und hatten sich dann das ganze Jahr um das Milchvieh zu kümmern. Einige blieben im Dorf, wo sie eine Familie gründeten.³⁰³ Aus der mit NS-Deutschland verbündeten Slowakei war von Juli 1940 an Pavel Koska (*1887), von Sterzhausen kommend, als Landarbeiter in Moischt tätig; er ging im Dezember in seine Heimat zurück.

2. Die ersten polnischen Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter

Die ersten Ausländer, nach dem Beginn des Kriegs in größerer Zahl nach Moischt kamen, um landwirtschaftliche Tätigkeiten zu verrichten, waren Zivilarbeiter/innen aus dem unter deutscher Besatzung stehenden Polen. Allerdings waren schon 1937/38 wegen des Arbeitskräftemangels unter dem NS-Regime polnische Saisonarbeiter in Landwirtschaft und Bauindustrie von deutschen Behörden wieder zugelassen worden.³⁰⁴ Bürgermeister Preiß erklärte im November 1937 auf eine Anfrage zum „Arbeitermangel auf dem Lande“ im Marburger Land, er habe nach Rücksprache mit den „hiesigen Bauern“ festgestellt, dass acht Mägde, acht Knechte, ein Melker und ein Schäfer fehlten; dies entspreche der Hälfte der „hier überhaupt benötigten Knechte und Mägde“.³⁰⁵

In den ersten Monaten nach der Eroberung Polens meldeten sich über 100000 polnische Landarbeiter(innen) und Dorfarme, die vom Job im Nachbarland – dem seit Langem üblichen „Nach-Sachsen-Gehen“ (*jechać na saksy*) – eine einträgliche Saisonarbeit erwarteten, freiwillig zur Arbeit im Reich. Die große Masse der später ganz überwiegend gegen ihren Willen ins Reich verschleppten „Fremdarbeiter“ arbeitete dagegen nur unter Zwang für die Deutschen.³⁰⁶

³⁰³ Peter Preiß nennt für Moischt: Walter Walz (*1911, Berlin) bei Cloos, Nr. 17, und Georg Zettner (*1907, Marktbergel/Mittelfranken) bei Bohl, Nr. 18.

³⁰⁴ Siehe Waław Długoborski, Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur Polens 1939-1945, in: ders. (Hg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981, S. 303–363, hier S. 305, 321; Kazimierz Wyka, *Życie na niby. Pamiętnik po klęsce* [Leben als ob. Tagebuch nach der Niederlage], Kraków 1984, S. 146; siehe auch Klaus-Peter Friedrich, Über den Widerstandsmythos im besetzten Polen in der Historiographie, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), S. 10–60, bes. S. 44.

³⁰⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 3810 (30.11.1937). Auf einer Liste „Italienische Landarbeiter“ vom Juni 1940 wird Moischt als Aufenthaltsort nicht genannt.

³⁰⁶ Gegen Kriegsende waren über 10 Prozent der Bevölkerung des Generalgouvernements als Zwangsarbeiter ins Reich verschleppt, vgl. Długoborski, Besatzungspolitik, S. 334.

Schon Ende November 1939 wandte sich seitens des Regierungspräsidiums in Kassel Regierungsdirektor Dr. Meyer an die Gesundheitsämter. Demnach seien in den Wochen zuvor „in mehreren Kreisen des Regierungsbezirks männliche und weibliche Arbeitskräfte aus Polen zum Einsatz gekommen“. Diese müssten wegen vermeintlicher „Seuchengefahr“ untersucht und laufend überwacht werden.³⁰⁷

Einige Tage später bat der Amtsarzt im Kreis Ziegenhain das Arbeitsamt Treysa „um Mitteilung, ob [und] ggfs. wo im hiesigen Kreis u. wieviele männliche und weibliche Arbeitskräfte aus Polen eingesetzt worden sind“.³⁰⁸

Angaben über den Arbeitseinsatz von Ausländer(inne)n lassen sich den Unterlagen entnehmen, die gleich nach Kriegsende auf Anweisung der Militärregierung entstanden.³⁰⁹ Die deutschen Behörden mussten eiligst nachforschen, was zwischen 1939 und 1945 mit „Angehörigen der Vereinten Nationen, anderen Ausländern und deutschen Juden“ geschehen war.³¹⁰

Demnach lauten die Zahlenangaben für den Landkreis Marburg wie folgt:³¹¹

	Kriegsgefangene	Zwangsverschleppte
1. Frankreich	3554	122
2. Italien	800	12
3. Jugoslawien	1600	--
4. Polen	161	2149
5. Russland	1751	17
6. Serbien	76	--
7. unbekannt	150	--
8. ohne Nationalität	--	63
Summe:	8092	2408

³⁰⁷ HStAM, 180 Ziegenhain, Nr. 8432 (23.11.1939). Vom Regierungspräsidium erklärte am 12.1.1940 Dr. Ahrens, dies gehöre „im Interesse der Volksgesundheit mit zur Seuchenbekämpfung“. Siehe hier auch die Verordnung des Reichsgesundheitsführers Dr. Leonardo Conti zur ärztlichen Untersuchung und „seuchenhygienischen Überwachung“ (Entlassung) der „für den Arbeitseinsatz im Reich geworbenen polnischen Arbeiter“ vom 5.2.1940.

³⁰⁸ HStAM, 180 Ziegenhain, Nr. 8432 (28.11.1939).

³⁰⁹ Siehe hierzu für das heutige Marburger Stadtgebiet: Karin Brandes (Hg.), Zwangsarbeit in Marburg 1939 bis 1945. Geschichte, Entschädigung, Begegnung, Marburg 2005.

³¹⁰ Anordnung des Hess. Innenministers (gez. Zinnkann) an die Regierungspräsidenten, 24.4.1947, HStAM, 180 Marburg, Nr. 4942. Die sog. Ausländersuchaktion wurde erstmals 1946 durchgeführt, doch erschienen den Westalliierten die Ergebnisse unbefriedigend, so dass sie – weiter ausgreifend – noch einmal wiederholt werden musste: Nun ging es um alle Ausländer, außerdem um staatenlose Personen und um deutsche Juden im Zeitraum vom 2.9.1939 bis 15.7.1946.

³¹¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4942, Liste F.

Bei den seit Kriegsbeginn ersten, im März 1940 nach Moischt³¹² zur Landarbeit gebrachten polnischen Zivilarbeiter(inne)n handelt es sich um die folgenden sieben Frauen und vier Männer:³¹³

Eva Dimofer, 15.3.1940 – 1945

Eva Dziduch (*1896), 15.3.1940 – 25.3.1941³¹⁴

Jannina Glina geb. Wdowiak (*1920), 15.3.1940 – 1945

Stanisław Glina (*1918), 15.3.1940 – 1945

Katarzyna Jun (*1922), 15.3.1940 – 31.12.1942³¹⁵

Jan Krupa (*1922), 15.3.1940 – 1945

Agnes Szezepanik [Agnieszka Szczepanik] (*1916), 15.3.1940 – 15.1.1941, später in Dilschhausen

Eva Staron (*1907), 15.3.1940 – 28.1.1943, später in Beltershausen, dann von 24.3.1943 – 2.7.1944 wieder in Moischt, dann in Schröck

Anna Ste[c]yk (*1921), 15.3.1940 – Juni 1944, später in Niederwalgern

Józef Wdowiak (*1922), 15.3.1940 – 1945

Franz Welc (*1921), 15.3.1940 – 1945

Eine Zuordnung zu den landwirtschaftlichen Betrieben soll aus Datenschutzgründen hier nicht erfolgen. Sie lässt sich über die seit 2005 vorliegende Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg vornehmen, die seinerzeit im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Zwangsarbeit in Marburg erstellt wurde. Diese beruht auf verschiedenen Quellen, vor allem aus dem Bestand 180 Marburg.³¹⁶ Diesen Angaben zufolge lässt sich festhalten: In Moischt traten als Nutzer von Zwangsarbeit mindestens 14 Betriebe beziehungsweise Familien in Erscheinung, wobei einige nur einmal, die größeren Betriebe aber vielfach genannt werden. Auffällig ist, dass von diesen elf Personen die Mehrheit volle fünf Jahre in Moischt blieb, darunter alle vier Männer. Drei Frauen mussten ihre Arbeitsstellen in Moischt früher verlassen, um in Dörfern der Umgebung –

³¹² Siehe über die Verhältnisse im Nachbardorf Beltershausen: Krause, 1151 – Beltershausen – 2001, den Abschnitt „Kriegsgefangene und Fremdarbeiter 1939–1945“, S. 69–73; und ders., Gegenwärtige Vergangenheit, S. 56: Fotoaufnahmen eines polnischen Kriegsgefangenen und einer polnischen „Zwangs(,Fremd-)Arbeiterin“, und S. 70 eine Fotoaufnahme, auf dem Einheimische und nach Beltershausen Verschleppte zu sehen sind.

³¹³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4942, Liste F aus dem Landkreis Marburg (28 Bl.): „Personen fremder Nationalität, die im Kreis untergebracht waren, aber nicht mehr im Kreis wohnen [...] Nationalität: Polen“, hs., gez. Dr. Pawlowsky.

³¹⁴ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Wegen Krankheit im März 1941 in die Heimat zurück.

³¹⁵ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg am 31.12.1942 „wegen Schwangerschaft in die Heimat zurück“.

³¹⁶ Insbesondere Nr. 4942, Nr. 4977. Sie decken sich mit den Angaben, die sich den Unterlagen des früheren Suchdienstes in Arolsen entnehmen lassen.

Beltershausen, Dilschhausen, Niederwalgern, Schröck³¹⁷ – zu arbeiten. Mit Janina und Stanisław Glina befand s Gegenwärtige Vergangenheit ich ein Paar in der Gruppe, das bereits ein Kind hatte, das im April 1941 im Generalgouvernement geboren wurde;³¹⁸ erst 1943 konnten die Eltern auf einem Heimaturlaub im Distrikt Lublin die Eheschließung vornehmen lassen. Józef Wdowiak, der gleichfalls in Smoryn im Kreis Biłgoraj geboren wurde, ist wohl ein Bruder von Janina Glina geb. Wdowiak.

3. Die polnischen und französischen Kriegsgefangenen 1939–1941

Die zweite größere Gruppe von Ausländern, die sich 1940 kriegsbedingt in Moischt aufhielt, um landwirtschaftliche Tätigkeiten zu verrichten, waren polnische Kriegsgefangene, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren. Über das Kriegsgefangenen-Arbeitskommando Nr. 75 Moischt ist bekannt, dass es Ende 1939 aus zunächst 20, dann 22 Personen bestand. Am 20. Dezember 1939 schaltete sich der Wehrkreisarzt und „Korpsarzt beim stellvertretenden Generalkommando IX A.K. [Armee Korps]“ in diese Organisationsfragen ein und listete auf, welche „Gef.-Arbeitskommandos im Reg. Bezirk Kassel, die vom Stammlager IX A Ziegenhain gestellt worden sind“, gebildet wurden; in Zukunft werde der „Lagerarzt des Gef. Stalag IX A Ziegenhain“ Veränderungen wöchentlich anzeigen. Demnach gab es 32 Kommandos im Bereich des Arbeitsamts Marburg, darunter Nr. 75 Moischt mit „20 + 2“, Nr. 76 Rauschholzhausen mit „20“ und Nr. 223 Reddehausen mit „25 + 1“ Arbeitskräften.³¹⁹ Zehn Tage später übermittelte Regierungsdirektor Dr. Meyer den Gesundheitsämtern Angaben über diese Arbeitskommandos, darunter für den Bereich des Arbeitsamts Marburg das zum 23. Dezember 1939 nachgemeldete „347 Schrecksbach [mit] 30 Gef[angenen]“.³²⁰ Der Leiter des Arbeitsamts Marburg teilte dann Ende Februar 1940 dem Gesundheitsamt Ziegenhain über die „Untersuchung polnischer Landarbeiter“ mit, das Oberkommando der Wehrmacht habe angeordnet, dass die 2. Untersuchung „der Teilnehmer der polnischen Sonderzüge vor Anfahrt in das Gebiet des

³¹⁷ Über Zwangsarbeit und den Umgang mit Zwangsarbeit Leistenden in einer neueren dorfgeschichtlichen Darstellung aus dem Marburger Land siehe Weitzel, Neue Schröcker Chronik, S. 326–331.

³¹⁸ In der Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg als: „Stanisław Wilowiak“ [Wdowiak].

³¹⁹ HStAM, 180 Ziegenhain, Nr. 8432 (20.12.1939).

³²⁰ HStAM, 180 Ziegenhain, Nr. 8432 (30.12.1939).

Landesarbeitsamts Hessen erfolgen“ müsse, d. h. in einem außerhalb gelegenen Kriegsgefangenenlager.³²¹

Anhand der Datenbank zum Forschungsprojekt Zwangsarbeit der Geschichtswerkstatt Marburg ist festzustellen, dass zum 1. Juli 1940 16 Polen „in Moischt zur Zwangsarbeit eingesetzt“ wurden, von denen neun bis 1945 blieben.³²² Über die folgenden acht Männer ist überliefert, dass sie fast alle seit dem 1. Juli 1940 in Moischt tätig waren:³²³

Stefan Data (*1907), 25.5.1941 – Mai 1942³²⁴

Walenty („Valentin“) Gawlik (*1900), 1.7.1940 – Sept. 1942³²⁵

Czesław („Czeslaus“) Lewandowski (*1900), 1.7.1940 – Nov. 1941

Stefan Owczarek (*1904), 1.7.1940 – 1945

Piotr („Peter“) Susz (*1912),³²⁶ 1.7.1940 – Aug. 1942

Josef Wojciszek [Józef Wojcieszak] (*1906), 1.7.1940 – 1945

Eduard Woznicki [Edward Woźnicki], Schreiner (*1902), 1.7.1940 – 1945

Florian Ziombek [Florjan Ziąbek], 1.7.1940 – 1945

Die Hälfte von ihnen blieb rund fünf Jahre in Moischt. Czesław Lewandowski, Schlosser von Beruf, war 1939 in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten. Er wurde auf dem Hof von Johannes Preiß (Nr. 48) eingesetzt, aber wegen einer Krankheit im November 1941 in seine Heimat zurückgeschickt.³²⁷

Eine der herausragenden Gestalten unter den polnischen Arbeitskräften muss Florjan Ziąbek³²⁸ gewesen sein. Er wurde 1908 als preußischer Staatsbürger in Margonin im Kreis Kolmar in der Provinz Posen geboren. Er heiratete Eugenia Czyżewska, die 1911 im ostpolnischen Uchańka im Kreis Hrubieszów zur Welt gekommen und deren Eltern bereits verstorben waren; sie zog von Schmiedeberg (im ehemaligen Kreis Schubin der Provinz Posen) nach Moischt zu.³²⁹ Das Ehepaar wohnte auf dem Hof von Martin Cloos.³³⁰ Ziąbek kam dort als Schlepperführer zum Einsatz.³³¹ Hier gründete er eine Familie.

³²¹ 180 Ziegenhain, Nr. 8432 (28.2.1940).

³²² Brandes, Zwangsarbeit in Marburg, S. 85.

³²³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4942.

³²⁴ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg vorher in Heskem, „wegen Ersatzgestellung in die Heimat zurück“.

³²⁵ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg wegen Krankheit in die Heimat zurück.

³²⁶ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg wegen Krankheit in die Heimat zurück.

³²⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4860, 4877, 4942; Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³²⁸ Der Name erscheint auch als Ziabek oder Ziombek oder Ziombeck.

³²⁹ StadtAMR–GM, Nr. 44.

³³⁰ StadtAMR–GM, Nr. 160; StadtAMR–GM, Nr. 170.

³³¹ StadtAMR–GM, Nr. 44.

Da Ziabek 1945 nicht in seine Posener Heimat zurückkehren wollte, nahm er als Zeuge Anteil an den Spruchkammer-Verfahren. Dabei äußerte er sich im Herbst 1946 im Verfahren von Johannes Preiß, von diesem darum gebeten, voll des Lobes über den vormaligen Bürgermeister:

„Seit 1939 bin ich in der Gemeinde Moischt als polnischer Kriegsgefangener [...]. Im Anfang konnten wir es garnicht fassen, solch eine gute Behandlung von einem Nazibürgermeister zu bekommen. Bei allen Gängen und Begegnungen, welche wir Ausländer mit dem Bürgermeister hatten, wurden wir anständig und freundlich behandelt. Die anderen ausländischen Gefangenen, welche bei Preiß arbeiteten, durften trotz Verbot mit der Familie Preiß an einem Tisch sitzen.“³³²

Ziabek verwandte sich 1945 mit sieben weiteren polnischen Arbeitern auch für seinen langjährigen Arbeitgeber Martin Cloos:

„Wie bescheinigen, dass Martin [Cloos] für die Auslander ein Verteidiger war. In jeder Not war er uns behilflich. Die Polizei hat uns verboten, in die Kirche zu gehen, da war Herr [Cloos] dagegen. So hat er es erwirkt, dass wir wieder in die Kirche gehen durften.³³³ Sogar als ein Pole mit der Bitte um einen Passierschein kam, so hat er es jedem Polen ausgestellt. Als wir Polen im Jahre 1939 zu den Bauern zur Arbeit kamen, da wollte uns niemand ein Stückchen Brot geben. Er hat uns allen Essen gegeben und hat für die Auslander Kleidung und Schuhwerk besorgt. Wir bitte[n], ihm keine Schwierigkeiten zu bereiten.“³³⁴

Es unterzeichneten Jan Chudy, Jan Kozicki(?), Jan Procom(?), Florjan (?), Antoni Swistek, Stanisław Wozniak, Florjan Ziombek und Franciszek Zusietz(?).³³⁵ Ein weiteres Zeugnis steuerte Wladimir Gronostay³³⁶ in Marburg bei, ein polnischer Staatsbürger, der im Stalag IX A schwer erkrankt war und Diät leben musste, wobei ihn allein Cloos unterstützt hatte.³³⁷

Nach dem Krieg mit Frankreich gelangten im Juni 1940 französische Kriegsgefangene in großer Zahl in Kriegsgefangenenlager. Eines davon, das Stalag IX A, befand sich unweit von Moischt in Ziegenhain. Einige von ihnen wurden dem Kommando 1098 in Moischt zugeteilt. Schon Ende März 1945 bestätigte Augustin Louvot (*1909),³³⁸ der Vertrauensmann des Kommandos,

³³² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 24.

³³³ Dies bestätigte der Schröcker Pfarrer Karl Weiß, der auch Seelsorger der ausländischen Arbeiter war: „Die Polen von Moischt fehlten nie beim Gottesdienst.“ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 21 (1.7.1946).

³³⁴ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 29, 22.10.1945, anbei das hs. poln. Original.

³³⁵ Abgesehen von Ziabek/Ziombek finden sich diese schwer lesbaren Namen *nicht* in der Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³³⁶ Auch sein Name findet sich nicht in der Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³³⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 25 (29.10.1945).

³³⁸ Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Lauvot.

„dass der Arbeitschef Martin Cloos mit uns Kriegsgefangenen immer gerecht verfahren ist, dass er immer unseren Wachtposten gegenüber unsere Sache vertreten hat, und dass wir dank seiner Vermittlung stets günstig aus jeder Sache herausgekommen sind. Mich persönlich hat er möglicherweise vor Festungsstrafe bewahrt in einer Sache, die ich mit einem SA-Mann hatte.“³³⁹

Unter Louvots Unterschrift unterzeichneten noch 16 Franzosen mit ihrem Namen: Maurice Barbaud (*1915), Raymond Cadillac (*1914), Jean Carlner (*1912), Robert Delabonne (*1908), Pierre Force (*1912), Louis Groualle³⁴⁰ (*1910), Marcel Larre (*1917), Rodolphe Lé Say³⁴¹ (*1913), Jean Mazet³⁴² (*1918), Émile Monneau bzw. Moureau³⁴³ (*1913), Raymond Parsal³⁴⁴ (*1905), Lucien Reboux (*1907), Jean Taure³⁴⁵ (*1916), Georges Tuiffert (*?), André Vanterberghe³⁴⁶ (*1906), Jean Vetrac bzw. Vitrac³⁴⁷ (*1904).

In der Datenbank zum Forschungsprojekt Zwangsarbeit finden sich weitere elf Namen von Angehörigen des Kriegsgefangenenkommandos Nr. 1098 in Moischt: Gasti Altandre, André Aubanel (*1917), Julien Boye (*1916), Louis Brosson (*1913), Civilli Chardin (*1911), Robert Victor Crotot (*1896), Pierre Dragacie (*1914), Ernest Hournel³⁴⁸ (*1908), Raoul Ode (*1919), Marcel Petitjean (*1911), Marcel Romiguie (*1916), Jean Tartiere (*1917), Joseph Tochet (*1912). Von diesen sind Brosson und Chardin am 8. Juli 1942 aus dem Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 1098 in Moischt geflohen.³⁴⁹ Ein weiterer Name ist der seinerzeitigen Dokumentation zu entnehmen: Marcel Croguelleis (*1913).³⁵⁰

4. Osteuropäische Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen 1942–1945

³³⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 27 (31.3.1945). Cloos hatte angeblich die Anzeige eines SA-Manns gegen Louvot nicht weitergeleitet, ebd., Bl. 31.

³⁴⁰ Laut HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981, Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Gronalle.

³⁴¹ Laut HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981: Le Lay, laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Say.

³⁴² Laut HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981, Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Maze.

³⁴³ Laut HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981, laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Mouteau.

³⁴⁴ Laut HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981: Parsat.

³⁴⁵ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Faure.

³⁴⁶ Laut HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981: Vanlerberghe, laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Vaulerberghe.

³⁴⁷ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³⁴⁸ Laut HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981: Itournel.

³⁴⁹ Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³⁵⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4981.

Von 1942 an kamen noch weitere polnische Landarbeiter(innen) nach Moischt.

Unter ihnen waren:³⁵¹

Wolodomir Charow,³⁵² 12.6.1944 – 17.7.1944, vorher in Bauerbach, später in Wehrshausen

Theodor Cyluch (*1922), 15.1.1942 – 1945

Jakobus Furda,³⁵³ 14.2.1944 – 1945, vorher in Oberweimar, Beltershausen, Cyriaxweimar

Kunigunde Grochowiecki [Grochowiecka] (*1909), 4.7.1944 – 1945, und

L[e]okadja Grochowieka [Grochowiecka] (*4.7.1944), deren Tochter

Hedwig Janiak (*1902), 4.7.1944 – 1945

Kasimier Pawel[c]zyk (*1919), Schmied, 11.8.1942 – 1945

Maria Tschetschera (*1898), 3.3.1943 – 17.1.1944, später in Treisbach

Genowefa Walencik (*1916), 26.4.1944 – 1945, vorher Oberndorf, Simtshausen

Stanisław Walencik (*1914), 28.4.1944 – 1945, vorher Oberndorf, Simtshausen

Stanisław Wiecek (*1921), Schreiner, 2.4.1942 – 1945

Bei diesen elf Personen – sechs Männern, vier Frauen und einem kleinen

Mädchen –, handelt es sich mutmaßlich mehrheitlich um Menschen, die zwischen 1942 und 1944 erzwungenermaßen nach Moischt verschleppt wurden.

Zu diesen Zwangsverschleppten dürften all jene gehören, die von 1942 bis 1944, aus der Sowjetunion kommend, in Moischt zu arbeiten begannen.³⁵⁴ Bei ihnen

handelt es sich um die folgenden 13 Personen – zehn Frauen und drei Männer:³⁵⁵

Boris Chazkewitsch,³⁵⁶ März 1942 – April 1942

Wera Dawydenko (*1926), 9.9.1943 – 1945

Anna Dubohrajewa (*1914), 26.1.1943 – 30.[!]2.1943, später in Beltershausen, dann Lohra, Oberrospe

Lena Jurtschenko (*1926), 3.4.1944 – 1945

Nadia Kotelewska (*1923), 5.8.1944 – 30.11.1944, vorher in Neustadt, später in Niederweimar

Efrosinja Litwinenko geb. Hrabowska (*1914), 12.4.1944 – 16.8.1944, vorher ab 1.11.1942 in Reddehausen, später in Allna

Iwan Litwinenko (*1914), 12.4.1944 – 16.8.1944, vorher ab 1.11.1942 in Reddehausen, später in Allna

Hanna Loschak³⁵⁷ (*1924), 25.2.1943 – 1945, vorher in Allendorf

Bronja Orłowska (*1924), 31.3.1943 – 1945

Hela Pilinoga (*1926), 24.3.1943 – 1945

Mikdaj Turkenitsch (*1919), 20.7.1942 – 21.7.1942, dann in Niederweimar

Antonie Widenkin (*1935), 12.4.1944 – 30.4.1944, dann in Wehrshausen, dann 27.2.1944 – 1945 wieder in Moischt, Tochter von Alexandra Widenkin

³⁵¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4942. Schreibung der Namen so im Original.

³⁵² Sein Name findet sich nicht in der Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³⁵³ Sein Name findet sich nicht in der Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³⁵⁴ Eine Ausnahme war Liesa Lauer, die – wie oben geschildert – als Volksdeutsche aus der Ukraine in eine örtliche Familie einheiratete; HHStAW, 520/ML, Nr. 57187/47.

³⁵⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4942. Schreibung der Namen so im Original.

³⁵⁶ Sein Name findet sich nicht in der Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³⁵⁷ Laut Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg: Loschak (Lossenko).

Alexandra Widenkin (*1915), 17.4.1944 – 30.4.1944, dann in Wehrshausen, dann 28.2.1944 – 1945 wieder in Moischt.

Über eine dieser 13 Personen lässt sich Genaueres in Erfahrung bringen: Iwan Litwinenko, der sich später John Litvinenko nannte. Der Fall ermöglicht auch einen Einblick in den Umgang mit Ansprüchen vonseiten ehemaliger Zwangsarbeiter. Ein Sachbearbeiter des Bundesverwaltungsamts namens Kremer richtete Anfang November 1965 eine Anfrage an den Moischer Bürgermeister. Demnach hatte Litvinenko

„Entschädigungsansprüche nach Art. VI des BEG³⁵⁸-Schlußgesetzes vom 14.9.65 geltend gemacht. Danach haben Personen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Gründen ihrer Nationalität unter Missachtung der Menschenrechte geschädigt wurden und am 1.10.1953 Flüchtlinge i. S. der Genfer Konvention vom 28.7.1951 gewesen sind, Ansprüche auf Entschädigung für einen dauernden Schaden an Körper oder Gesundheit.“

Litvinenko habe erklärt:

„Ich wurde im Jahre 1941 aus Zaporoschje, Ukraine, als Zwangsarbeiter deportiert. Zunächst kam ich in ein KZ in Artemowsk und musste Landminen ausgraben. Dann wurde ich nach Deutschland gebracht und mein erster Arbeitgeber war Wilhelm Pausch in Reddehausen bei Marburg [...]. Pausch war gleichzeitig Lagerführer in einem Lager polnischer Zwangsarbeiter und ein SS-Mann.³⁵⁹ Er war ein äußerst rauher Mensch [!] und behandelte uns wie Arbeitsvieh. Ich wurde gezwungen, schwere Lasten zu heben und drei Stockwerke hoch hinauf zu tragen. Dabei bekam ich meine erste Rückenverletzung. Es wurde uns verboten, einen Arzt aufzusuchen [...]. Mein nächster Arbeitgeber (im Jahre 1944) Konrad Lauer, Moisch[t] No. 14, wollte mich zunächst nicht annehmen, weil ich in meinem Zustand nicht gut genug arbeiten konnte. Man brachte mich in ein Hospital in Marburg, aber als man dort das Abzeichen OST an mir sah, wurde ich nicht angenommen und zurück geschickt. So musste ich trotz meiner Krankheit und Schwäche bis zum Ende des Krieges weiter schwer arbeiten.“

Kremer bat den Bürgermeister, Litvinenkos Angaben zu überprüfen und festzustellen, „welchen allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen er bei den angegebenen Arbeitgebern ausgesetzt war“. Letztere dürften allerdings die Aussage verweigern, „wenn sie sich durch eine wahrheitsgemäße Aussage der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würden“.³⁶⁰

³⁵⁸ Bundesentschädigungsgesetz.

³⁵⁹ Wilhelm Pausch, Landwirt in Reddehausen Nr. 36, war Vater von Hans Pausch (1919–1942), HJ-Führer, der sich 1937 der Waffen-SS und der NSDAP anschloss; Nov. 1941 Heirat in Schönstadt, Jan. 1942 Geburt seines Kindes, Juni 1942 Kriegstod in der Ostukraine als SS-Unterscharführer.

³⁶⁰ StadtAMR-GM, Nr. 158, Bundesvermisstenlisten 1959–1961, Bundesverwaltungsamt, gez. Kremer, 2.11.1965, an den Bürgermeister von Moischt, Betr.: Entschädigung vom Nationalgeschädigten John Litvinenko, geb. am 20.3.1914.

Fünf Wochen später antwortete Martin Cloos, der seit 1952 abermals als Bürgermeister tätig war. Er teilte dem Amt mit, dass „der Bauer Johann Konrad Lauer am 15. März 1965 verstorben“ sei. Dessen Sohn Andreas Lauer (1927–2014), der seinem Vater als Betriebsinhaber folgte, könne „sich wohl erinnern, Arbeitskräfte aus dem Osten gehabt zu haben, jedoch nicht namentlich, und mit diesen ein gutes Arbeitsverhältnis bestanden hatte. Gewisse Aufzeichnungen“, so Bürgermeister Cloos, „sind nicht auffindbar“.³⁶¹

Über die bislang Genannten hinaus enthält die Datenbank zum Forschungsprojekt Zwangsarbeit weitere Namen von Personen aus Osteuropa, die über eine gewisse Zeit hinweg in Moischt arbeiteten. Als polnische Arbeitskräfte galten demnach noch: Tadeusz Bidus (*1914), Franz Halupka (*1904), Bolesław Kulak (*1906), der Schreiner Feliks Milczarek (*1915), Magdalena Opezanska (*1920), Czesław Siedzinski (*1915), Mykołaj Zawitasz (*1922), das Kind Kazimierz Przedwojski (*1935) und der Schuster Franciszek Rosmyslak (*1921).³⁶² Als Arbeiterin aus der Sowjetunion galt außerdem noch Jewdokija Iwach (*1927).

Einen Sonderfall stellt Ludwig Michael Stodulski (*1921) dar, der als polnischer Staatsbürger in Aach im Kreis Trier geboren worden war und von Mai bis Dezember 1937 in Moischt, 1938 in Kirchhain und dann bis März 1941 wieder in Moischt arbeitete. Er starb im September 1943 als Gefreiter der Wehrmacht in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Wolsk bei Saratow.

Ende der 1940er Jahre gab es anscheinend nur noch wenige Ausländer in Moischt, die allesamt in Moischt Nr. 50 wohnhaft waren. Unter ihnen war Andra Natywojko beziehungsweise Andre Natjwojko (*1915), der im Dezember 1939 aus Polen ins Dorf gekommen war, und Matwij Szastkiw beziehungsweise Spastkin (*1923, Zapluno/Ukraine), der im Herbst 1949 aus Belgien zugezogen war.³⁶³ Natjwojko hielt sich 1951–1954 abermals in Moischt auf.³⁶⁴ Aus Apatin, der bis 1944 mit rund 14000 Einwohnern größten deutschsprachigen Gemeinde in Jugoslawien, stammte Franz Ostruznjak (*1927), ein Katholik, der im Januar 1944 von Marburg zugezogen war. Im November 1945 kehrte er aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Ostruznjak heiratete Katharina Nau (*1930) aus Moischt, die Tochter von Heinrich Nau (1902–1946). 1952 galt er weiterhin als

³⁶¹ StadtAMR–GM, Nr. 158 (7.12.1965).

³⁶² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4977 (Listen Moischt, „Polen“).

³⁶³ StadtAMR–GM, Nr. 160; StadtAMR–GM, Nr. 162, Schriftverkehr betreffend die Einbürgerung von Zuwanderern aus Osteuropa 1947–1971.

³⁶⁴ StadtAMR–GM, Nr. 44.

Ausländer, doch konnten er und seine Frau 1954 „deutsche Bürger“ werden.³⁶⁵ Aus Apatin war 1950 auch Josef Nett (*1911) nach Deutschland gekommen, zwischenzeitlich aber nach Cappel umgezogen.³⁶⁶ Die Ziabeks, die seit den ersten Kriegsmonaten in Moischt gelebt hatten, ehe dann – in Marburg – ihre beiden Söhne Heinrich (*1944) und Martin (*1947) geboren wurden, meldeten sich 1951 ab, um nach Kanada auszuwandern, wo für sie ein neues Leben begann.³⁶⁷

5. Über den Alltag der Zwangsarbeiter

Die Behandlung der im zivilen Bereich eingesetzten Kriegsgefangenen wurde im Dritten Reich durch eine Vielzahl von Erlassen und Verordnungen geregelt und deren Einhaltung von der Gestapostelle Kassel überwacht. Unter anderem ordnete sie Mitte Februar 1940 an, dass ein Kontakt zwischen Kriegsgefangenen und weiblichen Deutschen unzulässig sei. Dies wurde Anfang März 1940 vom Landrat an den Bürgermeister und den Gendarmeriebeamten in Schröck mit der Anweisung weitergeleitet, die Kriegsgefangenen bis 16. März 1940 davon zu unterrichten.³⁶⁸ Auch die Bewachung der polnischen Kriegsgefangenen wurde geregelt.³⁶⁹ Im Mai 1942 erhielten die Behörden ein Merkblatt, welches das aus Sicht des NS-Regimes richtige „Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen“ zusammenfasste.

Nach Konrad Ludwig war bei einer der Moischer Gastwirtschaften – dem Gasthaus Zur Linde (auch Schustersch Wirtschaft) – ein Saal über einem Pferdestall hergerichtet worden, wo sich kleinere Feiern abhalten ließen. Dort wurden von 1940 an Polen und, nachdem diese bei den Bauern dauerhaft untergekommen waren, von 1941 an Franzosen untergebracht. An der Rückseite hatte der Schmied vor den Fensteröffnungen Eisengitter angebracht.³⁷⁰ Die ausländischen Arbeitskräfte wurden tagsüber Landwirten in Moischt und in den

³⁶⁵ StadtAMR–GM, Nr. 162. 1956 verzog er der Arbeit wegen nach Stuttgart, StadtAMR–GM, 44. 1972–1978 Vorsitzender im Schützenverein Moischt. Ein Foto Ostruznjaks in: Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 355.

³⁶⁶ StadtAMR–GM, Nr. 162; auch Ostruznjaks Bruder lebte damals noch im serbischen Apatin, StadtAMR–GM, Nr. 194.

³⁶⁷ StadtAMR–GM, Nr. 44. Eugenia Ziabek starb 1994, Florian Ziabek 2001, siehe ihren Grabstein im kanadischen Stratford, Prince Edward Island: <https://billiongraves.com/grave/Florian-Ziabek/17371239>.

³⁶⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4146, 12.2.1940 Gestapo (gez. Augustin), 2.3.1940. Dem Landratsamt gingen 31 Vollzugsmeldungen aus 30 Orten zu, die Rückmeldung aus Schröck fehlt hier.

³⁶⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4146 (6.3.1940).

³⁷⁰ Ludwig, Dörfliches Leben, S. 163.

benachbarten Dörfern Schröck und Beltershausen zugeteilt.³⁷¹ Es handelte sich um 25 bis 30 Leute, die von einem älteren Landsturmmann bewacht wurden.³⁷² 1944 war auch der Gendarmeriebeamte in Schröck in die Überwachung einbezogen.³⁷³ Wer sich widersetzte, wurde bestraft. Konrad Ludwig erinnerte sich, dass er einmal mitbekam, dass ein Franzose die Arbeit verweigerte, weil er keine Tabakration erhalten hatte. Dem herbeigerufenen Wachmann rief dieser zu: „Nix Tabak nix Arbeit“, wobei er „sein Hemd über der Brust aufriss. Er wurde abgeführt und strafversetzt.“³⁷⁴

Die zivilen polnischen Landarbeiter waren kaum besser dran als die Kriegsgefangenen. In der NS-Ideologie galten Osteuropäer als minderwertig,³⁷⁵ ihre Kontakte zur deutschen Bevölkerung während der Freizeit waren – wie im Fall der Kriegsgefangenen – auf ein Mindestmaß zu beschränken; intime Kontakte standen unter Todesstrafe.

Die überlieferten Dokumente enthalten auch Mitteilungen über das soziale Leben der ausländischen Landarbeiter unter dem NS-Regime. Demnach unterschied sich der Alltag polnischer Landarbeiter von 1940 an ganz erheblich von dem, was in den Jahren und Jahrzehnten zuvor üblich gewesen war. Er war von einem Zwangsregime geprägt, dem die polnischen Arbeitskräfte in den Kriegsjahren unterworfen wurden. Nach der Eroberung und Zerschlagung Polens verschärfte das NS-Regime laufend die Kontrolle der „Fremdarbeiter“. Sogenannte Polenerlasse regelten die Lebens- und Arbeitsbedingungen der nach Deutschland zur Arbeit Gekommenen. Ein Merkblatt vom 8. März 1940 über die diskriminierenden „Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthaltes im Reich“ listete auf, was ihnen erlaubt und was ihnen verboten war.³⁷⁶

Am 10. April 1940 erließ der Regierungspräsident eine detaillierte Polizei-Verordnung, die schon neun Tage später in Kraft trat. Anfang Mai 1940 wandte

³⁷¹ Ludwig, Dörfliches Leben, S. 164.

³⁷² Siehe Weitzel, Neue Schröcker Chronik, S. 328, und Ludwig, Dörfliches Leben, S. 135, bzw. StadtAMR-GM, Nr. 219, Bl. 106, 110. In der Darstellung in Brandes, Zwangsarbeit in Marburg, S. 211, erfolgt irrtümlich eine Gleichsetzung des Kommandos 1098 mit den 1944/45 aus freien Stücken evakuierten französischen Staatsangehörigen, die gesondert im Schulsaal untergebracht wurden (siehe unten Kap. VI.6).

³⁷³ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4146.

³⁷⁴ Privatarchiv Konrad Ludwig im Archiv des Heimat- und Geschichtsvereins Moischt.

³⁷⁵ Siehe Brandes, Zwangsarbeit in Marburg, S. 70–72.

³⁷⁶ Abgedruckt (mit falscher Datierung 1942) in Helmut Krause, 1151 – Beltershausen – 2001, S. 71 f.

sich dann der Landrat an die Bürgermeister mit grundlegenden Anweisungen (über Abzeichen, Kontaktverbote, Meldepflichten, Sperrstunden usw.) betr. „Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen polnischen Volkstums“. Diese galten ausdrücklich auch für jene polnischen Arbeitskräfte, die bereits vor dem September 1939 im Land gewesen waren.³⁷⁷ Arbeitskräfte aus Polen mussten ein „P“-Abzeichen tragen, durften ihre Gemeinde ohne Erlaubnis nicht verlassen. Sie mussten nächtliche Sperrstunden einhalten. So wurde beispielsweise Kazimierz Pawelczyk Anfang 1943 mit einer Geldstrafe 10 Reichsmark belegt, weil er die Sperrstunde überschritten hatte.³⁷⁸ Das Regierungspräsidium hatte schon im Juli 1940 dazu aufgefordert, „[p]olnische Zivilarbeiter“, die sich von ihrem Aufenthaltsort unerlaubt entfernt hatten, streng zu bestrafen und dadurch abzuschrecken.³⁷⁹ Die Einhaltung der sog. Polenerlasse wurde von den Orts- und Kreisbehörden wie auch der Gestapo überwacht. Männer durften Gaststätten nur zu den Zeiten aufsuchen, wenn diese deutlich erkennbar als „Polenwirtschaft“ ausgewiesen waren.³⁸⁰ Im August 1940 wandte sich der Landrat an den Landjäger in Roßdorf mit Bezug auf den „Besuch der Gaststätten in Moischt durch Polen“. Demnach seien Gaststättenbesitzer unter Druck zu setzen, Polen dort nicht zuzulassen. Hauptwachtmeister Seipel erklärte jedoch, die gegen die Gastwirte erhobenen Vorwürfe seien nicht bewiesen, würden bestritten; Kontrollen von ihm und dem Wachtmeister der Reserve Staubitz hätten nichts ergeben. Die Moischer Gastwirtin Christine Weber (*1870) erklärte in ihrer Vernehmung, ihr sei „nicht bekannt, dass poln. Zivilarbeiter in der Gaststube sich aufgehalten u. dort Schnaps oder Bier getrunken hätten“. In dem Lager „auf unserem Hofe“ seien 30 Kriegsgefangene. Sie räumte ein, dass polnische Kriegsgefangene, die auf dem Hof untergebracht seien, Bier, Wasser und Tabakwaren erwerben würden; Polen suchten außerdem die im Haus befindliche Posthilfsstelle auf.³⁸¹ Es gelte, dass die Wirtschaft freitags von 19:30 bis 20:30 Uhr für die polnischen Arbeiter geöffnet und „für andere Gäste geschlossen“ sei.³⁸² Da die Konzessionsinhaber es aber unterlassen hatten, mit einem Schild ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass ihre Wirtschaft zu dieser Stunde eine „Polenwirtschaft“ und damit „für deutsche Volksgenossen polizeilich

³⁷⁷ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (6.5.1940).

³⁷⁸ Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg.

³⁷⁹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4146 (5.7.1940), gez. Felddt.

³⁸⁰ Brandes, Zwangsarbeit in Marburg, S. 40–45.

³⁸¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (8.8.1940, 12.8.1940).

³⁸² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (12.8.1940).

verboten“ war, mussten sie zur Strafe 75 Reichsmark „für das Winterhilfswerk 1940/41“ der NS-Volkswohlfahrt spenden.³⁸³

Für die aus der Sowjetunion nach Deutschland gekommenen sog. Ostarbeiter galten noch strengere Regeln, welche in Ostarbeiter-Erlassen festgelegt waren. Sie hatten ein Abzeichen mit dem Schriftzug „OST“ zu tragen. Sie sollten eigentlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht und gepflegt werden. Tatsächlich waren sie in den meist klein- und mittelbäuerlichen Betrieben im Marburger Land wie die anderen zivilen Arbeitskräfte bei den Familien untergebracht. Ständig kontrolliert wurden sie von den Ortsbauernführern und den Bürgermeistern als lokalen Repräsentanten der Polizeigewalt, die für die Ausbeutung der Zwangsverschleppten sorgen sollten. Sie hatten trotz ihrer körperlich schweren Arbeit „kaum Freizeit“ und „waren der Willkür der Landwirte ausgesetzt“, mit denen sie sich kaum verständigen konnten.³⁸⁴

Der Besuch von gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen in Theatern, Kinos u. Ä. war den osteuropäischen Arbeitskräften generell verboten, was ihre Interaktion mit Menschen außerhalb ihrer Gruppe ausschließen sollte. Zum Urlaub in die Heimat durften nur die polnischen Landarbeiter(innen) fahren, und zwar nur ausnahmsweise, etwa schwangere Frauen, wenn sie nicht mehr arbeiten konnten. Magdalena Opezanska konnte im Februar 1942 wegen einer Krankheit nach Hause. Männer wurden im Allgemeinen nur dann in die Heimat zurückgeschickt, wenn sie ernsthaft erkrankt waren, wie Czesław Lewandowski. Stefan Data durfte erst abreisen, nachdem er einen Ersatzmann gestellt hatte. Im Winter 1943 hatte Stanisław Glina Urlaub erhalten, um mit seiner Familie zusammen zu sein. Da er vom Urlaub nicht zurückkehrte, holte die Gestapo ihn (wie auch seine Frau) im April 1943 mit Zwang zurück.

Gegen den absoluten deutschen Führungsanspruch zu verstoßen und aufzubegehren sollte unter dem NS-Regime drakonische Strafen nach sich ziehen. Als widerständig erachtete Handlungen konnten für Polen verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen – auch unweit von Moischt. Der 26-jährige Bronisław Pecka aus dem Dorf Goraj bei Biłgoraj im damaligen Distrikt Lublin des Generalgouvernements musste auf dem Bauernhof Hainmühle bei Betziesdorf Zwangsarbeit leisten. Im Juni 1942 wurde er verhaftet, weil er den Bauern, bei

³⁸³ Landrat Krawielitzki ordnete an, dass die Wirtschaft andernfalls geschlossen und Strafanzeige erhoben würde; HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (23.9.1940). Den Eingang des Betrags bescheinigte am 30.9.1940 Martin Cloos als „Ortswalter der N.S.V.“. Siehe auch Brandes, Zwangsarbeit in Marburg, S. 45 Anm. 118.

³⁸⁴ Brandes, Zwangsarbeit in Marburg, S. 86.

dem er arbeiten musste, bei einem Streit mit einer Schere bedroht habe; der Bauer wollte Pecka zwingen, Butter in einen Nachbarort zu bringen. Pecka wurde ins „Arbeitserziehungslager“ Breitenau gebracht. Die Gestapostelle Kassel ließ ihn am 26. Oktober 1942 in einem Waldstück an der Bahnlinie gleich neben der Hainmühle in einem großen Abschreckungsspektakel erhängen.³⁸⁵ Dazu wurden nicht nur 200 seiner Landsleute am Ort zusammengezogen, die dies mit eigenen Augen mit ansehen mussten. Auch politische Repräsentanten des NS-Staats beteiligten sich, darunter als Vertreter des Landrats Hans Krawielitzki dessen als „in politischer Hinsicht unbedingt zuverlässig“ geltender Beamter Albert Wagner.³⁸⁶

Die Gestapo übermittelte am 29. Mai 1943 zur „Gefahrenabwehr beim Ausländereinsatz“ ein nicht zur Veröffentlichung bestimmtes Merkblatt betreffend die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte. Hier ist unter anderem von europäischer Solidarität die Rede, welche die im Reich tätigen Zwangsarbeiter durch ihre Arbeit zu üben hätten. Andererseits wurde einigen Landarbeitern, die sich offenbar besonders bewährt hatten, im August 1944 noch die Möglichkeit eröffnet, sich in die Deutsche Volksliste aufnehmen zu lassen. Doch die Angesprochenen – Owczarek, Pawelczyk, Siedzinski, Woźnicki und Ziąbek – lehnten die Aufnahme alle ab.³⁸⁷ Kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen gab das Landratsamt im Februar 1945 Anweisungen für den noch einmal schärferen Umgang mit Kriegsgefangenen.

Der damalige Bürgermeister Johannes Preiß erklärte in seinem Spruchkammer-Verfahren:

„Während des Krieges habe ich polnische und auch französische Kriegsgefangene auf dem Hof gehabt. Ich habe es trotzdem, dass es verboten war, nicht geduldet, dass sie an einem anderen Tische gesessen haben als mit meinen Angehörigen. Sie sind von mir stets gut behandelt worden, ich sah in ihnen Soldaten, die ihre Pflicht erfüllen mussten [...]. Der letzte polnische Kriegsgefangene war bei mir bis zum 15. Oktober 1946.“³⁸⁸

³⁸⁵ Gunnar Richter, Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940–1945). Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Lagersystem, S. 400–404; <https://dnb.info/972184406/34>.

³⁸⁶ HStAM, 180 Marburg, 3453. Albert Wagner (1901, Strassebersbach/Dillkreis – 1986, Wetter) war nach dem Landrat und dessen Stellvertreter Ludwig Seuffer die Nr. 3 in der Kreisverwaltung, siehe Albert Wagners bislang unverzeichnete Spruchkammerakte: HHStAW, 520/FZ, Nr. A 1150, Regal 4717, Karton 115.

³⁸⁷ Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg (13.8.1944); sie galten dann weiterhin als „Schutzangehörige“.

³⁸⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 29 (25.12.1946).

Auch Preiß' Nachfolger Cloos setzte sich anscheinend über manche lebensfremde Bestimmungen hinweg. Er bewies, wie ihm vier SPD-Mitglieder bescheinigten, sein soziales Verständnis auch gegenüber den „bei ihm beschäftigt gewesenen Polen und Franzosen“, die er „immer und in jeder Weise vorbildlich behandelt“ habe. Überdies habe er (einmal) dafür gesorgt, „das[s] ein auf dem Weg zum Inneren Deutschlands befindlicher Transport gefangener Russen, der [...] Moischt passierte, gepflegt wurde“.³⁸⁹ Er sammelte Brot, gab ihnen zu trinken, fuhr sie, da sie kaum mehr laufen konnten, zum Kirchhainer Bahnhof.³⁹⁰ In seiner zusammenfassenden Schilderung der Verdienste seines Mandanten Martin Cloos pries Rechtsanwalt Hans Rautenberg dessen lobenswertes Verhalten gegenüber seinen Landarbeitern und erklärte ihn zu deren Beschützer.³⁹¹ Zeugen erinnerten sich, dass Cloos den ausländischen Arbeitern vor dem Einmarsch der Amerikaner gesagt habe, dass sie alle recht vorsichtig sein und sich unauffällig verhalten sollten.³⁹²

Mit dem Ende des Kriegs wurde das Kommando 1098 aufgelöst und seine Angehörigen mit Eisenbahn und Auto nach Frankreich abtransportiert. Die ausländischen Arbeiter kehrten zum größten Teil in ihre Heimatländer zurück.

6. Die aus Frankreich Evakuierten

Beim Rückzug der deutschen Truppen aus Frankreich 1944 wurden zahllose Französinen und Franzosen mit nach Osten genommen – evakuiert. Es handelte sich um Menschen, die mit den deutschen Besatzern eng zusammengearbeitet hatten und die deswegen nun Nachteile befürchten mussten. Ein Teil von ihnen gelangte in eiligst eingerichtete Unterkünfte im Marburger Land.³⁹³ Die in Moischt untergebrachten französischen Staatsangehörigen unterstanden im Sommer/Herbst 1944 dem Schlosser Nikolaus Zimmermann, ihrem „Dolmetscher und Führer“, und wurden nicht mit ihren kriegsgefangenen Landsleuten, sondern im Schulsaal gesondert untergebracht.³⁹⁴ Zimmermann kam auf der Dorfstraße

³⁸⁹ HHStAW, 520/27 Nr. 17803, Bl. 4, Stellungnahme von Peter Schröder, Konrad Kornemann, Johannes Fischer und Otto Grimm.

³⁹⁰ So auch das Zeugnis von Heinrich Block; HHStAW, 520/27 Nr. 17803, Bl. 14 (30.6.1946).

³⁹¹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 31 (3.7.1946).

³⁹² HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 5, Niederschrift über das Ergebnis der Aussprache von vier SPD-Genossen mit Cloos im Oktober 1946.

³⁹³ HStAM, 336/1, Nr. 152.

³⁹⁴ Anklageschrift des Generalstaatsanwalts gegen Heinrich Bohl, Jena, 3.3.1945 (2 Js 123/45); Kopie des Dokuments erhalten von Peter Preiß.

Ende September 1944 mit dem alten Heinrich Bohl ins Gespräch, der die Unterkunft der Evakuierten mehrmals besucht hatte. Er gab dabei seiner Hoffnung Ausdruck, dass „der Krieg für uns bald siegreich zu Ende gehen möge“. Bohl konnte sich dem nicht anschließen, sondern antwortete: „Glauben Sie das? Für uns ist die Sache verloren. Wenn ein Land im Kriege soweit vorgegangen ist und dann wieder 1000 km zurückmuss, dann kann es nicht mehr gewinnen.“³⁹⁵ Nachdem Bohl denunziert worden war, drohte ihm seitens des Jenaer Generalstaatsanwalts noch am 3. März 1945 eine Anklage aufgrund der Kriegssonderstrafrechtsverordnung.³⁹⁶ Der Generalstaatsanwalt Dr. Hans Trautmann stellte fest, Heinrich Bohl habe „in Moischt 1943 und 1944 fortgesetzt öffentlich den Willen des deutschen Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu zersetzen gesucht“.³⁹⁷ Im Dorf werde ihm „nachgesagt, dass er trotz seines hohen Alters den Frauen nachstellt“ und bei seinen Besuchen im Moischer „Franzosenlager [...] ein besonders auffälliges Interesse für ein dort untergebrachtes junges Mädchen gezeigt“ habe. 1940 sei er „wegen Verbreitung von Gerüchten vom Landrat in Marburg und 1943 wegen dummer Redensarten von der Gendarmerie in Schröck³⁹⁸ verwarnt“ worden:

„Sogar Polen und Russen gegenüber soll er eine staatsabträgliche Einstellung zu erkennen gegeben haben [...]. Auf Grund seines Gesamtverhaltens wird er vom zuständigen Hoheitsträger der Partei³⁹⁹ als politisch unzuverlässig bezeichnet. Auch charakterlich wird er nicht gut beurteilt [...].“

Der Sozialdemokrat Peter Schröder erklärte indes im September 1947 im Spruchkammer-Verfahren von Martin Cloos, was die Belästigung von „Antifaschisten“ durch den Bürgermeister Cloos angehe, hätte Heinrich Bohl am besten Bescheid gewusst, doch sei er im Frühjahr 1947 verstorben.⁴⁰⁰

³⁹⁵ Anklageschrift des Generalstaatsanwalts gegen Heinrich Bohl, Jena, 3.3.1945 (2 Js 123/45).

³⁹⁶ Siehe oben Kap. I.1, Die lokalpolitische Entwicklung.

³⁹⁷ Anklageschrift des Generalstaatsanwalts gegen Heinrich Bohl, Jena, 3.3.1945 (2 Js 123/45).

³⁹⁸ Auf dem Gendarmerie-Einzelposten in Schröck war tätig bis Mitte 1941 Hans Weber und von Juli 1941 an Gendarmerie-Meister August Schöne (*1906, Heimarshausen Kreis Wolfhagen), Kaufmann, später Landjäger; bis 1952 wohnte er mit seiner Frau und zwei Töchtern in Schröck, dann in Hanau.

³⁹⁹ Für Moischt zuständiger Zellenleiter der NSDAP war Martin Cloos, dies kann sich aber auch auf den Ortsgruppenleiter Lorch beziehen.

⁴⁰⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 74. Wohl damit in Zusammenhang steht die Mitteilung des Politischen Ausschusses (Kornemann und J. Fendt) vom 18.7.1947 an die Spruchkammer, eine vorherige Auskunft könne „nicht mehr durch Zeugen nachgewiesen werden, da derselbe verstorben ist“, HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 48. Heinrich Bohl starb am 25.4.1947.

Seitens des Gesundheitsamts in Marburg liegen Berichte vom Herbst 1944 vor „über die Besichtigung der Franzosenlager in Moischt“ und benachbarten Dörfern. Demnach waren die Zustände in Moischt vergleichsweise passabel:

„Schlafraum im Schulsaal, Strohlager. Gekocht wird in der Lehrküche in der Schule von evakuierten Frauen aus Kassel. Frau Rustedt (auch eine Evakuierte) hat die Verwaltung der Karten in Händen und kümmert sich um die Franzosen. Sie sorgt dafür, da[ss] Kranke in Behandlung von Frau Dr. Weber kommen. Geordnete Verhältnisse.“⁴⁰¹

Im Frühjahr 1945 war Émile Vilbout „Gruppenführer (Chef de Groupe) der 19 Franzosen“. Am 1. Mai 1945 erklärte er, dass Cloos sie mit Lebensmitteln versorgt habe und dass „dieser Mann nichts besseres für seine eigenen Landsleute hätte tun können („je confirme que ce Monsieur n’aurait pas faire mieux pour les propres concitoienes [concitoyens]“.⁴⁰² Nach dem Einmarsch der Amerikaner wurden die französischen Evakuierten vermutlich wieder in ihre Heimat zurückgebracht.

⁴⁰¹ HStAM, 336/1, Nr. 152 (22.11.1944), gez. Dr. Reuter.

⁴⁰² HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 26.

V. Lokalpolitik und Loyalitäten

1. Voraussetzungen der Entnazifizierung

Ende März endeten mit dem Einmarsch US-amerikanischer Truppen die Kampfhandlungen im Marburger Land. Mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 kam auch das offizielle Kriegsende. Damit hörte das von Otto von Bismarck gegründete Deutsche Reich, das von Hitler 1938 ausgerufenen Großdeutschen Reich und das durch seine Gewaltpolitik geschaffene kurzlebige Imperium auf zu bestehen. Das deutsche Staatsgebiet wurde verringert und auf mehrere Herrschaftsgebiete aufgeteilt, die sich teils zu neuen Staaten entwickelten.

Die in der Bevölkerung vom Wiedereintritt des Friedens erwartete Rückkehr zum ‚normalen‘ Leben ließ auf sich warten. Das NS-Regime hatte über Jahre weit jenseits der deutschen Staatsgrenzen und in der Endphase des Kriegs auch im Inland dermaßen große Verheerungen angerichtet, dass eine wie auch immer geartete ‚Normalisierung‘ vor ungeheuren Schwierigkeiten stand. Von einem Wiederaufbau ganz zu schweigen. Denn zunächst waren die *Kriegsfolgen* zu bewältigen.

Die US-amerikanische Militärregierung schuf in ihrer Besatzungszone aus mehreren Gebietsteilen das Land Hessen (zunächst Großhessen genannt). Der ländliche Raum Hessens wurde von Flüchtlingen und aus dem Osten vertriebenen Menschen regelrecht überschwemmt. Auch das Dorf Moischt nahm zahlreiche Menschen auf. Hatte es 1934 noch 481 Einwohner, so waren es 1948/49 rund 700.⁴⁰³

Der Militärregierung war daran gelegen, mögliche Gegner auszuschalten, die den Besatzungstruppen gefährlich werden konnten. Zur Sicherung ihrer Herrschaft bediente sie sich der Internierung nationalsozialistischer Funktionsträger. Außerdem brachte sie eine Entnazifizierung auf den Weg. Sie stützte sich auf Angaben, welche die erwachsenen Personen in sog. Meldebogen detailliert erklären mussten, insbesondere in Hinblick auf Mitgliedschaften und Funktionen in der NSDAP und ihren Unter- und Nebenorganisationen. Dabei kam es zur Entlassung belasteter Personen, insbesondere von Parteimitgliedern, die der NSDAP vor 1937 beigetreten waren. Sie wurden in der US-amerikanischen

⁴⁰³ StadtAMR–GM, Nr. 160 Statistische Meldungen: Im Dez. 1948 wurden 686, im Aug. 1949 690 und im Juni 1967 705 Einwohner/innen gezählt.

Besatzungszone einer Überprüfung durch Spruchkammern unterzogen. Für die Dörfer im Landkreis Marburg war die Spruchkammer Marburg-Land zuständig. Sie machte sich daran, jeden Fall einzeln zu betrachten. Diejenigen, die in einer nazistischen Organisation Mitglied gewesen waren, mussten sich dafür rechtfertigen. Politische Ausschüsse, die sich aus Demokraten und Gegnern des Nationalsozialismus zusammensetzten, holten Erkundigungen ein und gaben ihre Einschätzung zu den jeweils „Betroffenen“ ab. Auch die (neuen) Bürgermeister, die unter dem NS-Regime oft Nachteile hatten in Kauf nehmen müssen, wurden um Stellungnahmen gebeten. Die Belasteten versuchten hingegen, sich Leumundszeugnisse aus dem Kreis ihrer Bekannten und Freunde zu verschaffen, wobei sie insbesondere jene ansprachen, die vom Nationalsozialismus wenig belastet waren.⁴⁰⁴ Die von den Kammern seit 1946 verhängten Strafen wiesen mit der Zeit eine zunehmend mildere Tendenz auf. Und wer in die Berufung ging, konnte im Allgemeinen mit einem geringeren Strafmaß rechnen.

Aus Moischt wurden mehrere Dutzend Personen aufgrund ihrer Angaben in den Meldebogen vor die Spruchkammer geladen, was bei einer Dorfbevölkerung von rund 500 Personen als eine vergleichsweise überschaubare Zahl erscheint. Die Spruchkammern in der US-amerikanischen Besatzungszone formulierten am Ende des Verfahrens einen Entscheid – „Spruch“ genannt –, der begründet sein musste.

Dem politischen Ausschuss in Moischt gehörten Konrad Kornemann, Jakob Fendt und anfangs auch Heinrich Brunnet⁴⁰⁵ an. Aussagen über ein und dieselbe Person gingen mitunter weit auseinander, so etwa im Fall des staatlichen Revierförsters Adolf Schuppelius (*1903), über den Battenfeld und Schröder uneins waren,⁴⁰⁶ und über den Lehrer der Moischer Schule Justus Nau (1883, Cappel – 1979), den Schröder und die Ausschuss-Mitglieder zunächst sehr ungünstig beurteilten, ehe Fendt und Brunnet ihre ursprünglichen Einschätzungen revidierten.⁴⁰⁷

⁴⁰⁴ Siehe dazu grundlegend: Hanne Leßau, Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020; Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945–1954, Wiesbaden 1999; siehe auch Wolfgang Form/Oliver König, „Wholesale whitewash“ oder „Entnazifizierung – scharf aber gerecht!“ Erste Ergebnisse zur Entnazifizierung in Marburg im Spiegel der Presseberichterstattung, in: Benno Hafener/Wolfram Schäfer (Hg.), Marburg in den Nachkriegsjahren, Marburg 1998, S. 87–137.

⁴⁰⁵ Bei der Gemeindewahl am 25. April 1948 kandidierte Heinrich Brunnet für die KPD.

⁴⁰⁶ HHStAW, 520/27, 4136.

⁴⁰⁷ HHStAW, 520/27, 4141.

2. Die Entnazifizierung der beiden nationalsozialistischen Bürgermeister „... auf ehrlichem Wege niemals Bürgermeister geworden“ – über Johannes Preiß

Im Mittelpunkt der Entnazifizierungsanstrengungen unter der Militärregierung stand zunächst Johannes Preiß. Nach seiner Verwundung war er längere Zeit im Lazarett auch in Marburg; von der Kriegsverletzung blieb ihm ein „steifes Bein“ zurück.⁴⁰⁸ Von Juni 1945 an hielt er sich ein Vierteljahr in Moischt auf, bis ihn am 19. September 1945 die Verhaftung ereilte. Sieben Monate verbrachte er danach im US-amerikanischen Internierungslager Kornwestheim.

Zu seiner Haftentlassung Ende April 1946 trug bei, dass Altbürgermeister Battenfeld für ihn eintrat. Er erinnerte aber daran, dass trotz des Verwandtschaftsverhältnisses Preiß sein „politischer Gegner“ gewesen sei, und er räumte ein, dass es nach Preiß' Bestellung zum Bürgermeister zu „eine[r] gewisse[n] Abkühlung der Beziehungen zwischen seiner und meiner Familie“ gekommen sei:

„Ich wurde damals abgesetzt. [...] als er zum Bürgermeister bestellt wurde [...] war [er] ein harmloser Mensch und ließ jeden in Ruh. Er hielt wohl Ansprachen, wie es sein Amt mit sich brachte, er war aber in keiner Weise aktiv für die Partei [NSDAP] eingestellt. Als er im März 1943 in Moischt auf Urlaub war und wir über die damaligen politischen Verhältnisse sprachen, sagte er zu mir: ‚Ich habe genug von der Partei und will nichts mehr mit ihr zu tun haben nach alledem, was ich im Felde gesehen habe.‘ Er meinte damit Vorfälle wie die Erschießung von Kindern im Osten. Er war jedenfalls gegen jeden anständig und gefällig.“⁴⁰⁹

Der Anstreicher Konrad Mahr (1897–1976), der für sich in Anspruch nahm, als „Antifaschist“ zu gelten, legte gleichfalls ein gutes Wort für ihn ein: Preiß habe ihn anständig behandelt, und bei einem Fronturlaub habe er gar geäußert, dass er vom Dritten Reich kuriert wäre.⁴¹⁰ Der 70-jährige Zeuge Heinrich Fischer, der sich ebenfalls als Gegner des Nationalsozialismus bezeichnete, konnte weitere Einzelheiten angeben und erklärte im Oktober 1946, Preiß habe sich schon 1940 von der NSDAP abgewandt und die Kriegsniederlage vorausgesehen, und den

⁴⁰⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 22.

⁴⁰⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. A 5 (27.3.1946), Zeugenaussage Battenfelds vor dem Appellationsgericht Marburg.

⁴¹⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 50, 63.

Angehörigen des bei ihm beschäftigten Polen⁴¹¹ habe er Lebensmittelpakete geschickt, bis dies 1941 nicht mehr möglich war.⁴¹²

Heinrich Lorch wiederum erinnerte sich, der junge Preiß sei von „Hitler [...] völlig eingenommen“ gewesen und fügte hinzu: „Der Betroffene trat schon früh der Partei bei, und darum nehme ich an, dass er für die Partei begeistert war.“⁴¹³ In diesem Sinn äußerte sich auch Heinrich Lauer, und der Invalide Andreas Stöcker (*1900) erklärte: „Auf Grund seiner langjährigen Parteizugehörigkeit wurde er schon als sehr junger Mensch zum Bürgermeister ernannt.“⁴¹⁴ Der Schreiner Johannes Fischer war „der Überzeugung, dass der Betroffene [Johannes Preiß] auf ehrlichem Wege niemals Bürgermeister geworden wäre“.⁴¹⁵

Laut seiner Angabe im Meldebogen sah sich Preiß nach eigener Einschätzung in der Mitläufer-Gruppe IV.⁴¹⁶ Er nahm sich mit dem Marburger Rechtsanwalt Dr. Lutz Göbel (*1911, Hofgeismar) einen Rechtsbeistand. In seinen Einlassungen vom Juli und Dezember 1946 datierte Preiß seinen SA- und NSDAP-Eintritt – wie oben geschildert – auf 1933. Und er beteuerte, er habe am SA-Dienst nur ein Jahr lang teilgenommen. Zum Schulungsobmann seiner Ortsgruppe sei er 1934 (richtig ist: 1933⁴¹⁷) vom Ortsgruppenleiter (Johannes Lorch) ernannt worden, getan habe er als solcher nichts. Die Reichsparteitage habe er nie besucht, und in der evangelischen Kirche sei er geblieben. 1937 wurde er kirchlich getraut. Seine Frau und seine 59-jährige Mutter⁴¹⁸ waren demnach nicht nationalsozialistisch organisiert.⁴¹⁹ Er machte im Dezember 1946 zudem geltend, dass er anderthalb Jahre als „Infanterist [...] in Russland an der vordersten Front“ gestanden habe und schwer verwundet wurde. Seine Kriegserlebnisse hätten ihn verändert: „Ich habe bei der Wehrmacht praktisch Militarismus und Nazismus gelernt und war vollkommen davon geheilt.“⁴²⁰ Preiß bekannte nun: „Mein Glaube an die Partei war politische Unerfahrenheit.“⁴²¹ Heinrich Fischer

⁴¹¹ Czesław Lewandowski war damals landwirtschaftlicher Arbeiter auf dem Hof von Johannes Preiß.

⁴¹² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 25, 60 f., 63RS.

⁴¹³ HHStAW, 520/27, 13199, Bl. 50, 63RS.

⁴¹⁴ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 51

⁴¹⁵ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 51.

⁴¹⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 1RS (Meldebogen).

⁴¹⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 2 (Arbeitsblatt) und 6.

⁴¹⁸ Elisabeth Preiß geb. Wißner (1887–1960).

⁴¹⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 29, 32RS (25.12.1946).

⁴²⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 29RS (25.12.1946), Schreiben an die Spruchkammer Marburg-Land.

⁴²¹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 29.

brachte zum Ausdruck, er könne Preiß, den er von Jugend auf kannte, politisch „nicht belasten“; vielmehr glaubte er, die Belastungen beruhten „heute meist auf persönlichen Feindschaften“.⁴²² Der Pfarrer des Kirchspiels Wittelsberg Eduard Bork⁴²³ machte zugunsten von Preiß neben dessen christlicher Trauung geltend, dass er „sich an Judenverfolgungen und Bekämpfung politischer Gegner nicht beteiligt“ habe.⁴²⁴ Auch der Zeuge Heinrich Mahr,⁴²⁵ der sich im Oktober 1946 als „Antinazi“ bezeichnete und bei der Gemeindewahl am 25. April 1948 für die KPD kandidierte, entlastete Preiß und erwähnte dessen schwere Verwundung im Zweiten Weltkrieg und die seines Vaters im Ersten Weltkrieg.⁴²⁶

Der Öffentliche Ankläger Heinz Güttel⁴²⁷ sah in seiner Klageschrift vom 25. August 1947 für Preiß die Einordnung in die Gruppe II der „Belasteten (als Aktivisten)“ vor, weil er sich aktivistisch und propagandistisch betätigt hatte.⁴²⁸ Dabei folgte er dessen falschen Angaben, wonach Preiß sich (erst) 1933 der NSDAP und SA angeschlossen habe. Nach der Befragung des Angeklagten und von zwölf Zeugen forderte Ankläger Güttel die „Einreihung“ von Preiß in die „Gruppe III der Verantwortlichen als Minderbelasteter mit einer Sühne von RM 2000 und einer Bewährungsfrist von 3 Jahren“. Rechtsanwalt Göbel beantragte für seinen Mandanten hingegen, ihn „als Mitläufer einzureihen“ und ihm wegen seiner Kriegsverletzung „die Weihnachtsamnestie zuzusprechen“. Die Spruchkammer Marburg-Land schloss sich dem Antrag des Anwalts an und kam unter dem Vorsitz von August Jestremsky (*1893) am 9. Oktober 1947 zu dem „Beschluss“, Preiß den Mitläufern zuzuordnen und mit einer geringen Geldbuße von RM 235 zu belegen.⁴²⁹ Dabei galt als strafmildernd, dass Johannes Preiß wie

⁴²² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 60; siehe auch Bl. 25, 63RS.

⁴²³ Eduard Bork (1903, Marburg – 1966, Wittelsberg), Sohn des aus Biedenkopf gebürtigen Justizrats Hermann Bork (1871–1943) in Marburg, studierte 1923–1929 in Marburg und Berlin, dann Vikar in Hersfeld und 1930/31 Prediger am Seminar in Hofgeismar, 1931 in Kassel ordiniert, danach Hilfspfarrer in Hofgeismar, 1931–1933 Hilfspfarrer in Marburg-Ockershausen, seit Mai 1933 Pfarrer in Wittelsberg.

⁴²⁴ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 32RS.

⁴²⁵ Heinrich Mahr (*1907), Maurer, Pfortner; 1937 heiratete er Elisabeth Klingelhöfer (*1897), sie wohnten Nr. 86. Er kehrte im August 1945 aus der Kriegsgefangenschaft zurück.

⁴²⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 22.

⁴²⁷ Heinz Güttel (*1912, Berlin), Bankkaufmann; 1939 Heirat mit Erna Salzmann (*1915), 1940–1945 Kriegsteilnahme, 1943 Geburt der Tochter, von Juni 1946 an als SPD-Mitglied Ermittler und Öffentlicher Kläger bei der Spruchkammer Marburg-Land, wohnte in Münchhausen.

⁴²⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 32.

⁴²⁹ HHStAW 520/27 Nr. 13199, Bl. 59

sein Vater zu 50 Prozent schwerkriegsbeschädigt war. Am 21. Dezember 1947 wurde dies rechtskräftig.

„Als Block- und Zellenleiter war er der erste Mann im Dorf“ – über Martin Cloos

Fast zur gleichen Zeit, als sich Johannes Preiß vor der Spruchkammer Marburg-Land verantworten musste, lief das Verfahren gegen Martin Cloos. Mit Dr. Hans Rautenberg bediente sich Cloos eines versierten Rechtsbeistands. Auf seinem Meldebogen vom 27. April 1946 listete Cloos auf, dass er seit Dezember 1931 Mitglied und von 1936 an „Block + Zellenleiter“ der NSDAP in Moischt und von 1934 an Ortsbauernführer gewesen war. Zudem hatte er von 1933 bis 1935 dem NS-Kraftfahrzeugkorps angehört. Tatsächlich war er wohl schon 1935 Blockleiter, und als Zellenleiter sei er – wie sein Anwalt ausführte – nur vertretungsweise tätig gewesen, weil der Zellenleiter zur Wehrmacht eingezogen war.⁴³⁰ Seine Tätigkeit als „Ortswalter“ in der NS-Volkswohlfahrt zwischen 1936 und 1939 verschwieg er. Auf die Meldebogen-Frage, in „welche Gruppe des [Befreiungs-]Gesetzes“ er sich selbst eingliedere, gab er an: „formell [Gruppe] II, tatsächlich [Gruppe] IV“.⁴³¹ Regierungsinspektor Konrad Block in Marburg bezeugte 1947, Cloos habe gute Beziehungen zu Landrat Krawielitzki unterhalten, der Besuchern den Hof von Cloos als „Musterhof“ vorzuführen pflegte.⁴³² Valentin Lesch, Maschinenschlosser aus Cappel, galt Cloos als „freundlicher und allgemein beliebter Mensch, der Parteigenossen sowie Gegner[n] der Partei stets hilfsbereit entgegengekommen“ sei.⁴³³

Cloos wurde wiederholt zugute gehalten, dass er in den 1930er-Jahren mit jüdischen Deutschen persönlichen und geschäftlichen Umgang hatte. Andererseits berichtete Oberwachtmeister Kothe im Juni 1939 dem Landratsamt, dass der Landwirt Josef Petri in Schröck den „Juden Sally Israel Schaumberg“ aus Schweinsberg eingestellt habe. Bei einer „Rücksprache mit dem Ortsbauernführer Cloos Moischt“ habe dieser nun geäußert, Petri „brauche keine Hilfe“. Cloos wolle „dem Kreisbauernführer darüber berichten. Es sind den Bauern meines Dienstbezirks, die unbedingt Hilfe brauchen, Arbeitsdienstmänner⁴³⁴ durch den Kreisbauernführer vermittelt worden. Es wäre deshalb dem Bauern Petri in

⁴³⁰ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 30.

⁴³¹ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 1+RS.

⁴³² HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 65RS (8.9.1947).

⁴³³ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 9 (9.9.1946).

⁴³⁴ Gemeint sind Angehörige des Reichsarbeitsdienstes.

Schröck möglich gewesen, anstelle des Juden einen Arbeitsdienstmann einzustellen.“

Landrat Hans Krawielitzki vermerkte dazu am 21. Juni 1939, es sollten „keine Arbeitskräfte, auch keine jüdischen, brach liegen. Gegen die Beschäftigung des Juden Sally Israel Schaumberg bei dem Bauern Josef Petri in Schröck, *der ohnehin als Judenknecht bekannt ist*,⁴³⁵ bestehen seitens des Arbeitsamtes keinerlei Bedenken.“⁴³⁶

Nach 1945 sollte Josef Petri (*1888) auf Vorschlag der CDU zum Beirat der Spruchkammer Marburg-Land ernannt werden. In seinem Meldebogen vom Juli 1947 erklärte Petri seine eigene Motivation, in der Spruchkammer tätig zu werden, mit seiner die antijüdische NS-Politik ablehnenden Haltung:

„1939 habe ich einen Juden in meinem Betrieb eingestellt trotz des Einspruchs des Landjägermeisters Bode [Kothe]. Ich habe Familienakten, Vermögenswerte u. Kultgegenstände des Juden Saly Schaumberg, Schweinsberg, bei mir versteckt und sie dem Eigentümer nach seiner Rückkehr aus dem KZ wieder ausgehändigt.“⁴³⁷

Der politische Ausschuss, dem Brunnet, Kornemann und Fendt angehörten, meinte zunächst, Cloos sei „für alle Schandtaten mit verantwortlich. Er hat sich besonders aktiv betätigt durch große öffentliche Reden & Belästigungen von Antifaschisten und Bestrafungen von Antifaschisten, die mit Juden gehandelt haben.“⁴³⁸ Später, am 23. Juni 1946, erklärte aber Brunnet zusammen mit Heinrich Mahr, Cloos sei *kein* Aktivist gewesen, sondern habe „sich gegenüber jedermann als Sozialist benommen“. ⁴³⁹ Einen Monat später mussten Kornemann und Fendt ihrerseits einräumen, dass sie ihre frühere Auskunft nicht mehr durch die Aussage eines Zeugen untermauern könnten, weil „derselbe verstorben ist“. ⁴⁴⁰ Bürgermeister Schröder äußerte sich am 13. Juli 1946 über seinen Vorgänger zunächst auch sehr kritisch und schloss sich damit dieser Beurteilung an:

⁴³⁵ Die hier schräg gedruckten Wörter wurden im Dokument handschriftlich gestrichen.

⁴³⁶ HStAM, 180 Marburg, 3810 (16.6.1939).

⁴³⁷ HHStAW, 501, Nr. 2769, Meldebögen der Spruchkammer-Angestellten der Spruchkammer Marburg Stadt und Land. Sally Schaumberg (*1894) wurde im August 1942 im Lager Lublin-Majdanek ermordet; möglicherweise traf sich Petri 1945 mit dem Sohn Werner Julius Schaumberg (1923, Schweinsberg – 2009, Detroit), der die NS-Zeit überlebte.

⁴³⁸ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 7.

⁴³⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 19.

⁴⁴⁰ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 48. Es handelt sich um Heinrich Bohl, den auch Schröder in seiner Aussage vom September 1947 erwähnt – hier Heinrich „Bohn“ geschrieben, Bl. 74.

„Cloos ist aktiver Nazi. Seit 1931 ist er Mitglied der NSDAP. Als Block- und Zellenleiter war er der erste Mann im Dorf. [...] Bei der Bürgermeisterwahl 1933 setzte mich Cloos als Gemeindevertreter ab. Grund sollte sein: wegen Herabsetzung des Führers.“⁴⁴¹

Allerdings entschied Schröder sich danach wieder um.⁴⁴² Er begründete dies über ein Jahr später damit, dass er an manchem persönlich *nicht* beteiligt gewesen sei und nur von anderen darüber erfahren habe; später hätten diese Gewährsmänner ihre Aussagen teils nicht aufrecht erhalten. Schröder blieb im September 1947 aber dabei, dass Cloos seinen Ausschluss aus der Gemeindevertretung betrieben habe. Am Zustandekommen des Gemeinderats-Beschlusses unter Bürgermeister Johannes Preiss, dass mit Juden Handel Treibende „kein Gemeindeland pachten können“, sei Cloos als „politischer Leiter“ und Angehöriger des Gemeinderats gleichfalls beteiligt gewesen.⁴⁴³ Dennoch geriet Schröder in Erklärungsnot. Der Grund für den „Gegensatz zwischen [s]einen verschiedenen Angaben“ sei, dass „die Leute zunächst immer mit allen möglichen Behauptungen über einen Betroffenen ankommen, nachher aber hierfür nicht mehr geradestehen“.⁴⁴⁴ Schröder versicherte, Cloos habe ihn in keiner Weise unter Druck gesetzt, seine Aussagen zu ändern. Der Schröder Pfarrer Karl Weiß schätzte Cloos dafür, dass er ihn unterstützt hatte.⁴⁴⁵ Auch die Beurteilung der Marburger SPD-Kreisgeschäftsstelle war verständnisvoll. Für Parteisekretär Heinrich Schneider war Cloos ein von ihm geschätzter „sozial denkender und handelnder Mensch“: „In antifaschistischen Kreisen wird Cloos im allgemeinen günstig beurteilt. Er war in erster Linie Mensch und kein Fanatiker.“⁴⁴⁶ Der Schreiner Johannes Fischer, wie Schröder SPD-Genosse, hielt Cloos zugute, dass er sich gegenüber den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern stets anständig und tadellos verhalten habe.⁴⁴⁷ Auch Heinrich Wissebach, KPD-Funktionär aus Cappel, erklärte, er kenne Cloos „sehr gut und lange Jahre!“ Er sei „niemals Aktivist“ gewesen, sondern ein „Sozialist der Tat“.⁴⁴⁸ Laut Auskunft des Kreissekretariats der KPD habe Cloos Kommunisten nie behelligt oder denunziert: „Er hat soviel gutes getan, dass wir

⁴⁴¹ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 7RS.

⁴⁴² Über Schröders Auskunft wurde mit Rotstift notiert: „ungültig!“

⁴⁴³ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 74 f. (18.9.1947).

⁴⁴⁴ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 74 f. (18.9.1947).

⁴⁴⁵ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 21 (1.7.1946).

⁴⁴⁶ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 50 (ohne Datum), gez. H. Schneider.

⁴⁴⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 76.

⁴⁴⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 12 (5.8.1946).

wünschen, dass Herr Cloos wieder voll und ganz eingesetzt wird, weil er stets den Kleinen Leuten geholfen hat.“⁴⁴⁹ Im Widerspruch dazu hielt Ludwig Seufer im Februar 1930 im Landratsamt über den Gutsbesitzer Martin Cloos fest, dass er die 1929 bei ihm polizeilich eingewiesene obdachlose ledige Dienstmagd „Margarethe Ludwig mit ihren Kindern“ loswerden wollte.⁴⁵⁰

An anderer Stelle erwähnt Cloos' Rechtsbeistand Hans Rautenberg, er habe sich bei Pferdeaushebungen geweigert, den Vorschriften zu folgen, und er habe dies „auch gegenüber dem Kreisbauernführer und SS-Sturmführer Hartmann“⁴⁵¹ ausgesprochen“. So habe Cloos verhindert, dass Frauen, deren Männer am Krieg teilnahmen, ihre Pferde abgenommen wurden.⁴⁵² Der neue Gemeinderechner Konrad Kornemann erklärte, Cloos habe ihn nie mit dem Hitlergruß, „sondern stets mit dem Tagesgruß“ begrüßt. Nachdem Cloos bei der Versorgung der zuletzt angekommenen deutschen Flüchtlinge Hilfe geleistet hatte, kam Kornemann im September 1947 zu der Einschätzung: „Sein heutiges Verhalten ist einwandfrei.“⁴⁵³ Pfarrer Karl Weiß in Schröck schätzte Cloos dafür, dass er, als es gleich nach dem Einmarsch der Amerikaner in der Tbc-Klinik Sonnenblick an Nahrung mangelte, mit einer eigenen Lieferung von Lebensmitteln ausgeholfen habe.⁴⁵⁴

Die entlastenden Momente listete Rautenberg in seiner ersten Verteidigungsschrift vom Juli 1946 säuberlich auf, wobei er herausstrich, dass Cloos für Kriegsgefangene eingetreten war und „noch im Jahre 1935 in gesellschaftlicher Verbindung mit Juden stand“.⁴⁵⁵ Er beantragte, Cloos der Mitläufer-Gruppe IV einzureihen und „als Sühnemaßnahme einen einmaligen Betrag zu einem Wiedergutmachungsfond[s]“ vorzuschlagen.⁴⁵⁶

⁴⁴⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 51 (18.9.1946).

⁴⁵⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (13.2.1930).

⁴⁵¹ Gottfried Hartmann (1897, Wülfrath – 1965, Marburg) spielte im Kreis Frankenberg eine große Rolle als Kreisbauernführer und stellvertretender Landrat; 1923/24 Mitglied des Jungdeutschen Ordens, danach der „Schwarzen Reichswehr“, 1931 NSDAP- und 1932 SS-Eintritt (1944 Hauptsturmführer), 1937 für einige Zeit ins Rasse- und Siedlungshauptamt versetzt, von 1945 an im Internierungslager Darmstadt; vor der Spruchkammer als Hauptschuldiger angeklagt, kam er schließlich als Mitläufer davon; von 1952 an Bürgermeister von Haina (Kloster), außerdem war er Vorsitzender des Verbands der Reit- und Fahrvereine von Kurhessen und Waldeck.

⁴⁵² HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 55.

⁴⁵³ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 75RS.

⁴⁵⁴ HHStAW 520/27, Nr. 17803, Bl. 21 (1.7.1946).

⁴⁵⁵ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 29–32 (3.7.1946), hier Bl. 31.

⁴⁵⁶ HHStAW 520/27 Nr. 17803, Bl. 29.

Während das Spruchkammer-Verfahren noch andauerte, beauftragte Cloos einen neuen Rechtsbeistand. An die Stelle von Hans Rautenberg trat im Juli 1947 Dr. Karl Kasperkowitz,⁴⁵⁷ der noch kurz zuvor 1. Vorsitzender der Spruchkammer Marburg-Land gewesen war.⁴⁵⁸ Der Öffentliche Kläger Ernst Hannemann⁴⁵⁹ folgte im August 1947 weitgehend den für Cloos abgegebenen „Entlastungsschreiben“. Dieser habe sich „jederzeit während der ganzen Naziherrschaft als Sozialist gezeigt“. Belastend bliebe seiner Ansicht nach nur der frühe NSDAP-Eintritt und seine Ämter. Daraus ergab sich der Antrag auf Einreihung in die Gruppe III der Verantwortlichen als „Minderbelasteter“, eine finanzielle Sühneleistung von RM 500 und eine zweijährige Bewährungsstrafe.⁴⁶⁰

Kasperkowitz sah in seiner Entlastungsschrift vom September 1947 in Cloos weiterhin einen „Mitläufer“. Er habe, „solange das nur möglich war, mit jüdischen Firmen seine Geschäfte [getätigt] und verkehrte mit Juden so privat, dass er von ihnen zu Familienfeiern eingeladen wurde. Jeglicher Antisemitismus war ihm fremd. Es wird ihm das insbesondere von [Albert] Bauer bestätigt, der selbst Jude ist.“⁴⁶¹

Überdies habe Cloos für die NSDAP gar nicht geworben: „Als er Blockleiter wurde, zählte die Gemeinde Moischt ungefähr 20 Pgs. unter rund 260 Wahlberechtigten, und in der Nachbargemeinde Schröck waren es sogar nur 3 oder 4 Pgs.“ Unter Cloos hätten sich diese Zahlen nicht geändert, und er sei auch nicht Nutznießer einer Unabkömmlichstellung (uk-Stellung) gewesen.⁴⁶²

Im schriftlichen Spruchverfahren wurde Cloos von der Spruchkammer Marburg-Land unter dem Vorsitz von Hans Martzloff⁴⁶³ am 22. Oktober 1947 in die Gruppe

⁴⁵⁷ Dr. Karl Kasperkowitz (1887, Beuthen/Oberschlesien – 1962, Frankfurt/M.), Jurist; Juli 1946 – April 1947 Vorsitzender der Spruchkammer Marburg-Land, 1948 für die CDU in die Marburger Stadtverordnetenversammlung gewählt, dann Bürgermeister (Stellvertreter des Oberbürgermeisters) in Offenbach, im Sept. 1949 nach antisemitischen Äußerungen vom Amt suspendiert. Siehe auch Cramer/Stolper/Wilder, Marburger Rathaus und Nationalsozialismus, S. 340.

⁴⁵⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 56.

⁴⁵⁹ Ernst Hannemann (1889, Glogau/Niederschlesien – 1969, Schleswig), Korvettenkapitän außer Dienst, dann Verwaltungsangestellter; im August 1945 von der Wehrmacht kommend in Kiel, von März 1947 an in Marburg Öffentlicher Kläger der Spruchkammer Marburg-Land, im Sommer 1947 erkrankt, schied er zum Jahresende aus, dann wieder in Kiel, 1951 Heirat mit Elisabeth Reichhardt (*1906, Kiel), zog 1967 nach Leezen bei Bad Segeberg, 1968 nach Bad Oldesloe.

⁴⁶⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 59 f. (14.8.1947, Klageschrift).

⁴⁶¹ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 67–72, hier Bl. 71.

⁴⁶² HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 73.

⁴⁶³ Hans Martzloff (1908-1975), Rechtsanwalt, Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), wohnte in Kirchhain.

der Minderbelasteten eingereicht – und damit eine Geldstrafe von RM 3000 und eine Bewährungsfrist von zwei Jahren verbunden.⁴⁶⁴ Denn als „Bauer No. 1 im Kreise“ sei er immerhin „Exponent des Nationalsozialismus“ und „Sprecher der Nazis“ in der Gemeindevertretung gewesen, der Schröder von der Bürgermeister-Wahl ausschloss. Andererseits war er „stets gerecht und hilfsbereit“, ja er sei „jedem Versuch eines Unrechts mutig entgegengetreten“ und habe insbesondere kirchliche Belange unterstützt: den Gottesdienstbesuch und die kirchliche Trauung der in Moischt beschäftigten Polen; auch seine Verteidigung des katholischen Pfarrers in Schröck zeige, dass er „doch in erster Linie Mensch war“.⁴⁶⁵

Kasperkowitz stellte daraufhin fest, dass sein Mandant sich „nicht erst noch zu bewähren“ brauche und forderte unter Berufung auf eine zwischenzeitliche Gesetzesänderung, die kürzere Bewährungszeiten ermöglichte, die Bewährungsfrist auf drei Monate zu verkürzen. Denn Cloos habe „seit Kriegsende eindeutig bewiesen, dass er sich von den Gedanken des Nationalsozialismus abgewendet“ habe und mittlerweile Demokrat geworden sei.⁴⁶⁶ Die Berufungskammer Marburg unter Vorsitz von Gustav Wallach⁴⁶⁷ entschied dann am 14. April 1948, dass für den als Minderbelasteten Eingestuften die verkürzte „Bewährungsfrist abgelaufen ist“ und er nunmehr „als Mitläufer“ gelte.⁴⁶⁸

Der zum Demokraten Gewandelte war von 1952 bis 1972 abermals Bürgermeister von Moischt und danach noch drei Jahre lang Ortsvorsteher.⁴⁶⁹ Zugleich war er von 1956 bis 1974 im Kreisausschuss tätig.⁴⁷⁰ In einer Untersuchung über die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger aus den Kreistagen im heutigen Landkreis Marburg-Biedenkopf heißt es im Biogramm von Martin Cloos bedauernd, dass im Vergleich mit dessen Vetter Ludwig Cloos (*1896) aus Dreihausen „Martin Cloos eine spürbare Bestrafung

⁴⁶⁴ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 82–83RS.

⁴⁶⁵ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 81RS–82.

⁴⁶⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 78 (28.10.1947).

⁴⁶⁷ Gustav Wallach (1879, Berlin – 1964, Marburg), Verwaltungsbeamter; galt im Nationalsozialismus über seine Großeltern als „zu 2/4“ jüdischer Abstammung, sein Vater war der aus Bromberg gebürtige Heinrich Wallach (1843–1923), seine Mutter Klara Kahle (1850–1933); 1934 trat er in den vorzeitigen Ruhestand, lebte danach von seinem Vermögen im eigenen Haus in Wesermünde, ab September 1939 in Marburg, weil seine Kinder studierten; nach 1945 als ehemaliger Regierungsrat in der Spruchkammer Marburg tätig; seine Ansprüche auf Entschädigung wegen Schaden an Vermögen wurden 1957 abgewiesen.

⁴⁶⁸ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 96.

⁴⁶⁹ Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 78.

⁴⁷⁰ Siehe Kleinert, NS-Vergangenheit, S. 49, 53, 57, 59, 99 f., 108 f., 140.

und einen nicht unerheblichen Eingriff in sein berufliches Leben hinnehmen musste^{.471} Wie in ähnlichen Fällen wurde übrigens seine Akte 1976 vom Regierungspräsidenten in Kassel eingesehen, als Cloos der Verdienstorden der Bundesrepublik verliehen werden sollte.

2. Neuanfänge und das Ringen um Gerechtigkeit

Als letzter vor 1933 gewählter Bürgermeister Moischts kam Johannes Battenfeld nach dem Einmarsch der Amerikaner für das Amt abermals infrage, da er nicht NSDAP-Mitglied und ebenso wenig in einer anderen NS-Organisation gewesen war.⁴⁷² Sein Wort hatte gleich nach dem Systemwechsel besonderes Gewicht. In seinen Augen hatte Martin Cloos sich nicht aktivistisch und propagandistisch betätigt, sein Handeln habe statt auf nationalsozialistischer auf christlicher Gesinnung beruht. In diesem Sinn habe er ihn 1945 „als Bürgermeister sehr unterstützt. Hauptsächlich beim Rückzuge nach dem 28. März 45 an Freund und Feind sehr viel Gutes getan bei der Unterbringung und Speisung der Obdachlosen und Durchziehenden“.⁴⁷³

Battenfeld fühlte sich aufgrund seines Alters nicht in der Lage, das ihm 1945 aufgedrängte Bürgermeisteramt länger als nötig auszuüben und ließ sich gleich nach der Wahl Peter Schröders zum Bürgermeister Mitte Februar 1946 von seinem Amt entbinden.⁴⁷⁴ Johannes Battenfeld starb im Jahr 1952.⁴⁷⁵

In den Gemeinderatswahlen vom Januar 1946 erzielte die SPD in Moischt die meisten Stimmen. Peter Schröder gehörte der SPD an und wurde von den Gemeindevertretern am 12. Februar 1946 „einstimmig zum Bürgermeister [...] gewählt“. Neben ihm wurden Heinrich Menche als 1. Beigeordneter und Johannes Fischer als 2. Beigeordneter tätig.⁴⁷⁶ Im April 1946 kam es überdies zur Ablösung

⁴⁷¹ Kleinert, NS-Vergangenheit, S. 108 f. Ludwig Cloos gehörte von 1946–1948 und 1952–1960 dem Kreistag an. Was die beiden Verwandten miteinander verband, waren somit auch ihre politischen Vorlieben in den Nachkriegsjahren, denn Ludwig Cloos trat als Gründungsmitglied des Kreisverbands der CDU hervor, und diese Partei brachte ihn im Juni 1946 als Beisitzer der Spruchkammer Marburg-Land in Vorschlag; HHStAW, 501, Nr. 2769.

⁴⁷² Battenfeld gehörte von 1934 bis 1943 einzig dem „N.S. Kriegerbund“ an und hatte sich, wie er am 1.5.1946 auf seinem Meldebogen bekannte, „politisch nicht betätigt“; HHStAW, 520/ML, Nr. 4685/46.

⁴⁷³ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 20 (26.6.1946).

⁴⁷⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444.

⁴⁷⁵ StadtAMR–GM, Nr. 44, Einwohnerkartei.

⁴⁷⁶ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444. Siehe auch Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 233.

des bisherigen Gemeinderechners Konrad Battenfeld.⁴⁷⁷ Da er als nicht bedürftig galt, wurde er durch den Zimmermann Konrad Kornemann, einen SPD-Genossen, ersetzt.⁴⁷⁸

Die politischen Gegensätze zwischen jenen, die beim Nationalsozialismus engagiert mitgemacht und denjenigen, die ihm reserviert gegenübergestanden hatten, bestanden über den Macht- und Systemwechsel von 1945 hinweg fort. Viel übel genommen wurde besonders dem ersten der unter dem Nationalsozialismus eingesetzten Bürgermeister – Johannes **Preiß**. Hatte er doch – wie sich über ein Jahrzehnt später noch manche mit Groll erinnerten – in einer Rede 1935 dessen Gegner als „Untermenschen“ verunglimpft.⁴⁷⁹ Dies entsprach dem Stil der NS-Presse, darunter der Hessischen Volkswacht, welche die Anhängerschaft der Linksparteien seit Längerem als „Untermenschentum“ herabzusetzen pflegte.⁴⁸⁰ Der politische Ausschuss stellte 1946 fest, dass Preiß „in seiner Eigenschaft als Ortsgruppenschulungsleiter öffentlich Reden gehalten hat und in diesen politisch Andersdenkende als Untermenschen bezeichnete“. Auch Schröder erinnerte sich gut daran.⁴⁸¹ Heinrich Mahr aber entlastete Preiß als Zeuge und erwähnte das Wort nicht. In ihrem Beschluss vom 9. Oktober 1947 kam die Spruchkammer aber mehrmals darauf zurück.⁴⁸² Unter anderem sagte Schreiner Johannes Fischer aus, Preiß habe „stets den Standpunkt“ gehabt, dass „diejenigen, die gegen die Partei stimmten, Untermenschen waren“.⁴⁸³ Allerdings bemerkte die Spruchkammer, dass „die Belastungszeugen ihre früher gemachten Aussagen abschwächten bzw. so verbesserten, dass sie den Betroffenen nicht mehr belasten konnten“. Fischer erklärte beispielsweise nurmehr: „In *einer seiner Reden* sagte er, dass die Leute, die gegen die Partei stimmten, Untermenschen wären.“⁴⁸⁴ Ein Zeuge versuchte zu erklären, dass

⁴⁷⁷ Bei der Gemeindewahl am 25.4.1948 kandidierte er für die Liberal-Demokratische Partei (LDP).

⁴⁷⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444 (10.4.1946).

⁴⁷⁹ Die OZ verwendete den Begriff schon am 18.1.1929 in einem begeisterten Bericht über eine Werbeveranstaltung des nationalsozialistischen Kampfbunds für deutsche Kultur mit dem Thema „Bolschewisierung der deutschen Kultur“, siehe Rosemarie Mann, Entstehung und Entwicklung der NSDAP in Marburg bis 1933, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 22 (1972), S. 254–342, hier S. 283 Anm. 155.

⁴⁸⁰ 1942/43 benutzt die Widerstandsgruppe Weiße Rose den Begriff in ihrem 5. Flugblatt in der das Hitler-Regime entlarvenden Zusammensetzung „nationalsozialistisches Untermenschentum“.

⁴⁸¹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 32+RS.

⁴⁸² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 59RS, 60.

⁴⁸³ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 60.

⁴⁸⁴ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 63. Hervorhebung K.-P. F.

Preiß mit „Untermenschentum“ gemeint habe, dass „es noch Leute gäbe, die versuchten, das Gute zu untergraben“.⁴⁸⁵

Auch Martin Cloos konnte Nutzen daraus ziehen, dass einige Gegner des Nationalsozialismus, die ihn zunächst sehr ungünstig charakterisiert hatten, alsbald zu einer verständnisvolleren und ihm gegenüber freundlicheren Einschätzung gelangten. Schröder teilte der Spruchkammer am 11. Juli 1947 mit, er habe im Oktober 1946 mit weiteren Sozialdemokraten – Konrad Kornemann, Johannes Fischer und Otto Grimm – eine „Aussprache“ mit Cloos gehabt und nehme dank dessen seine erste Aussage zurück.⁴⁸⁶ Auf anderthalb engbeschriebenen Seiten führten sie nun als Ergebnis des offenbar harmonischen Zusammentreffens zahlreiche entlastende Momente zugunsten von Martin Cloos an.⁴⁸⁷ Damit erleichterten sie es ihm, als Mitläufer davonzukommen.

Aus heutiger Sicht war er dies aber genau so wenig wie sein Vorgänger Johannes Preiß. Vielmehr hatten die beiden nationalsozialistischen Bürgermeister durch ihren frühen Eintritt in die Hitler-Partei dem Nationalsozialismus Vorschub geleistet und die Durchsetzung seines Machtanspruchs mitverantwortet. Durch ihr Amt waren sie zudem dessen lokalpolitische Repräsentanten. Freilich, wie ein Widerspruch mutet heute an, was „Erbhofbauer“ Franz Bohl 1946/47 von sich behauptete: „Ich bin am 1. Mai 1933 in die Partei eingetreten.“ Denn in seinem Meldebogen hatte er im Jahr zuvor erklärt: „Es ist in meiner Heimat allgemein bekannt, dass ich immer Gegner der N.S.D.A.P. war und kann dieses durch Zeugen beweisen.“⁴⁸⁸ Anfang 1948 reihte die Spruchkammer auch ihn unter die Mitläufer ein.⁴⁸⁹ 1952 wurde er von der Moischer Gemeindevertretung zum 1. Beigeordneten gewählt.⁴⁹⁰ Auch der schon erwähnte frühere HJ-Funktionär Konrad Staubitz (1916–1996) war 1952 unter Bürgermeister Cloos als Gemeindevertreter tätig.⁴⁹¹

Im Fall der Familie Nau aus Moischt Nr. 50 stellte sich eine Annäherung zwischen Belastungszeugen und Betroffenen zunächst noch nicht ein. Zimmermann Heinrich Nau (1902–1946) war 1933 in die NSDAP und SA eingetreten und stieg

⁴⁸⁵ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 60RS, mit Bezug auf eine ähnliche Aussage von Konrad Kornemann, Bl. 62RS.

⁴⁸⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 6.

⁴⁸⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 17803, Bl. 4 f.

⁴⁸⁸ HHStAW, 520/27, 4152 (27.4.1946, 14.11.1947).

⁴⁸⁹ HHStAW, 520/27, 4152 (8.1.1948, 3.2.1948)

⁴⁹⁰ Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 234.

⁴⁹¹ Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 234.

zum SA-Scharführer auf.⁴⁹² Anfang 1945 war er bei den Bau-Pionieren des Ersatz-Bataillons Nr. 9 eingesetzt. Am 15. Mai 1946 ist er in Marburg tödlich verunglückt.⁴⁹³ Verheiratet war er mit Elisabeth Nau geb. Mahr (*1901). 1946 kam es zu einem Konflikt zwischen der Witwe und Bürgermeister Schröder. Im August 1946 erhob Elisabeth Nau beim Landratsamt Beschwerde, dass ihr Ackergrund entzogen werde. Dazu erklärte Schröder, der Moischer Sportplatz musste verlängert werden und Nau habe deswegen ihr daran angrenzendes Pachtgrundstück abtreten müssen. Schröder bezeichnet die Familie Nau als Nutznießer des Dritten Reichs, die 25 ar erhalten habe: „Die Familie Nau ist eine alte Nazifamilie, so hat sich z.B. Frau Nau geäußert, dem Führer müsste man Hände und Füße küssen.“⁴⁹⁴ Nach längerem Hin und her einigte man sich im März 1947 schließlich darauf, dass Witwe Nau von der Gemeinde ein Ersatzgrundstück erhielt.⁴⁹⁵

Wie ging man gleich nach dem Ende der NS-Herrschaft mit jenen um, die sich politisch nicht so eindeutig verorten ließen? Zu diesen muss wohl der Anstreicher Konrad Mahr gezählt werden. Der Sohn eines Tagelöhners heiratete 1920 Elisabeth Luise Sauer (*1897) aus Rauschholzhausen, einer der Trauzeugen war Peter Schröder. Das Ehepaar Mahr wohnte Moischt Nr. 40. Konrad Mahr gehörte keiner NS-Organisation an.⁴⁹⁶ Im Herbst 1935 kam Mahr in Konflikt mit der NS-Justiz. Als Mitglied des Moischer Gesangsvereins betrank er sich nach einem Wertungssingen in Wittelsberg und machte daraufhin als staatsfeindlich wahrgenommene Äußerungen. Deswegen angeschuldigt, gab Mahr eine Erklärung ab über „die Worte, die mir in den Mund gelegt wurden“: Er entschuldigte sich und beteuerte, er habe zwar früher „sozialdemokratisch gewählt“, habe sich „dann aber sofort im Jahre 1933 umgestellt und [sei] der Deutschen Arbeitsfront als zahlendes Mitglied beigetreten. Auch mein 13-jähriges Mädels⁴⁹⁷ ist auf meine Veranlassung hin dem BDM. beigetreten. [...] Ich bin heute innerlich aus Überzeugung Nationalsozialist [...]“ Trotz dieser Versicherung wurde Mahr „auf das schärfste verwahrt“.⁴⁹⁸

⁴⁹² HStAM, 180 Marburg, Nr. 4444. Auf seinem Meldebogen gab er am 26.4.1946 an, er habe 1935–1938 NSDAP und SA angehört; HHStAW, 520/27, Nr. 18492.

⁴⁹³ HHStAW, 520/27, Nr. 18492.

⁴⁹⁴ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (5.8.1946, 14.9.1946).

⁴⁹⁵ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004.

⁴⁹⁶ HHStAW, 520/ML, Nr. 57196/47.

⁴⁹⁷ Gemeint ist seine erstgeborene Tochter Juliane Elisabeth (*29.10.1921).

⁴⁹⁸ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004 (16.11.1935, 19.11.1935).

1945 bezeichnete sich Mahr als „Antifaschist“ und nahm für sich in Anspruch, stets SPD-Mann gewesen zu sein. Von 1946 an gehörte er der Gemeindevertretung an.⁴⁹⁹ In mehreren Spruchkammer-Verfahren gegen nationalsozialistisch Belastete aus Moischt trat er nun als Entlastungszeuge auf. So unterstützte er im Juli 1947 die Lehrersgattin Aenne Plettenberg, die sich seit 1933 in der NS-Frauenschaft engagiert hatte – und merkte dabei an: „Ich bin Mitglied der sozialdemokratischen Partei und war es auch früher [...]“.⁵⁰⁰ Dass er sich zwischenzeitlich – von 1935 an – eine andere politische Identität zugelegt hatte, verschwieg er.

Auch für den ehemaligen Bürgermeister Johannes Preiß 1947 trat Mahr als Zeuge auf und erklärte, dieser habe „seine Geschäfte gerecht und zuverlässig“ ausgeführt: „Mir als Antifaschist und meiner Familie war er in meiner Abwesenheit im Krieg sehr hilfsbereit und in jeder Beziehung zuvorkommend.“⁵⁰¹ Und er fügte hinzu: „Ich konnte mich ihm gegenüber offen aussprechen, ohne befürchten zu müssen, von ihm angezeigt zu werden.“⁵⁰²

Im Juni 1946 äußerte sich Konrad Mahr auch als Zeuge im Spruchkammer-Verfahren von Martin Cloos, dem er bescheinigte, dass

„er in den Jahren des Nationalsozialistischen Aufbaues nie Aktivistisch oder Propagandistisch sich gezeigt hat, dass er immer eine sozialistische Gesinnung hatte und niemals Nationalsozialistisch gehandelt hat, kann wohl kein Bürger sagen. [...] Er hat stets Reue gehabt, über den Eintritt in die Partei.“⁵⁰³

Bei der Gemeindewahl am 25. April 1948 kandidierte Konrad Mahr für die KPD. Als 1952 Cloos abermals die Bürgermeistergeschäfte übernahm, wurde Mahr neben ihm als 2. Beigeordneter tätig. Er wurde noch dreimal in die Gemeindevertretung gewählt und war bis 1968 Beigeordneter.

Anderen blieb solch ein lokalpolitischer Aufstieg verwehrt. Der frühere KPD-Funktionär Brunnet erhielt gleich nach dem Ende des NS-Regimes zumindest eine Anstellung als Bahnarbeiter. Auch machte er Entschädigungsansprüche geltend. Infolge seiner Haftzeiten sei ihm durch entgangene Arbeitsleistung und Nichtwiedereinstellung beim vorherigen Arbeitgeber ein Schaden von RM 1250 entstanden. Er benannte als Zeugen u. a. Johannes Preiß, Martin Cloos und Heinrich Mahr. Indes lehnten die Sachbearbeiter Max Mayr und Goethe im

⁴⁹⁹ Siehe Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 233.

⁵⁰⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 13148, Bl. 13 (9.7.1947).

⁵⁰¹ HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 50 (17.1.1947).

⁵⁰² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 63 (9.10.1947).

⁵⁰³ HHStAW, 520/27 Nr, 17803, Bl. 23 (23.6.1946), wörtlich zitiert nach dem Original.

Kasseler Regierungspräsidium seinen Anspruch bestimmungsgemäß ab, denn die Haftzeit(en) waren zu kurz, um entschädigungsfähig zu sein, und die ungünstigen beruflichen Folgen seien nicht belegt.⁵⁰⁴

Über das Ende des NS-Staats hinaus blieb der Bereich der Erziehung umstritten. Die Gemeindevertretung nahm hier am 26. Februar 1946 eine klare Haltung ein und beschloss mit großer Mehrheit, die Weiterbeschäftigung beider Lehrer – Justus Nau und Adolf Plettenberg – abzulehnen.

Heinrich Brunnet erhob, was einen seiner Söhne anbetraf, Vorwürfe gegen den Lehrer Adolf Plettenberg (1897, Sachsenberg – 1970). Dieser bediente sich körperlicher Strafen bei den 11-12 Jahre alten Jungen, die er in der Klasse exerzierte. In seiner Aussage vor der Spruchkammer im Dezember erklärte Heinrich Brunnet:

„Er war bekannt dafür, dass er in der Schule die Prügelstrafe über das übliche Maß hinaus anwendete. Gelegentlich eines Heimaturlaubs erzählte mir meine Frau, dass etwa 4 Wochen vorher Plettenberg unsern Sohn Heinrich schwer misshandelt hätte. Meine Frau sagte mir, dass er von der Misshandlung her längere Zeit noch blaue und schwarze Flecken gehabt hätte. Der Junge soll die Prügel bekommen haben, weil er in der Schule irgendeinen Streich verübt haben sollte.“⁵⁰⁵

Brunnet war aufgefallen, „dass es die Kinder von Antifaschisten waren, die in der Schule bei Herrn Plettenberg einen schlechten Stand hatten“.⁵⁰⁶

Lehrer Plettenberg hielt es in der öffentlichen Sitzung im Januar 1947 seinerseits „für paradox“, dass Brunnet nun

„als Antifaschist auftritt. Er hat sich immer ziemlich propagandistisch für den Nationalsozialismus aufgeführt. Er trug voller Stolz seine Uniform. Um die Stellung beim Bekleidungsamt in Marburg zu bekommen, die eine Vertrauensstellung war, hat er die politischen Führer sehr in Anspruch genommen. Er hatte bei Veranstaltungen das bestgeschmückte Haus.“⁵⁰⁷

Brunnet stellte richtig, dass er eine „Werkschutzuniform“ getragen habe, außerdem in den Genuss der Kinderreichenbeihilfe gekommen sei.⁵⁰⁸

Kornemann hatte sich im Dezember 1946 seitens des politischen Ausschusses ausführlich zu Wort gemeldet. Er hielt das ganze Verfahren gegen Adolf

⁵⁰⁴ HHStAW, 518, Nr. 1090.

⁵⁰⁵ HHStAW, 520/27, Nr. 4140 (14.12.1946). Krause, 1151 – Beltershausen – 2001, berichtet S. 65–67 aus Beltershausen über den dortigen Lehrer Konrad Dippel, der Schüler ebenfalls zu ohrfeigen pflegte; siehe auch S. 87–90 über das Schulleben und die Rolle des Lehrers um die Mitte des 20. Jahrhunderts.

⁵⁰⁶ Ebenda.

⁵⁰⁷ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 83 (27.1.1947).

⁵⁰⁸ Ebenda.

Plettenberg für problematisch, weil die Zeug(inn)en „nicht ihr[e] eigene Meinung zum Ausdruck“ brächten.⁵⁰⁹ Unter anderem kommentierte er das Dilemma von Belastungszeugen wie Brunnet. Demnach glaubte Kornemann, dass „das nationalsozialistische Komplott nach wie vor besteht. Die stehen felsenfest zusammen, und die Entlastungszeugen fallen alle selbst unter das Gesetz. Den Zeugen Brunnet kann ich nicht als Nationalsozialisten bezeichnen. Ich verdamme es nur, dass er damals nach seiner Verhaftung umgeschwenkt ist und die [nationalsozialistische] Fahne hisste.“

Plettenberg reagierte darauf mit Gegenbeschuldigungen und behauptete: „Der Zeuge war gar nicht so ablehnend dem Nationalsozialismus gegenüber, wie er heute tut. Er ist auch wie alle anderen hinter der Fahne hermarschiert und hat versucht, mehr als einen politisch umzukrempeln!“ Letzteres bestritt Kornemann ganz entschieden, räumte aber ein, dass auch er „hinter der Fahne hermarschiert“ sei. Und er ärgere sich, „nicht noch mehr mitgemacht zu haben, denn dann könnte ich noch besseres Beweismaterial der Spruchkammer bringen“.⁵¹⁰

Unterstützt von einigen Dorfbewohnern gelang es dem Lehrer, jene Belastungszeugen, die gegen ihn auszusagen wagten, mit Gegenbeschuldigungen in Misskredit zu bringen. Was sich für ihn am Ende auszahlte, denn die Spruchkammer folgte seiner Argumentation.

Aus dem Jahr 1933 herrührende Verletzungen wirkten hier offenbar nach. Als einen abtrünnig Gewordenen, der „sich seinerzeit aus Feigheit in einem fremden Dorf zur Partei [NSDAP] angemeldet“ habe, erschien der Lehrer dem SPD-Mann Kornemann.⁵¹¹ Doch anders als Kornemann es sich zurechtlegte, waren Entlastungszeugen der Moischer Nazis nicht nur jene, die selbst NS-Organisationen angehört hatten. Die Spruchkammer hielt Plettenberg zugute, dass er vor 1933 der DDP nah gestanden habe.⁵¹² Dass der SPD-Mann Konrad Mahr für frühere NS-Aktivisten sehr viel Verständnis zeigte, wurde schon erwähnt. Und so behauptete er nun auch zugunsten von Lehrer Plettenberg, er habe sich für den Nationalsozialismus nicht „besonders betätigt“. Und Zimmermann Johann Konrad Preiß (1891–1977) setzte sich schon im September 1945 dafür ein, dass der Lehrer an der Moischer Schule wieder eingesetzt

⁵⁰⁹ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 62 (17.12.1946).

⁵¹⁰ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 82.

⁵¹¹ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 48 d.

⁵¹² HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 79.

werde.⁵¹³ In Beltershausen verwandte sich für Plettenberg Bürgermeister und Kreisbauernschaftsvorsteher Johannes Nau, ein 1933 von den Nationalsozialisten verfolgter Kommunist. Denn er sei „in Moischt, wo eine starke Naziclique herrschte [...], damals gezwungen [gewesen], in die Partei einzutreten“. Nau kommt zu dem Schluss, dass der Lehrer „sich nie politisch betätig[t]“ habe, als er 1942 an der Beltershäuser Schule tätig gewesen war.⁵¹⁴ Der *Prüfungsausschuss für die Wiedereinstellungsgesuche entlassener Lehrpersonen* erklärte, Plettenberg sei wie Justus Nau 1933 von Bürgermeister Battenfeld geraten worden, in die NSDAP einzutreten; da ihm dies in Moischt verweigert worden sei, sei er in Cappel eingetreten.⁵¹⁵ Battenfeld sagte in seiner Vernehmung aber nichts darüber.⁵¹⁶

Auch über die nationalsozialistischen Erziehungsmethoden außerhalb der Schule kam es 1947 zum Streit, diesmal zwischen Bürgermeister Peter Schröder und dem vormaligen örtlichen HJ-Führer **Heinrich Böttner**. Dieser pflegte im HJ-Dienst offenbar den ihm anvertrauten Kindern und Jugendlichen körperliche Gewalt anzutun. Er habe als Rottenführer beim Jungvolk „die ihm unterstellte Jugend wiederholt geschlagen“, hielt der Bürgermeister im August 1947 fest.⁵¹⁷ Fendt und Kornemann vom politischen Ausschuss erklärten, Böttner habe sich in der HJ „sehr aktiv betätigt und Eltern mit Strafe gedroht, die ihre Kinder vom H.J.-Dienst fernhalten wollten“.⁵¹⁸

Im Oktober 1947 räumte Böttner zunächst ein, dass er bei entsprechendem Anlass Ohrfeigen verteilt habe. Er erinnerte sich daran, dass er den damals etwa 13-jährigen „Hitlerjungen Hans Schröder“ einmal geohrfeigt habe, weil er sich bei einem Fußballspiel „ständig roh benommen“ habe.⁵¹⁹ Daraufhin sei er mit dem Vater des Jungen aneinandergeraten. Peter Schröder stellte den HJ-Führer Böttner nach einem Besuch im Wirtshaus zu Rede, und es kam zu einer Rangelei. Böttner berichtete darüber in seiner Vernehmung wie folgt: „Als ich abends aus der Wirtschaft kam, ging der Vater Peter Schröder hinter mir her und hat mich zu schlagen versucht. Ich habe die Schläge abgewehrt, doch einmal hat er mich an

⁵¹³ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 13 (19.9.1945).

⁵¹⁴ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 6 (21.9.1945).

⁵¹⁵ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 9 (2.6.1946).

⁵¹⁶ HHStAW, 520/27, Nr. 4140, Bl. 48 d.

⁵¹⁷ HHStAW, 520/ML, Nr. 47355, Bl. 3.

⁵¹⁸ HHStAW, 520/ML, Nr. 47355, Bl. 5.

⁵¹⁹ HHStAW, 520/ML, Nr. 47355, Bl. 10.

der Backe getroffen.“ Wie Böttner versicherte, habe er ansonsten angeblich „keinen Hitlerjungen geschlagen“.⁵²⁰

In seinem späteren „Einspruch gegen die Klageschrift“, mit der seine Einstufung unter die „Verantwortlichen“ der Gruppe III gefordert wurde, bestritt Böttner dann grundsätzlich, die ihm untergebenen Jungen geschlagen zu haben.

Allerdings erinnerte er sich an einen Vorfall im HJ-Dienst: Bei einem Fußballspiel habe er Schröders Jungen „wegen ‚rohen Spieles‘ vom Platze gestellt“, und am Rand des Platzes habe Hans Schröder dann aus den Sachen von Böttner dessen Zigaretten entwendet,

„worauf er von mir eine Ohrfeige erhielt. Der Vater von Schröder lauerte mir auf, als ich vom Dienst nach Hause ging und schlug zu mir hinein. Dieser Vorfall hatte mehrere Augenzeugen, die jedoch nicht benannt werden wollen, da sie sich nicht mit dem Bürgermeister [an]legen wollen, um von ihm keine Nachteile zu haben. Die gesamten Anschuldigungen dürften nur auf persönlichem Hass Schröders fußen. Da er 1930 wegen Tätlichkeit gegen meinen Vater⁵²¹ gerichtlich verurteilt und bestraft wurde, steht er seit dieser Zeit meiner Familie feindlich gegenüber.“⁵²²

Was hier zuletzt behauptet wird, deckt sich allerdings nicht mit den Tatsachen. Unter der Militärregierung befand sich Nikolaus Böttner von September 1945 bis April 1946 in Internierungshaft. Bei der Entnazifizierung bestand der nahe liegende Verdacht, Böttner sei „eifriger Nationalsozialist“ gewesen und habe „an allen Versammlungen und Aufmärschen teilgenommen“.⁵²³ Über seinen Sohn Heinrich, der eine Buchbinderlehre machte, bestand aber Kontakt zum Gewerkschaftssekretär Otto Grimm.⁵²⁴ In seinem Leumundszeugnis hielt er Nikolaus Böttner im Oktober 1946 nicht für einen „aktiven Nationalsozialisten“, er attestierte ihm vielmehr eine „sozialistische Einstellung“, und auch SPD-Genosse und Bürgermeister Peter Schröder entlastete ihn ebenso wie der „Antifaschist“ Heinrich Mahr.

Bei seiner Entnazifizierung kam Heinrich Böttner nach Berufung und dank anwaltlichen Beistands durch Lutz Göbel im Juli 1948 in den Genuss einer Jugendamnestie und galt schließlich als vom Befreiungsgesetz „nicht betroffen“. Ungeachtet des gespannten Verhältnisses zu Schröder trat Böttner übrigens

⁵²⁰ Ebenda.

⁵²¹ Nikolaus Böttner.

⁵²² HHStAW, 520/ML, Nr. 47355, Bl. 13 (17.12.1947).

⁵²³ HHStAW, 520/27, Nr. 13303 (5.8.1947), Arbeitsblatt.

⁵²⁴ Otto Grimm (1903, Wernigerode – 1966, Schönstadt), Schriftsetzer, Vorsitzender der SPD und des Reichsbanners in Marburg, Sekretär des Freien Gewerkschaftsbunds.

später der SPD bei und war für diese von 1960 bis 1968 in der Moischer Gemeindevertretung⁵²⁵ und außerdem Vorsitzender des SPD-Ortsvereins???. Er starb 1986 in Stadtallendorf.

Auffällig ist, dass mehrere Eltern 1946 – nachdem der bei Kriegsende unterbrochene Schulbetrieb gerade wieder begonnen hatte – den Antrag stellten, ihre Kinder von der Schulpflicht vorzeitig zu befreien. So bemühte sich Konrad Lauer darum, seine Tochter nach dem 8. Schuljahr abzumelden, da seine Frau im Sommer 1940 gestorben war und er mit vier unmündigen Kindern allein dastehe, wobei er 25 ha Acker und 4 ha Wald besorgen müsse.⁵²⁶ Luise Preis (1912–1995), Hahnerheide Nr. 6, beantragte die vorzeitige Schulentlassung ihres Sohns, und erklärte, „der bei mir beschäftigte Soldat aus dem Osten ist ohne jegliche landwirtschaftliche Kenntnisse und mein Mann befindet sich noch in russischer Kriegsgefangenschaft“.⁵²⁷ Auch Gastwirt Wilhelm Weber stellte einen Antrag auf Schulentlassung seiner 1931 geborenen Tochter.⁵²⁸

Dass mit der Niederwerfung des NS-Regimes die Naziideologie noch nicht aus den Köpfen war, zeigt ein Vorfall bei Gastwirt Weber. Zwei Wochen, bevor sich das Dorf anschickte, mit zahlreichen Besuchern die 700-Jahrfeier von Moischt freudig zu begehen,⁵²⁹ war Webers landwirtschaftlicher Gehilfe Albert Schezinsky durch unbedachte Äußerungen aufgefallen. Daraufhin wurde ihm Verherrlichung von Adolf Hitler vorgeworfen.⁵³⁰ Erst am 2. September 1948 hieß es dann, den Äußerungen sei „keine politische Bedeutung beizumessen“ und sie seien bloß „unüberlegtes Geschwätz“.⁵³¹

Solche Zwischenfälle gehören allerdings schon zur langen Nachgeschichte des Nationalsozialismus, die darüber handelt, wie mit den Erfahrungen der von Hitler angeführten und von so vielen unterstützten Diktatur umgegangen wurde.

AUSBLICK

⁵²⁵ Seelig/Krause/Zekl, Moischt, S. 235 f.

⁵²⁶ StadtAMR–GM, Nr. 65 (14.2.1946).

⁵²⁷ StadtAMR–GM, Nr. 65 (12.2.1946).

⁵²⁸ StadtAMR–GM, Nr. 65 (26.2.1946).

⁵²⁹ Am 12. und 13.6.1948.

⁵³⁰ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004.

⁵³¹ HStAM, 180 Marburg, Nr. 4004.

Das hessische Dorf Moischt war beim Übergang zum Nationalsozialismus nicht Schauplatz offener Gewalt zwischen verfeindeten politischen Gruppierungen. Späterhin kam es hier auch nicht zu barbarischen Strafaktionen an Angehörigen der vom Nationalsozialismus unterjochten Nationen, geschweige denn zu der menschenverachtenden Ausbeutung, wie sie gegenüber den zur Arbeit in der Allendorfer Rüstungsproduktion Verschleppten praktiziert wurde. Insgesamt gesehen scheinen die hier betrachteten etwa anderthalb Jahrzehnte in Moischt somit merklich milder verlaufen zu sein.

Aber der wenig kompromissbereit ausgetragene Streit um ein Sachthema drohte schon in der Weimarer Demokratie die Lokalpolitik lahmzulegen. Vielleicht hat man sich auch deswegen noch in der nachnationalsozialistischen Zeit so gut an die vorgelagerten Streitigkeiten erinnert – an das, was von den politisch Aktiven noch in der Rückschau als Zerwürfnis und Spaltung der Gemeinde, als lokalpolitischer Kampf, „Hass in unserem Dorf“, als Ausdruck „starke[r] Spannungen“ empfunden wurde.⁵³²

Die Umstände der ersten nachnationalsozialistischen Jahre waren freilich wenig dazu angetan, die Differenzen zu überwinden. Vielmehr wurden sie, nach dem abermaligen Systemwechsel, von den Notwendigkeiten einer ‚Vergangenheitsbewältigung‘ überlagert. Zu gerechten Einschätzungen zu kommen über jene, die sich unter dem Nationalsozialismus exponiert hatten, fiel der Spruchkammer, den Behörden, auch den Gemeindeorganen schwer. Erst die Adenauer’sche Schlussstrichmentalität sollte den von Ressentiments und persönlichen Feindseligkeiten beeinflussten Umgang mit dem Zeitraum des Nationalsozialismus überwinden. Sie verkörpert sich in der 1952 offenbaren Neuausrichtung der Lokalpolitik: Mit der Einsetzung des Bürgermeisters Martin Cloos, Mitglied der CDU, gelangte der letzte nationalsozialistische Funktionsträger wieder zu Amt und Würden. Er bestimmte dann in der Bonner Republik die Geschicke seines Dorfs zwei Jahrzehnte lang mit – und erwies sich als dessen letzter politischer Repräsentant, ehe Moischt erst nach Cappel, dann nach Marburg eingemeindet wurde.

ANHANG

⁵³² HHStAW, 520/27, Nr. 13199, Bl. 51.

LISTE Die Moischer **Bürgermeister 1908 – 1952:**

1908–1933 Johannes Battenfeld (1878–1952)

1933 Christian Preiß (1880–1939)

1933–1940 Johannes Preiß (1907–2008)

1940/41 Heinrich Fischer (1877–1967)

1941–1945 Martin Cloos (1901–1989)

1945/46 Johannes Battenfeld

1946–1952 Peter Schröder (1897–1976)

1952–1972 Martin Cloos

ZEITTADEL Moischt 1929–1948

17.11.1929	Wahl zur Gemeindevertretung	
21.11.1930	Urteil des Kreisausschusses gegen Bürgermeister Johannes Battenfeld	
26.6.1931	Berufungsverfahren endet mit Freispruch für Battenfeld	
12.7.1931	Bürgermeister Battenfeld mit 5 zu 4 Stimmen wiedergewählt Schöffen: Heinrich Bohl und Konrad Weber	
27.12.1931	Schützenverein Moischt gegründet	
12.3.1933	Neuwahl zur Gemeindevertretung	
März/April 1933	Kommunist Heinrich Brunnet in „Schutzhaft“	
28.3.1933	Landrat beurlaubt Bürgermeister Battenfeld und beauftragt Christian Preiß mit der Übernahme der Amtsgeschäfte	
8.4.1933	Wahl von Johannes Preiß zum Bürgermeister durch Parteigänger der NSDAP. Schöffen: Martin Cloos und Johannes Deucker	
17.4.1933	Feuerwehrtag des (Alt-)Kreises Marburg in Moischt am Ostermontag	
Ende Mai 1933	Johannes Preiß übernimmt, als Bürgermeister vereidigt, die Amtsgeschäfte. Schöffen: Johannes Deucker und Heinrich Stehling	
22.7.1933	Bürgermeister Preiß schlägt 4 Gemeindevertreter vor. Fleischbeschauer: Karl Kraft	
8.9.1933	Schöffen: Johannes Deucker und Heinrich Lorch	
15.9.1933	Schöffen-Stellvertreter: Karl Kraft	
11.12.1933	letzte Aufzeichnungen im Protokollbuch der nationalsozialistischen Gemeindevertretung	
30.7.1934	Johannes Preiß als Bürgermeister bestätigt	
8.9.1934	Johannes Deucker und Heinrich Lorch als Schöffen bestätigt	
8.9.1934	erste Unfruchtbarmachung einer Moischerin nach dem Erbgesundheitsgesetz	

29.3.1935	Unfruchtbarmachung eines Mannes aus Moischt nach dem Erbgesundheitsgesetz	
17.6.1935	Konrad Lauer wegen Handels mit Juden aus der Gemeindevertretung ausgeschlossen	
12.8.1935	Andreas Nau aus Moischt am Pogrom in Gladenbach beteiligt	
1936	Moischter machen letzte Geschäfte mit jüdischen Pferdehändlern	
März 1936	6 neue Gemeinderäte vom Gauleiter als Beauftragter der NSDAP für den Landkreis Marburg berufen	
9.3.1936	Heinrich Bohl von Kreispropagandaleiter Heinrich Adami als „Kritikaster“ angeschwärzt	
6.10.1937	letzte Unfruchtbarmachung einer Moischterin nach dem Erbgesundheitsgesetz	
Ende 1939	polnisches Kriegsgefangenen-Arbeitskommando Nr. 75 mit 22 Personen in Moischt untergebracht	
März 1940	erste Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen aus dem eroberten Polen in größerer Zahl eingesetzt, Zahl der ausländischen Arbeitskräfte steigt bis 1945 stetig an	
14.6.1940	Dachdecker Ernst Lauer als erster Moischter Kriegstoter in Frankreich ums Leben gekommen	
29.12.1940	Bürgermeister Johannes Preiß zur Wehrmacht einberufen	
30.12.1940	auf Bürgermeister Preiß folgt Heinrich Fischer	
Juli 1941	auf Bürgermeister Fischer folgt Martin Cloos	
3.3.1945	Anklageschrift des Generalstaatsanwalts in Jena gegen Heinrich Bohl	
Ende März 1945	Absetzung von Bürgermeister Martin Cloos, Johannes Battenfeld abermals Bürgermeister	
Febr. 1946	Peter Schröder Bürgermeister	
12./13.6.1948	700-Jahrfeier von Moischt	

QUELLEN: EINGESEHENE ARCHIVBESTÄNDE

Archiv der Geschichtswerkstatt Marburg

- Datenbank in der Geschichtswerkstatt Marburg zum Forschungsprojekt Zwangsarbeit in Marburg
- Ordner 20a, 45, 46, 47, 50

Archiv des Heimat- und Geschichtsvereins Moischt

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)

- 518
- 520/27
- 520/ML (Marburg-Land)
- 501

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)

- 180 Marburg
- 274 Marburg
- 279 Marburg
- 404
- 915

Landeswohlfahrtsverband – Archiv, Kassel

K 16
P 16

Privatarchiv Konrad Ludwig siehe Archiv des Heimat- und Geschichtsvereins Moischt.

Stadtarchiv Marburg (StadtAMR)

- Gemeinde Moischt (GM)
- Marburg, alte Meldekartei

VERWENDETE LITERATUR

UNVERÖFFENTLICHT

Ludwig, Konrad

Entwürfe zur Moischer Chronik, Marburg 1997 (unveröffentlichte Maschinenschrift im Stadtarchiv Marburg, Gemeinde Moischt, Nr. 219, und in der Universitätsbibliothek Marburg).

Nau, Justus

Vorgeschichtliches von Moischt und seiner Umgebung und Geschichtliches von Moischt, Marburg 2019 (unveröffentlichtes handschriftliches Manuskript aus dem Jahr 1945 mit nachträglichen Anmerkungen weiterer Personen, Heimat- und Geschichtsverein Moischt als Kopie, Original im Privatbesitz).

Schröder, Herbert

Das Dorf Moischt. Materialien für eine Ortsgeschichte, Marburg 2019
(unveröffentlichte Maschinenschrift Heimat- und Geschichtsverein Moischt).

VERÖFFENTLICHT

Brandes, Karin (Hg.)
Zwangsarbeit in Marburg 1939 bis 1945. Geschichte, Entschädigung, Begegnung,
Marburg 2005 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 80).

Dettmering, Erhart
Was alle lesen konnten ... Das Jahr 1933 in der Marburger Lokalpresse, Marburg
2001 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 72).

Długoborski, Waław
Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur
Polens 1939–1945, in: ders. (Hg.), Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel.
Achsenmächte und besetzte Länder, Göttingen 1981.

Friedrich, Klaus-Peter
Über den Widerstandsmythos im besetzten Polen in der Historiographie, in:
1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), S.
10–60.

Friedrich, Klaus-Peter (Hg.)
Von der Ausgrenzung zur Deportation in Marburg und im Landkreis Marburg-
Biedenkopf. Neue Beiträge zur Verfolgung und Ermordung von Juden und Sinti
im Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch, Marburg 2017 (Marburger
Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 108).

Händler-Lachmann, Barbara/Händler, Harald/Schütt, Ulrich
Purim, Purim, ihr liebe Leut, wißt ihr was Purim bedeut? Jüdisches Leben im
Landkreis Marburg im 20. Jahrhundert, Marburg 1995.

Händler-Lachmann, Barbara/Schütt, Ulrich,
„unbekannt verzogen“ oder „weggemacht“, Marburg 1992.

Hilder, Dagmar Juliette
Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Die Umsetzung des „Gesetzes zur
Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in der Landesheilanstalt Marburg, Marburg
1996.

Junge, Annamaria
Niemand mehr da. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in
Rauischholzhausen 1933–1942, Marburg 2012.

Kaiser, Justus
Wittelsberg. Chronik eines hessischen Bauerndorfes im Ebsdorfer Grund,
Ebsdorfergrund 1990 (Mittelhessen in alten und neuen Zeiten, Bd. 1)

Klein, Thomas (Hg.)

Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933–1936, Köln 1986 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 22).

Kleinert, Hubert

Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Bericht an den Kreisausschuss/Kreistag Marburg-Biedenkopf, Marburg 2013 https://www.marburg-biedenkopf.de/Hubert_Kleinert-Studie_zur_NS-Vergangenheit_ehem._politischer_Funktions....pdf.

Krause, Helmut

Gegenwärtige Vergangenheit. Beltershausen, Frauenberg und Hof Capelle, zsgetragen von Helmut Krause, Beltershausen 1992.

Krause, Helmut

1151 – Beltershausen – 2001. Nachträge zur Dorfchronik Gegenwärtige Vergangenheit. Beltershausen, Frauenberg, Hof Capelle, Kassel 2000.

Krauss, Marita/Kasberger, Erich

Ein Dorf im Nationalsozialismus. Pöcking 1930–1950, München 2020.

Kutsch, Thomas

Die Verfolgung und Ausschaltung der Arbeiterbewegung in Marburg und dem Marburger Landkreis 1933/34, Marburg 2005.

Merle, Ulla

Wie aus Nachbarn „Volksfeinde“ gemacht wurden. Ausgrenzung und Gewalt im Alltag der Kaufunger Dörfer 1933–1945, in: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde 122 (2017), S. 175–206.

Seelig, Hartmut/Krause, Helmut/Zekl, Martin (Hg.)

Moischt – Vergangenes und Gegenwärtiges. Ein Beitrag zum Jubiläum eines Marburger Stadtteils. 750 Jahre Ersterwähnung, Marburg 1998 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 63).

Thomaschke, Dirk

Abseits der Geschichte. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg in Ortschroniken, Göttingen 2016.

Weitzel, Lothar (Hg.)

Neue Schröcker Chronik, Marburg 2014 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, Bd. 102).

Wulf, Stefan

Der Psychiater Albrecht Langelüddeke (1889–1977). Eine biografische Annäherung, Gießen 2021 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Kleine Schriften, Bd. 2).

Wyka, Kazimierz

Życie na niby. Pamiętnik po klęsce [Leben als ob. Tagebuch nach der Niederlage], Kraków 1984.